

Eliten bei der Piratenpartei Rheinland-Pfalz -
Eine qualitative Untersuchung über Michels' „Ehernes Gesetz“

Hausarbeit zur Erlangung des
akademischen Grades
eines Magister Artium

Vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von:
Florian Elz
aus Worms

2013

Auf die Rückseite des Titelblatts:
Erstgutachter: Universitätsprofessor Dr. Peter Preisendörfer
Zweitgutachter: PD Dr. habil. Udo Thiedeke

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Roberto Michels „Ehernes Gesetz“	5
2. 1	Die historische Person Michels	6
2. 2	Das eherne Gesetz	7
2. 3	Kritik	11
2. 3. 1	Die International Typographic Union	11
2. 3. 2	Community New Left	14
2. 3. 3	Zusätzliche Kritikpunkte	15
2. 4	Organisationen und das eherne Gesetz	17
2. 4. 1	Das eherne Gesetz und die Grünen	18
2. 4. 2	Oligarchie ohne negative Konsequenzen?	22
2. 4. 3	Erweiterungen des ehernen Gesetzes	28
2. 5	Das eherne Gesetz in Wikipedia	32
2. 6	Fragethemen	34
3.	Piratenpartei Rheinland Pfalz	39
3. 1	Wer sind die Piraten?	39
3. 2	Arbeitsgruppen	42
3. 3	Satzung	44
3. 4	Personalverflechtungen	45
4.	Methodisches Vorgehen	53
4. 1	Untersuchungs- und Erhebungsziele	53
4. 2	Operationalisierung, Untersuchungsgegenstände	55
4. 3	Fragebogenkonzeption	57
4. 3. 1	Notwendige Eingrenzungen	57
4. 3. 2	Veränderte Fragerichtungen	60
4. 3. 3	Was ist mit den Fragen gemeint?	61
4. 4	Datenerhebung	70

4. 4. 1 Technik	70
4. 4. 2 Veränderungen im Ablauf	71
5. Ergebnisse der Befragung	74
5. 1 Delegierten und Parteitage	74
5. 2 Führungspositionen	76
5. 3 Organisation	81
5. 4 Partizipation	
5. 5 Eliten und Basis	
5. 6 Allgemeine Aussagen und Persönliches	
5. 7 Sozialstatistik	
5. 8 Interpretation der Ergebnisse	
6. Fazit	

1. Einleitung

Es gibt ein Lied des Kleinkünstlers und Kabarettisten Marc-Uwe Kling. Es heißt „Zug der Opportunisten“, ist auf die Partei Bündnis90/Die Grünen gemünzt und hat eine Zeile, welche bei seinem Publikum regelmäßig zustimmendes Lachen auslöst: „Die Blumenkinder, wer konnte das ahnen, gingen den Weg aller Bananen, heute grün und morgen gelb und übermorgen schwarz“. Die Farben bedeuten dabei die mit ihnen assoziierten Parteien und spielen auf die zunehmende Nähe der politischen Inhalte der Grünen hin zu den beiden Parteien FDP und CDU an. Allerdings haben sich nicht nur die Inhalte verändert, auch die grüne Organisationsstruktur hat sich an die der *etablierten* Parteien angepasst. So hatten die Grünen zu Beginn ihrer parlamentarischen Tätigkeit verschiedene Mechanismen in die Struktur der Partei eingebaut, welche die Herausbildung einer Oligarchie verhindern sollte. Diese wurden im Laufe der Jahre aufgrund des Druckes innerhalb der Parteistrukturen (besonders der Fraktionen) sowie der praktischen Erfahrungen mit Blick auf mögliche Regierungskoalitionen abgeschafft oder aufgeweicht. Dies führte zwar zu einer besser funktionierenden professionellen Politikmachinerie, hatte aber eine zunehmende Entfremdung zwischen Basis und Partei (und Fraktion) zur Folge. So hatten sich nicht nur die Partei und ihre damaligen Bündnispartner wie Umweltverbände, Bürgerinitiativen u.ä. kritisch gegenübergestellt. Auch das schon immer schwierige Verhältnis von der aktiven Parteimitgliedern gegenüber der Führung und ihren Fraktionen war begleitet von negativen Erfahrungen auf beiden Seiten. Die medial bekanntesten davon waren z.B. wenn die Urversammlung mal wieder Leitanträge oder das Personaltableau der Parteiführung rundheraus ablehnte.

Ob die Piratenpartei all diese Schwierigkeiten und schmerzhaften Erfahrungen auch noch durchmachen muss, wird zu sehen sein. Fest steht, die Partei hat sich ähnlich den früheren Grünen verschiedene Forderungen wie Basisdemokratie, Transparenz, größtmögliche Partizipation und dergleichen auf die Fahnen geschrieben. Medial präsent sind die Schwierigkeiten, die die Umsetzung solcher Ideen mit sich bringen, wie z.B. die ewig langen und zähen Diskussionen, will man auf den Parteitagen Basisdemokratie umfassend gewährleisten. Auch die im Vorfeld geführten Diskussionen in den Internet-

Foren über Anträge, welche die Partei zur Verfügung stellt, bringt nur eine begrenzte Verbesserung der Situation. Der Inhalt dieser Arbeit untersucht, ob die Piraten die oben aufgeführten Forderungen gegenüber der Gesellschaft und der etablierten Politik bereits bei sich selbst umsetzen, also praktisch ein positives Beispiel dafür sind, wie es besser geht. Ob sie bereits den Weg hin zur Oligarchie beschreiten und sie dies auch bewusst tun. Oder dass abseits der heutigen parlamentarischen Erwartungen, wie Crouch (Crouch 2008:S. 96) es spitz formuliert „... dürfte die typische Partei des 21. Jahrhunderts eine sich selbst reproduzierende interne Elite umfassen, die weit von der Massenbewegung entfernt,...“ ist, die statt die Mitglieder entscheidungswirksam partizipieren zu lassen und Politik im Sinne ihrer Mitglieder macht oder sich an finanzstarken Lobbys und einer vermeintlichen politischen Mitte orientiert.

Um dies zu untersuchen verwenden wir einen Klassiker der politischen Soziologie. Jede Organisation hat die Tendenz zu einer Oligarchie (vgl. Michels 1970: S. 25). Diese These machte Roberto Michels mit der Bezeichnung „Das Eherne Gesetz der Oligarchie“ zu eben jenem Klassiker. Die theoretische Grundlage dafür liefert Robert Michels in seinem 1911 erschienenen Buch „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“. Er beschreibt darin das „Eherne Gesetz der Oligarchie“ mit der Kernthese, dass jede Organisation die Tendenz hat, zu einer Oligarchie zu werden. Sein Untersuchungsgegenstand waren die Sozialdemokraten seiner Zeit, namentlich die SPD und ihre Strukturen, weil diese zu Michels Zeiten versuchte, als Partei die Herrschaft des Menschen über Menschen abzuschaffen und sich für umfassende Demokratie einsetzte (vgl. Francesco Tuccari 2012: S. 108). Ich habe mich auf Michels konzentriert, weil er als Elitentheoretiker eine Elitenherrschaft ablehnt und mit einem radikaldemokratischen Idealismus an die Untersuchung herangeht, Eigenschaften, die ihn für das Untersuchungsobjekt - Die Piraten - besonders geeignet machen (vgl. Borchert 2012: S. 264). Die Fragestellung lautet: Trifft Michels eheres Gesetz auf den Landesverband der Piraten in Rheinland Pfalz zu? Genauer ausgeführt, gibt es Anhaltspunkte, welche Michels postulierte Entwicklung bei den Piraten in Rheinland Pfalz belegen oder widerlegen? Dies werde ich über eine Untersuchung des Landesverbandes in interessanten Punkten bezüglich der

Organisationstrukturen mittels Interviews der Mitglieder, die hauptsächlich zur Untersuchung herangezogen wurden, überprüfen.

Das erste Kapitel widmet sich der historischen Person von Robert Michels, der aufgrund seiner schillernden Entwicklung vom Sohn einer reichen Kaufmannsfamilie aus dem Großbürgertum über den revolutionären Sozialdemokraten mit einer Faszination für die Anarchisten hin zum italienischen Faschisten eine eigene Auseinandersetzung verdient. Anschließend werde ich mich mit seinem Hauptwerk befassen. Dabei arbeite ich die verschiedenen Entwicklungsstufen der Oligarchie heraus, die Michels beschreibt. Im Anschluss wende ich mich den Arbeiten zu, die Michels eherne Gesetz genauer untersucht haben. Hierbei wird zuerst geschaut auf diejenigen, die nicht mit Michels These konform gehen und Gegenbeispiele an demokratisch gebliebenen Organisationen sowie Schwachstellen an Michels Arbeit auflisten. Im Gegensatz dazu werden auch die Arbeiten betrachtet, die Michels Thesen unterstützen und das eherne Gesetz belegen. In diesem Kontext werden auch die Vorkehrungen der Grünen bezüglich des ehernen Gesetzes untersucht. Sie sind deshalb interessant, weil sie das Eherne Gesetz kannten und versuchten, es zu verhindern. So ist die Vorarbeit der Grünen hinsichtlich der Mechanismen von Interesse, besonders warum diese und jene Vorkehrungen nicht funktioniert haben, da die Piraten einige davon ebenfalls benutzen. So versuchten die Grünen damals, die Entwicklung des ehernen Gesetzes zu verhindern, aber im Laufe der Zeit scheint sich das Gesetz trotzdem durchgesetzt zu haben. Auch berücksichtigt werden dabei Werke, die einen anderen Blick auf den Themenkomplex wagen und z.B. die Frage stellen, ob Oligarchie überhaupt etwas schlechtes ist, bzw. ob eine Organisation nicht zumindest die negativen Folgen der Oligarchie, wie Mitgliederrückgang, Passivität usw., umgehen kann. Nach diesem Teil wird eine jüngere Untersuchung von Wikipedia einbezogen, welche sie im Hinblick auf das eherne Gesetz durchführt und dabei zu ambivalenten Ergebnissen in Bezug auf das eherne Gesetz kommt. Eine Zusammenfassung mit einer ersten Sammlung von Fragen, die für die spätere Befragung von Bedeutung ist, wird das Kapitel abschließen.

Danach komme ich zum zweiten Teil der Arbeit, den Piraten, genauer zu deren Landesverband in Rheinland Pfalz. Dabei werde ich zunächst die Piraten ansehen, ihre Geschichte und ihr Programm. Anschließend wird auf die Strukturen der Piraten gesehen und die Arbeitsgruppen betrachtet, welche es auf Landesebene gibt und es werden davon zwei Stück exemplarisch herausgenommen. Die AG Bildung soll hierbei als Beispiel für inhaltliche politische Arbeit bei einem Sachthema dienen, während die AG Meinungsfindung aufgrund ihres skeptischen Blicks auf das verbreitete und innerhalb der Partei (aber nicht in Rheinland Pfalz) benutzte Tool des Liquid Feedbacks von Interesse ist. Dem folgt der Blick in die Satzung des rheinland-pfälzischen Landesverbandes. Dort sind die verschiedenen Besonderheiten von Interesse, welche die Piraten niedergeschrieben haben, um die Prinzipien der Basisdemokratie und möglichst viel Partizipation der Mitglieder schriftlich festzuhalten. Allerdings gibt es hierbei auch einige Paragraphen, welche durchaus eine gegenteilige Wirkung zeigen können, d.h. so vage sind, dass sie Spielraum für negative Auslegungen und praktische Verfahren lassen, die später auch bei der Satzung beleuchtet werden. Dabei geht die Untersuchung hin zu einem vergleichenden Blick auf die Bundessatzung, ob es auffällige Unterschiede zwischen der rheinland-pfälzischen und der bundesweiten Satzung gibt.

Besonders interessant sind bei den Piraten die Personalverflechtungen. So gibt es einige satzungsrechtliche Vorgaben, die eine Machtkonzentration von einzelnen Personen verhindern sollen. Aber es scheint, dass trotz dieser Regeln immer wieder die gleichen Personen in die Spitzen des Verbands rücken. Es wird dabei genauer hingesehen, ob dies eher dem Zufall geschuldet ist, oder ob hier nicht der Grundstein gelegt wird bzw. bereits das Ergebnis einer festen Führungsgruppierung zu sehen ist. Während der Untersuchung des Landesverbandes und im Besonderen der Satzung sind zum Teil kurze Aussagen zu verschiedenen Themen angeschlossen, die aus einem Vorab-Interview mit dem politischen Geschäftsführer Ingo Höft und dem Beisitzer Vincent Thenhart, beide aus dem Landesvorstand der Piratenpartei Rheinland-Pfalz, stammen. Diese sollen die Funktion und Bedeutung für den Landesverband der jeweiligen Regelung besser erkennen lassen.

Nachdem ich die theoretische Basis erarbeitet und die Piraten einer Untersuchung unterzogen habe, komme ich zum praktischen Teil der Arbeit. Aufbauend auf den vorherigen Informationen und Fragen, die durch die Untersuchung des ehernen Gesetzes und der Organisation der Piraten entstanden sind, wird ein Fragebogen entworfen. Dieser wird verschiedene Themenblöcke abdecken und den Mitgliedern viel Platz für eigene Einschätzungen lassen. Daran anknüpfend beschäftige ich mich mit den Interviews mit den Mitgliedern der Piratenpartei. Um Michels These hinsichtlich der Piraten zu überprüfen, werde ich mit insgesamt 20 Personen der vermeintlichen Elite, sowie der vermeintlichen Basis leitfadengestützte, offene Interviews führen, um zu (über-)prüfen, ob Michels Gesetz zutrifft. Es werden dafür Mitglieder der Elite, sowie der Basis identifiziert und zu verschiedenen Themen wie der Partei, deren Entwicklung, persönliche Einschätzungen und Weiterem befragt. Diese Interviews werde ich dann auswerten und dahingehend interpretieren, was die Mitglieder über ihre Organisation bezüglich der verschiedenen abgefragten Themen denken. Dabei werde ich auf die verschiedenen Ansichten der Punkte eingehen und prüfen, inwiefern Michels These vom ehernen Gesetz auf die Piraten zutrifft. Den Abschluss macht eine Zusammenfassung der Ergebnisse, bei der grundsätzliche Konfliktlinien und auffällige Ergebnisse thematisiert werde sowie ein Ausblick.

2. Robert Michels ehernes Gesetz

Zuerst werde ich Robert Michels als Person (Kapitel 2.1) darstellen, um die Herkunft seiner Theorie in Bezug zu seiner persönliche Entwicklung zu setzen zu können. Daran anschließend folgt die Darstellung des ehernen Gesetzes der Oligarchie in seinen Entwicklungsphasen (Kapitel 2.2). Anknüpfend an diese Darstellung werde ich mich mit der Kritik daran beschäftigen, die in Folge seiner Publikation von verschiedenen Seiten geäußert wurde (Kapitel 2.3). Davon werden sich zwei an Organisationen orientieren. Die erste beschäftigt sich mit der International Typographic Union, die Michels Gesetz zu widerlegen scheint, deren Faktoren später dargestellt werden. Die zweite Organisation ist weniger fest strukturiert als die vorhergehende Gewerkschaft und scheint ebenfalls nicht von Michels Gesetz betroffen zu sein. Dazu kommen noch weitere Aspekte, die sich kritisch mit Michels Gesetz auseinandersetzen. Hierzu zählen z.B. die Ansicht, dass sich Organisationen auch Richtung Basisdemokratie entwickeln könne, als entgegengesetzten Punkt zur Oligarchie. Weiterhin wird der Punkt betrachtet, dass die Oligarchie bereits vor der Gründung der Organisation besteht, als der Punkt dass eine Machtansammlung an sich nichts schlechtes ist, diese allerdings davon abgehalten werden muss, missbraucht zu werden.

Das vierte Kapitel behandelt verschiedene Ergänzungen, die Michels Gesetz nicht ablehnen, aber auch nicht unbedingt bestätigen und den Blick aus der klassischen schwarz-weiß Perspektive erweitern. So werden verschiedene Mechanismen der Grünen vorgestellt, welche die Folgen des Ehernen Gesetzes verhindern sollten. Eine differenzierte Sichtweise bringt dabei die Untersuchung der Southwest Industrial Area Foundation ein, welche hierarchisch strukturiert ist und klare Merkmale einer Oligarchie aufweist, allerdings imstande scheint, die Folgen des Gesetzes nicht entstehen zu lassen. Als ein Beispiel für die Aktualität verstanden und auch in Bezug auf die Piraten interessanten Punkt werde ich mich in Kapitel 2.5. mit dem ehernen Gesetz in Wikipedia beschäftigen.

Zuletzt werden aus den zusammen getragenen Erkenntnissen verschiedene Themenkomplexe identifiziert und erste Fragen formuliert.

2.1. Die historische Person Michels

Robert Michels, am 9. Januar 1876 in Köln geboren, hat eine schillernde politische Entwicklung durchgemacht. Er wurde in eine gutbürgerliche, wohlhabende Kaufmannsfamilie hineingeboren und fand während seiner Studienzeit Anschluss an gesellschaftskritische und linksradikale Gruppen, was zum Bruch mit seiner „bourgeois“ Familie führte. So brach er nach einem Jahr den standesgemäßen Militärdienst ab (Genett 2008: S. 33). Seit der Endphase seines Studiums war er aktiv in der SPD, der gegenüber er allerdings immer eine kritische Distanz bewahrte, nicht zuletzt wegen seiner überwiegenden Sympathien für den revolutionären Syndikalismus zu Lasten der Sozialdemokratie (Milles 1987: S. 8f). Den Anstoß für sein Hauptwerk „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ gab um 1908 die Begegnung mit der Elitentheorie nach Mosca und Pareto. Diese war nach Michels Ansicht geeignet, um seine frustrierenden Ausflüge in die praktische Politik und die politische Oligarchisierung der SPD zu verarbeiten und wissenschaftlich zu analysieren (ebd.: S. 12f).

1922 machte er einen Schwenk, der ihn in der politischen Linken vollkommen und in der akademischen Welt teilweise isolierte; er trat in die „Partito Nazionale Fascista“, die Partei der italienischen Faschisten ein. Er sah den Faschismus als eine Weber'sche Art der „charismatischen Führung“ an, welche die oligarchischen Tendenzen in den Organisationen zugunsten eines gemeinsamen Volkswillens aufhob. Andere Stimmen sagen, dass er die Führung über die Geführten mittlerweile als Naturgesetz anerkannte und dies auch später als Rechtfertigung des Faschismus verwandte (ebd.: S. 15f).

Sein bekanntestes Werk ist „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ von 1911. Seine Hauptthese darin handelt von dem „Vorhandensein immanenter oligarchischer Züge in jeder menschlichen Zweckorganisation“ (Michels 1970: S. 13f), die sich mit dem Wachsen der Organisation ausbreiten und verfestigen. Aber nicht müssen. Das ist ein Punkt, an dem Michels in der internationalen Debatte oft falsch verstanden wurde, aufgrund eines Übersetzungsfehlers im englischsprachigen Raum (vgl. Cook: S. 787). Er spricht davon, dass Organisationen *die Tendenz* haben, sich in

oligarchische Richtung zu entwickeln (vgl. Michels 1970: S. 25). Es gibt positive Lesarten von Michels, in denen das Wissen um die „Sinnverkehrungsmechanismen“, die Demokratie wiederbeleben kann, als auch negative, die eine Vergeblichkeitsthese postulieren und Demokratie als ewige Elitenherrschaft ansehen (Gennett 2012: S. 73).

2.2. Das „Eherne Gesetz“

Die Entstehung einer Oligarchie in Organisationen hat nach Michels verschiedene Entstehungsursachen, die teilweise aufeinander aufbauen. Die erste betrifft den technisch-administrativen Bereich. Michels sieht die Organisation als „des einzigen Mittels zur Erzeugung eines Gesamtwillens“ (Michels 1970: S. 24) fähig an. Die Durchsetzung von Interessen benötigt also eine Organisation, im Bereich der proletarischen Klasse sogar umso mehr, da nur die eigene Klassensolidarität gegen das Übergewicht des Kapitals fähig ist, sich zu wehren.

Ein bedeutsamer Satz, mit dem Michels zitiert wird, ist: „ Wer Organisation sagt, sagt ohnehin Tendenz zu Oligarchie“ (ebd.: S. 25). Aber jede Organisation startet mit einem Mindestmaß an Demokratie. Diese ist allerdings dann „mit zunehmender Organisation im Schwinden begriffen“, weil die „Macht der Führer“ mit der Zunahme der Organisation wächst (ebd.: S. 26).

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass Michels die direkte Demokratie im Sinne eines jeden einzelnen partizipierenden Menschen verwirft. Dies hat seinen Ursprung darin, dass ab einer gewissen Größe entsprechende Organisationen an ihre Grenzen stoßen, auf nationaler Ebene wird direkte Demokratie nach Michels' Vorstellung schlicht unmöglich, auch aus dem Grund, dass es schlicht keinen Raum gibt, der groß genug ist alle Wahlberechtigten zu fassen und konzentriert abstimmen zu lassen (ebd.: S. 26f). Hier kommt zusätzlich die ökonomisch-soziale Abhängigkeit der Arbeiterklasse in der aktuellen Gesellschaftsordnung dazu (Milles 1987: S. 134). Dadurch entsteht ein Bedürfnis nach Delegierten. Diese sind zu Anfang befristete, „gefesselte“ Führer (Michels 1970: S. 33). Mit dem Wachsen der Organisation wachsen auch die Ansprüche an die Delegierten, die Auswahl der potentiellen Mitglieder für diese

Positionen wird immer kleiner.

Ich habe die Entwicklungsstufen für die Oligarchie in der Schritte eingeteilt, auf die ich im Laufe der Arbeit immer wieder Bezug nehme. Dies ist keine Einteilung von Michels, erscheint mir aber als geeignet um, auf mehrere zusammenhängende Vorgänge Bezug zu nehmen, statt auf einzelnen Aspekte. Es gibt mehrere Schritte, die laut Michels zu einer Oligarchie führen. Diese können gleichzeitig ablaufen, und zum Teil bauen sie aufeinander auf. Ein zugrunderliegender Schritt auf diesem Weg für die Entstehung einer Elite ist für Michels die interne Bildung von Funktionären. Diese werden eben aufgrund ihrer Fähigkeiten und den ihnen zugedachten Führungspositionen zu einer Organisationselite und üben letztendlich das „Führertum“ über die Massen aus (ebd.: S. 34f). Diese exklusive Auswahl, deren Anzahl von Beginn an gering ist, wird mit der Zeit immer weniger. So müssen tagesaktuelle Entscheidungen schnellstmöglich gefällt werden um „im Krieg der Klassen“ schlagkräftig zu sein. Dies führt zu einer zentralistischen Führung, die zwar schnell Entscheidungen trifft, aber in ihren Interessen nicht unbedingt mit denen der Basis übereinstimmt (ebd.: S. 39).

Die zweite Ursache für die Entstehung von Oligarchie sieht Michels im (massen-) psychologischen Bereich. So gibt es in Verbindung mit den erforderlichen Fähigkeiten der Delegierten ein „Gewohnheitsrecht auf Delegation“, das bei den Delegierten einsetzt, sollten sie (was aufgrund ihrer Fähigkeiten wahrscheinlich ist) wiederholt gewählt werden (ebd.: S. 42).

Begünstigend für die Eliten ist die Gleichgültigkeit der Massen. So interessiert sich ein Großteil der Mitglieder nicht für grundsätzliche strategische, als auch taktische Entscheidungen. Sie überlässt es dankend ihren im ersten Schritt herausgebildeten, fähigen Führern, komplexe und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen (ebd.: S. 48f). Damit hängt die „Dankbarkeit der Massen“ zusammen, da die Führer sich für die Organisation aufopfern und ihren Mitgliedern schwere Entscheidungen abnehmen. Auf diese Dankbarkeit kann sich der Führer auch immer verlassen, wenn seine Position wackelt, immer mit dem Verweis, es sei nur zum Wohl der Organisation (ebd.: S. 55, 136).

Zuletzt macht Michels auch persönliche Eigenschaften der Führer für die Ergebenheit der Masse ihren Führern gegenüber verantwortlich. So sind dies in

einer Demokratie besonders Redegabe, Berühmtheit und Alter (Erfahrung), aber auch Energie und Körperschönheit (ebd.: S. 65).

Von Michels ausführlich ausgearbeitet sind die intellektuellen Entstehungsursachen. Wie oben bereits angeklungen, sinkt die Effektivität demokratischer Kontrolle bei wachsender Komplexität der Organisation. Aus der Komplexität entspringt, bedingt durch die praktische Notwendigkeit in einer wachsenden Organisation, deren oligarchisch-bürokratische Tendenz (ebd.: S. 75f).

Diese zeigt sich im Aufbau eines Organisationsapparates mit „Brotstellen“, d.h. mit Verwaltungsaufgaben, für die es spezialisierte Bürokraten braucht, die aufgrund ihrer Fähigkeiten für das Funktionieren der Organisation unentbehrlich werden (ebd. S. 78ff). Unentbehrlich werden sie aufgrund der Inkompetenz der Masse, welche diese Fähigkeiten nicht hat. Die selben Leute bleiben also in ihren Stellen „kleben“, es fehlt der Führungswechsel (leader turnover), auch im Verwaltungsbereich und die Oligarchie verfestigt sich im letzten Schritt dauerhaft (ebd. S. 83).

Michels sieht auch die Presse der Organisation als Machtmittel an. In der Auswahl der Redakteure, Artikel, Verteilung und vielem mehr sieht er Potenzial für eine Beeinflussung der Massen und der Begünstigung, also die Besetzung von Stellen mit der eigenen Fraktion wohlgesonnenen Mitgliedern (ebd. S. 88).

Mit der Anhänglichkeit der Führer und der besoldeten Mitarbeiter an die Organisation hat die ökonomische Notwendigkeit zu tun. So sind Leute, die von der Organisation ein dauerhaftes Gehalt erhalten, in der Regel auf dieses auch angewiesen (ebd: S. 203ff). Dies zieht zum einen eine Vorsicht vor radikalen Veränderungen in der Organisation nach sich, zum anderen verlassen sie ihre Position nur dann freiwillig, wenn sie eine ökonomische Verbesserung zu erwarten haben. Selbst dann gibt es Personen, die lieber eine Ämterhäufung in Kauf nehmen, statt sich von ihren alten Positionen, sowie deren Machtmittel und Gehalt, zu trennen.

Michels unterzieht verschiedene Methoden seiner Zeit einer Analyse, ob sie zur Prävention von Oligarchie geeignet sind. Für die Untersuchung hierbei interessant das Referendum und der Anarchismus. Die erste ist das Referendum, die obligatorische Urabstimmung in allen Verfassungsfragen,

ergänzt durch weitgehende Möglichkeiten und niedrige Hindernisse bei Volksabstimmungen. Er sieht Referenden nur als Apell an die Massen und eine Bestätigung von im Vorfeld bereits ausgeklügelten Beschlüssen der Ausschüsse an. Weiterhin kritisiert er die Unreife der Masse, sowie deren geringe Beteiligung und die Überlastung des einzelnen, sollte das Referendum zur oft genutzten Institution werden (ebd. S. 317ff).

Die zweite ist der Anarchismus. Der von sich aus nicht zwangsläufig eine Organisationsfeindlichkeit, aber eine massive Skepsis gegenüber festen Regularien wie Wahlen, Mitgliedsbeiträgen und ähnlichem besitzt. Trotzdem ist man auch hier nicht vor der Oligarchie gefeit, nur geht es hier weniger um feste Machtmittel wie die Presse oder den Zugriff auf Finanzen, sondern in erster Linie um die Herrschaft über die Gemüter. Dies bedeutet, dass weniger der altgediente Organisationsfunktionär sich die Machtmittel erarbeitet, sondern das Charisma der einzelnen Person die Basis der Macht im Anarchismus ist (ebd. S. 338ff).

Michels hat auch einige Punkte ausgemacht, welche die Organisation als System und weniger ihre Akteure verändern. So macht die Teilnahme an der Macht stets konservativ. Das heißt, dass eine auch nur vorgetäuschte Einbeziehung bzw. Beachtung der geäußerten Kritik die radikalen Elemente besänftigt oder zumindest einen Keil in die Bewegung treibt (ebd. S. 343).

Dazu kommt das eigentliche Ziel jeder Organisation: Das Streben nach einer möglichst hohen Mitgliederzahl, dem andere Ziele untergeordnet werden. Je mehr Mitglieder es gibt, desto dringender wird dann die Zentralisation und Disziplinierung der Mitglieder, um die Organisation zusammenzuhalten und die Macht der Organisationsoligarchen weiter auszubauen (ebd. S. 344f).

Ein weitere Folge der steigenden Mitgliederzahl ist die Transformation der Organisation von einem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck, d.h. es wird zum Ziel an sich, die Organisation zu erhalten, andere Ziele, die damit in Widerspruch stehen können, werden dem untergeordnet (ebd. S. 348).

Auch ist die Absorption seitens der alten Oligarchie mit neuen oligarchischen Elementen nötig, um die Verjüngung und dadurch die langfristige Stabilität zu gewährleisten (ebd. S. 367).

Michels bringt auch einige Vorschläge, wie oligarchische Tendenzen zumindest abzuschwächen seien. So kann z.B. jede mit „ehrlich demokratischem Geiste

erfüllte“ Bewegung hier von Nutzen sein (ebd. S. 375). Ebenso sinnvoll ist eine Schärfung der Kritikfähigkeit der einzelnen Bürger des Staates, welche durch eine erhöhte Bildung erreicht werden kann (ebd. S. 376).

2.3. Kritik

Michels Thesen blieben nicht ohne Reaktion. So haben sich verschiedene Forscher mit Organisationen gerade mit Blick auf das Eherne Gesetz beschäftigt, um die Gesetzmäßigkeit zu überprüfen. Einer der Klassiker dieses Themas ist die International Typographic Union (ITU), auf die im kommenden Kapitel eingegangen wird. Eine andere Organisation ist der SDS, welcher mit einer massiven Skepsis gegenüber Organisierungstendenzen dem Ehernen Gesetz entgegenwirken wollte. Im letzten Teil der Kritik am Ehernen Gesetz werden weitere Punkte angeführt, die sich nicht auf bestimmte Organisationen beziehen.

2.3.1. Die International Typographic Union

Im Laufe der Jahre wurden Michels Thesen mit einigen Aspekten ergänzt. So wurden auch Beispiele von Organisationen angeführt, die nach Michels Theorie eigentlich eine Oligarchie hätten herausbilden müssen, aber dies nicht getan haben. Dies ist als Beweis gedacht, um Michels Theorie zu widerlegen oder zumindest in ihrer Definitivität und Radikalität in Frage zu stellen.

Eine der Studien, auf die in der wissenschaftlichen Literatur wiederkehrend Bezug genommen wird, ist „Union Democracy“ von Lipset, Trow und Coleman (Lipset et al. 1956). In dieser Arbeit haben die drei Wissenschaftler die Schriftsetzer-Gewerkschaft auf ihren demokratischen Gehalt hin untersucht und warum sie Michels Ehernes Gesetz zu widerlegen scheint (ebd. S.1). So haben sie verschiedene Punkte herausgearbeitet, wie nach Michels Gesetz sich die ITU bzw. ihre Führer verhalten sollten: So haben sie gesagt, dass sogar anarchistische Anführer zu den alten oligarchischen Taktiken zurückkehren, indem sie z.B. ihre weiteren Mitarbeiter bzw. geeignete Nachfolger über

Kooptationen mit in Gremien und Entscheidungspositionen holen (Kooptiert werden Menschen, indem sie der Vorstand eines Gremiums nach Entscheidung des Vorstandes, unter Umgehung der Basis, unter sich als Berater, Assistenz oder zusätzliches Mitglied zu sich holt). Dadurch müssen sie nicht von der Basis gewählt werden, was einer möglichen Ablehnung zuvorkommt (ebd. S.7). Auch ist es gerade im Interesse der Gewerkschaftsfunktionäre, jegliche potenziell negative Partizipation der Mitglieder zu eliminieren, weil sie die Stellung, die auch mit Geld und Macht verbunden ist, behalten wollen. Deshalb verwenden sie viel Energie darauf, ihre Position zu sichern, d.h. die Opposition zu schwächen und die Möglichkeit einer ungeplanten Abwahl zu eliminieren (ebd. S. 9f). Zudem gehört die Aussage zum Repertoire der Eliten, interner Konflikt helfe nur dem äußeren Feind und ist Verrat an der eigenen Sache (ebd. S. 10f). Soweit das eigentliche Interesse der Gewerkschaftsführung nach Lipset.

Allerdings ist das Faktum interessant, dass bei Abstimmungen die einfachen Gewerkschaftsmitglieder mehrmals in der Lage waren, das Gehalt ihrer offiziellen Angestellten auf ungefähr das 2-3fache ihres Durchschnittseinkommens zu begrenzen. Auf diese Weise reduziert es den großen Lohnunterschied, welchen die Angestellten haben, falls sie vom offiziellen Posten bei der Gewerkschaft wieder auf das durchschnittliche Einkommen, also in den Alltagsjob zurückfallen. Weiterhin ist interessant zu sehen, dass Vorschläge für Lohnerhöhungen der Funktionäre die angenommen wurden, von der Ebene der Basisorganisation eingebracht werden. Vorschläge für die Gehaltserhöhung von Seiten der Administration, d.h. der Gewerkschaftsführung selbst, werden fast immer zurückgewiesen (ebd. S. 61ff). Nach Michels müsste aber das Gegenteil der Fall sein.

Auch ist festzuhalten, dass die Arbeiter sich berufsspezifisch auch sehr oft im sozialen Leben außerhalb der Arbeit treffen. Dies allerdings besonders in den der Gewerkschaft angeschlossenen, aber autonom organisierten und nach Selbstaussage unpolitischen agierenden Vereinen. Diese waren zwar auch offiziell unpolitisch, aber trotzdem wurden dort Themen mit politischem Inhalt besprochen und die Publikationen der Gewerkschaft ausgelegt. Man konnte den (auch politischen) Diskussionen der anderen Mitglieder also nicht vollends entkommen, auch wenn man persönlich an sich uninteressiert war. So wurde auch bei eher politikfernen Mitgliedern eine Sensibilität sowie Wissen über die

aktuelle Tagespolitik und spezielle Themen der Gewerkschaft gefördert (ebd. 114ff).

Im Gegensatz zum eingangs vermuteten Interesse und daraus folgender Handlungen der Gewerkschaftsführung, ist interessant, dass die Organisation die Legitimität von (interner) Opposition anerkennt. Zum einen wird nicht versucht die Opposition politisch zu vernichten, was den Umstand zur Folge hat, dass man nach erfolgten Wahlen auch weiterhin konstruktiv miteinander arbeiten kann (ebd 294f). Ein weiterer Punkt ist, dass die Opposition über einen Zugang zur Mitgliedschaft verfügt. Dies ist essentiell, um neuartige Ideen und ein Infragestellen der offiziellen Gewerkschaftslinie zu ermöglichen. Dazu kommt der Aspekt der Vernetzung der oppositionellen Kräfte untereinander, die sich sonst als atomisierte, isolierte und unbedeutende Individuen innerhalb der Basis fühlen könnten. Bei dem gegenteiligen Fall der Unterdrückung der innergewerkschaftlichen Opposition wäre es so, dass es nur die monolithische offizielle Gewerkschaftslinie gäbe, die aufgrund der einseitig zugänglichen Machtressourcen (wie dem Verwaltungsapparat, Presse, Angestellte) es schafft, nur ihre Vorstellung zu veröffentlichen bzw. Widerstand sich gar nicht erst formieren zu lassen, d.h. überhaupt nicht als Opposition anzuerkennen (ebd.: S. 296f).

Das Zwei-Parteiensystem mit der akzeptierten Opposition sichert auch das Mitgliederinteresse und damit deren Präsenz bei Gewerkschaftstreffen. So gibt es den Vorteil, dass die Mitglieder die verschiedenen Positionen die es aufgrund der Gegenreden der Opposition gibt, durch eine zugespitzte Form zu sehen und hören bekommen, nicht unähnlich einem Schlagabtausch bei der Präsidentenwahl. Auch ist interessant, dass sie mittels ihrer Wahlstimmen auf den gleichen Treffen bestimmen können, welchen der vorgeschlagenen Wege sie für am sinnvollsten ansehen, im Gegensatz zu einem vorgefertigten Leitantrag seitens der Administration, der nur noch abgenickt wird. So wird zum einen eine stabile Mitgliederbeteiligung erreicht und damit auch Wissen über die Themen, welche gerade die Gewerkschaft bewegen. Dies gerade auch bei solchen Mitgliedern, die sonst weniger explizit politisch unterwegs sind (ebd: S. 299f). So wird, solange die beiden Parteien sich gegenseitig nicht zu sehr programmatisch annähern oder gemeinsame Absprachen zu Ungunsten der Basis treffen, immer die Möglichkeit einer sich artikulierenden Opposition und eines möglichen Führungswechsels gegeben. Dies wäre bei einer verfestigten

Oligarchie nach Michels nicht der Fall.

Eine weitere Besonderheit ist das offizielle „Posting Board“ der Gewerkschaft. So werden die Themen, welche die Organisation bewegen, für jedes Mitglied einsehbar aufgehängt. Es ist erwähnenswert, dass *alles* aufgehängt wird. Alles was seitens der ITU kommt, wird aufgehängt ohne Bevorzugung der Seite, die der Verantwortliche vor Ort einnimmt. Das bedeutet, dass die beiden Parteien in der Gewerkschaft sich darauf verlassen können, dass die Informationen aufgehängt und so der Mitgliedschaft zugänglich gemacht werden. Auch die Postadressen und Wohnungsadressen werden der Opposition zugänglich gemacht, so dass die aktuelle Administration nicht über einen exklusiven Kommunikationskanal verfügt und die gegnerische Fraktion davon ausschließt (ebd: S. 302).

In Organisationen, in denen nur es nur eine Partei gibt, wird die Organisation mit ihrem einzelnen Vorsitzenden identifiziert und Unzufriedenheit mit dem Anführer oder dessen Politik fällt auf die ganze ITU zurück. Im Zwei-Parteien System hingegen wird Unzufriedenheit mit der Gewerkschaftslineie auf die momentane *Regierungsmehrheit* in der Gewerkschaft projiziert. Das führt zu der Situation, dass nach außen die ITU von den Mitgliedern immer hochgelobt wird, aber durchaus nach innen die beiden Parteien sich gegenseitig gerne in den negativsten Formen darstellen, besonders wenn die gegnerische Partei gerade die Mehrheit stellt. Als positive Folge davon zeigt sich, dass die Gewerkschaft an sich nicht angegriffen wird. Eine weitere Folge davon ist das Eigeninteresse der Parteivorsitzenden, dass möglichst alle Mitglieder bei der ITU bleiben und keiner ein Interesse hat, die Gesamtorganisation zu schwächen, um einen Vorteil für sich selbst zu erlangen. Die Parteivorsitzenden sind somit praktisch ein Blitzableiter für Unzufriedenheit mit der Gewerkschaft und die Mitglieder äußern ihren Frust eher in der Abwahl der aktuellen Administration, als mit dem Austritt aus der Gewerkschaft (ebd. S.: 305f).

Eine weitere Besonderheit ist die Homogenität der Gewerkschaft. So hat es in Gewerkschaften schon immer interne Verteilungskonflikte gegeben und werden auch immer von neuem ausgetragen, so z.B. die zwischen hochqualifizierten Mitgliedern und ungelerten Arbeitern. Ein geschickter Arbeitgeber kann auf diese inhärenten Bruchstellen bauen und diese verbreitern, um die ganze Gewerkschaft zu schwächen. Aber dies ist bei der ITU weniger erfolgreich,

aufgrund der Homogenität der ITU, die größer ist als bei anderen Gewerkschaften. Eine weitere Konsequenz daraus ist, dass die politische Präferenz und dementsprechend das Wahlverhalten der Mitglieder weniger vom Selbstinteresse aufgrund der Verteilungskonflikte bestimmt, sondern eher ideologischer Natur. Das kann eine der Voraussetzungen für ein nachhaltiges politisches System innerhalb der Gruppe bzw. für Gewerkschaften sein (ebd. S.: 346f).

Zusammenfassend lässt sich sagen, eine Organisation in welcher eine Oligarchie besteht, definiert selbst was erreichbar ist bezüglich ihrer Ziele und Strukturen. Die einfachen Mitglieder haben keine Möglichkeit, selbst zu erkennen, was im Rahmen des Machbaren ist. Andererseits hat eine organisierte Opposition die grundsätzliche Möglichkeit, die Grenzen dessen was politisch veränderbar ist, mitzubestimmen und eben eine Alternative zu dem zu sein, was von der Organisationsadministration vorgeschlagen wird (ebd. S.: 459).

2.3.2 Community New Left

Die Community New Left war nun ein erster Versuch, von vornherein die Tücken der Organisation zu umgehen und gleichzeitig eine wirkungsmächtige Vernetzung von Menschen zu sein. Sie hatten den Ansatz, den von Michels kritisierten Aufbau von Organisation, Bürokratie und Machtkonzentration von Anfang an mitzudenken. So hatte die „Community New Left“ zwischen den 1960er und 1970ern den Versuch unternommen, ohne Delegierte, zentrale Organisation, deren Bürokratie und oligarchischen Strukturen eine radikale Veränderung herbeizuführen. Breines (Breines 1980) hatte hierbei den SDS in Amerika (Students for a Democratic Society) untersucht, welcher 1969 zusammenbrach und die informelle Repräsentation der damaligen Studentenbewegung war. Es war eine Graswurzelbewegung, die besonderen Wert auf die Autonomie vor Ort legte und dem Organisationsaufbau skeptisch gegenüberstand (ebd.: S. 423). Allerdings hatte Michels auch darauf verwiesen, dass die Organisation und Solidarität die einzige Waffe der Schwachen gegen die Starken im kapitalistischen System sei. Aber dieser Punkt wurde von den

Mitgliedern des SDS skeptisch gesehen und sie zogen es vor, lieber keine Organisation aufzubauen.

Andererseits wurde durchaus die Frage aufgeworfen, wie „Democracy could function in a movement of 10,000 or 100,000 persons“ (ebd.: S. 424). Nur wenige der damaligen Aktiven haben wirklich geglaubt, dass dies ohne formale Organisation funktionieren könnte. Der SDS war sehr geprägt von den Bewegungsaktivisten und deren Forderung, dass die Organisation höchstens die Bewegung reflektieren sollte, aber nicht in die Zielerreichung bzw. -definition eingreift. Diese Kernforderung und die recht heterogen zusammengesetzte Bewegung machten das Gesamtbild insgesamt zu diffus, als dass eine Organisation dies hätte vernünftig abbilden können, selbst wenn der Versuch mehrheitlich gewollt worden wäre (ebd. 424).

2.3.3. Zusätzliche Kritikpunkte

Einige Wissenschaftler haben sich nicht einzelne Organisationen herausgesucht und an diesen versucht, Michels Gesetz empirisch zu widerlegen, sondern haben sich mehr auf die theoretische Kritik konzentriert. In Folge dessen wurde auch angemerkt, dass eine Organisation sich nicht zwangsläufig zur Oligarchie entwickeln muss, auch der umgekehrte Weg ist möglich, wenn auch beschwerlicher. So hat die Organisation eine inhärente Tendenz zur Oligarchie, wie Michels ausführt. Aber die Organisation kann sich nach May (1965: S. 417) für oder gegen eine Demokratisierung entscheiden. Diese (auch unbewusst getroffene) Entscheidung gegen die Demokratisierung führt erst zur Oligarchie. Das Vorhandensein einer Entscheidung bedingt sich daraus, dass eine Organisation in der Regel nicht als Oligarchie gegründet wird, sondern als Gruppe von Gleichen auf Augenhöhe, welche erst durch die formalen Eigenschaften der Organisation zur Oligarchie wird (ebd.: S. 419).

Der Weg hin zur Entwicklung einer Oligarchie ist allerdings um einiges leichter und die Punkte der kritischen Entscheidung werden auch nicht immer als solche wahrgenommen. So kommt es bei nicht genug ausgeprägter Kompetenz oder Aufmerksamkeit in diesen Fragen fast unausweichlich zur Oligarchie (ebd.: S. 419ff).

Michels wurde auch bei einem weiteren Punkt widersprochen. Nach Michels ist jede Organisation in ihren Anfängen basisdemokratisch und ohne starre, unveränderbare Führung. Sie wird erst im Laufe ihres Bestehens zu einer Oligarchie. Das ist in der Regel aber nicht der Fall, da die Gründung einer Organisation bereits einiges an Voraussetzungen hat. Diese Voraussetzungen werden meist von Menschen mit einem hohen Grad an Bildung, Status oder viel Geld mitgebracht. Dies bedeutet automatisch einen Vorteil gegenüber neuen Mitgliedern der Organisation, die nicht diese Eigenschaften mitbringen. Auf diese Art gibt es bereits zu Beginn eine informelle Führung von oben, welche sich aus diesen zusätzlichen Ressourcen heraus etabliert (Hands 1971: S. 160f).

Weiterhin gibt es zu der Vorstellung, dass eine Organisation immer möglichst viele Mitglieder will, bzw. dass dies ein Ziel der Anführer ist, auch Ausnahmen. Ein Ausschluss bzw. Abschottung gegenüber neuen Mitgliedern tritt regelmäßig zu Tage, wenn Anführer dadurch die eigene Agenda befördern können. Dies ist unabhängig von der Strategie der Deradikalisierung, um potenziell mehr Leute ansprechen zu können (Schwartz 1981: S. 33; vgl. Norris 1994: S. 265f).

Es gibt zusätzliche Kritikpunkte an Michels Thesen, die von Leach gesammelt wurden (Leach 2005): Die früheste Kritik aus den 1930er Jahren beschäftigt sich mit Michels These, dass über die Bürokratie in großen Organisationen automatisch einer kleinen Führungsriege mehr und mehr Machtressourcen zugeschoben werden. Orthodoxe Marxisten haben dies verneint mit dem Verweis darauf, dass eine administrative Produktion nicht die Macht über die Produktionsmittel habe. Dadurch haben sie keine Macht und können diese auch nicht einer kleinen Gruppe von Leute zuschieben.

Zwischen 1950 und 1960 kam die Ansicht auf, dass Oligarchie nicht so unausweichlich ist, wie es Michels sieht. So muss die Macht, welche von den Massen an die Führer abgegeben und dort konzentriert wird, nicht zwangsläufig zum Schlechten für die Ersteren benutzt werden. Dazu wurde damals bereits überlegt, wie man die Machtkonzentration zwar beibehält aber sie strukturell davon abhält, dass sie missbraucht wird (ebd.: S.313f).

Einen interessanten Punkt bringt Borchert ein. So stellt er nicht Michels Idee in Frage, dass Organisationen sich tendenziell zu Oligarchien entwickeln. Er hebt

aber hervor, dass die Organisation aufgrund der ihr aufgenötigten Schlagkraft auf partizipative Schranken seitens der eigenen Mitglieder stößt. Er macht dies an den kapitalistischen Rahmenbedingungen fest und somit weniger an den Organisationsformen, sondern an den Umständen des Systems, in denen sie agieren. Zugleich äußert er die Frage, inwiefern den strukturellen Machtassymmetrien zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftsinteressen mittels Organisierung wirklich entgegengewirkt werden kann (Borchert 2012: S. 275).

2.4 Ergänzungen

Es gibt auch Forschungen, die das Eherne Gesetz bestätigt haben. So wurden teilweise noch Punkte hinzugefügt, teilweise wurden bereits vorhandene noch weiter ausgebaut. Nicht immer wurde dabei auf das Eherne Gesetz explizit Bezug genommen, man kann aber einen Großteil davon als Ergänzungen ansehen, bzw. diese Punkte mit denen von Michels kombinieren. Besonders die Mechanismen des Gesetzes waren Punkte, welche die Grünen dazu veranlasst hat, dort anzusetzen und einer Oligarchie entgegenzuwirken. Einen geradezu konträren Ansatz verfolgt die SWIAF, welche die Frage aufwirft, ob man nicht trotz, bzw. gerade mit einer festen Oligarchie in der Organisation zu großen Erfolgen kommen kann. Am Schluss des Kapitels wird die Theorie von Michels noch mit weiteren Punkten ergänzt.

2.4.1. Die Grünen und ihre Vorkehrungen

Die Grünen werden umgangssprachlich manchmal als „Bio-FDP“ bezeichnet. Solch ein weitreichender Wandel an Grundprinzipien und politischen Inhalten muss Gründe haben, die schon lange vorher Einfluss auf die Entwicklung der Partei genommen haben. Auch nach Jahren im parlamentarischen System und der Teilnahme an Regierungsverantwortung kam dieser Wandel in der Geisteshaltung und im Politikverständnis nicht plötzlich oder unerwartet. Um gerade die Piraten insofern einschätzen zu können, welche Richtung sie einschlagen könnten, ist es wichtig, verschiedene Mechanismen dieses

Wandels genauer zu betrachten.

Eine Untersuchung über das eherne Gesetz der Oligarchie kommt natürlich nicht ohne die verwandten Untersuchungen über das Thema Basisdemokratie bei den Grünen aus. So hatten die Grünen in ihren Anfangsjahren im Bonner Parlament auch verschiedene Werkzeuge entwickelt, um der Loslösung bzw. der Entfremdung ihrer Amts- und besonders Mandatsträger von der Partei(-Basis) entgegenzuwirken. Diese sind: Das imperative Mandat, das Rotationsprinzip, transparente Fraktionssitzungen, die Trennung von Amt und Mandat, Die Begrenzung von Diäten und als letztes, die Offenheit der Treffen. Vor gleichen Herausforderungen steht die Piratenpartei, wie z.B. die Transparenz der Arbeit ihrer Vorstände oder die Mitbestimmung bei den Entscheidungen des Vorstands oder der Fraktion in den Parlamenten. Hierbei ist von Interesse, wie Grünen die Probleme angegangen sind und wie sie sich entwickelt haben.. Dies gilt vor dem Hintergrund, dass es von diesen Mechanismen der Grünen sechs Stück gab, die allerdings nach und nach aufgegeben oder aufgeweicht wurden. Diese werden im Anschluss kurz vorgestellt, um mögliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei den Piraten in Rheinland-Pfalz im Laufe der späteren Untersuchung erkennen zu können, wobei die *Vorarbeit* der Grünen mitgedacht wird. Es lohnt sich, dies später bei der Bewertung der Strukturen der Piraten im Hinterkopf zu behalten.

Das erste Instrument ist das imperative Mandat. Dieses sollte die Beschlüsse der Bundestagsabgeordneten an die Vorgaben der Bundesversammlung der Grünen und des Bundeshauptausschusses binden. Da ein imperatives Mandat als solches allerdings nicht mit dem Grundgesetz vereinbar war (vgl. Art. 38 Abs. 1, Satz 2 GG) wurde dies nicht explizit schriftlich festgehalten und es gab dafür verschiedene Sanktionsmechanismen, um bei Verstößen der Mandatierten den Willen der Parteiorgane gegenüber den Abgeordneten durchzusetzen (Spöhrer 1999: S. 78f).

Zum Problem im Parlamentsalltag wurde jedoch der Zeitmangel der beauftragten Organe seitens der Partei. So konnten bereits aus organisatorischen Gründen weder die Parteispitze, die benannten Parteiorgane und schon gar nicht die Basis die Vorgaben formulieren, die zu einer engeren Begleitung der Abgeordneten notwendig gewesen wären. Die Fraktion musste in der Lage sein, sich in kurzer Zeit auf wechselnde Anforderungen und daraus

folgende zeitnahe Entscheidungen einzustellen, während die Parteigremien in immer größeren Zeitabständen zusammentraten, was eine enge Begleitung erschwerte. Ebenso problematisch war das Zeitbudget des einzelnen Aktiven in den Gremien. Während die Abgeordneten ihr Mandat als Berufspolitiker in Vollzeit ausüben, konnte die Parteispitze und die beauftragten Gremien selbst bestenfalls nur aus Halbtagskräften bestehen, da ein berufliches oder finanzielles Abhängigkeitsverhältnis zur Partei mit einem Vorstandsamt laut Satzung unvereinbar war (ebd.: S. 80). Aufgrund der zeitlichen Ressourcen, informellen Netzwerken, der gesteigerten Aufmerksamkeit der Presse für die Fraktion sowie der Verfügbarkeit ihrer eigenen Angestellten, war es eher so, dass die Fraktion mehr Einfluss auf die Partei hatte. Es war eigentlich das Gegenteil geplant, aber es kam so, dass sich die Vormachtsstellung der Fraktion gegenüber der Partei im Laufe der Zeit verfestigte. Hinzu kam das Desinteresse der Parteimitglieder, sich mit der Arbeit der Fraktion im Detail auseinanderzusetzen. Die Führer haben sich also von der Basis abgelöst.

Das Rotationsprinzip als zweites Instrument funktioniert folgendermaßen: Wenn in der laufenden Legislaturperiode die Hälfte der Zeit erreicht ist, sollten die bisherigen Abgeordneten ihren Sessel räumen und den nachfolgenden Personen auf den Listenplätzen ihre Position anbieten. Auf diese Art sollte eine Entfremdung der Politikerelite vermieden werden.

Problematisch war hierbei wieder das grundgesetzlich vorgeschriebene freie Mandat. Dieses machte die Durchsetzung des Rotationsprinzips praktisch fast unmöglich. Erschwerend kam dazu, dass die frisch gewählten Abgeordneten eine gewisse Einarbeitungszeit benötigen und als Folge daraus sobald sie sich eingearbeitet hatten und die offiziellen Regeln sowie die informellen Normen erlernt hatten, just dann ihren Sessel räumen mussten. Auch war es für die Nachrücker der Abgeordneten eine unbefriedigende Situation, dass diese, wenn überhaupt, nur eine kurze Einarbeitung der vorgehenden Abgeordneten, mitten in der Amtszeit, erhalten konnten. Noch dazu steht die zweite Wahlperiode unter dem Eindruck des bevorstehenden Wahlkampfes, was die inhaltliche Arbeitszeit des Abgeordneten weiter verkürzt (ebd.: S. 81f).

Auch hatten die Wegrücker Angst um ihre berufliche Zukunft, wenn der Zeitpunkt für den freiwilligen Mandatsverzicht gekommen war. Aufgrund des freiwilligen Verzichts greift die verpflichtende Wiedereingliederung in den Beruf

nicht mehr. Als ein weiteres Problem hat sich die Bedeutungsaufwertung der Mitarbeiterstäbe der Fraktionsangehörigen herausgestellt. Die Mitarbeiter konnten sich nämlich einen Wissensvorsprung erarbeiten, da diese nicht rotationsbedingt ausschieden, sondern über längere Zeit, durchaus um einiges länger als die Abgeordneten, im Amt blieben.

Nebenbei gab es dabei auch noch die Querrotation. Diese funktioniert so, dass Mandatsträger nicht von Mandat zu Basis wechseln wie beim Rotationsprinzip, sondern in der Regel auf einer Ebene verbleiben, nur nach und nach verschiedene Positionen und (bezahlte) Stellungen innehaben. Dabei gibt es immer auch die Option, in der nächsten Wahlperiode wieder zurück auf das alte Amt zu kommen. Diese hatte zur Folge, dass die eigentlich ausgeschiedenen Mandatsträger über Tätigkeiten als Fraktionassistent, Parteifunktionär oder Landesabgeordneter wiederum zu Mandatsträgern werden konnten und so eine politisch zweifelhafte „Aktivistenherrschaft“ (ebd.: S. 83) erschuf, welche den ursprünglichen Ideen der Zwangsrotation faktisch widersprach. So wird die Idee des Führungswechsels zwar formal eingehalten, aber insgesamt zum Teil ausgehebelt.

Die Grundidee des dritten Instruments, Transparenz, war dass alle Zugang zu den Sitzungen der Fraktion haben sollten und so Entscheidungen nachvollziehbar gemacht werden sollten. Allerdings gab es die Möglichkeit, dass die Fraktion Nichtfraktionsmitglieder vor der Sitzung ausschließen konnte. Praktisch war der offene Zugang schwierig in der Handhabung, weil die Kompromissfähigkeit der Fraktionsabgeordneten beeinträchtigt wurde, wenn sie ständig unter der Beobachtung durch die Fraktionsöffentlichkeit standen. Um einiges problematischer war allerdings die permanente Medienpräsenz während der Versammlung. Dies hatte zur Folge, dass innerparteiliche Probleme entweder im Voraus informell geklärt wurden, oder öffentlichkeitswirksam aber unangenehm, umgehend an die Presse getragen wurden. Als Folge davon wurden die Entscheidungen ab sofort auf informellen Wegen getroffen und die Sitzungen entgegen der ursprünglichen Idee nicht mehr als Ort benutzt, in dem die innerfraktionellen Diskussionen und damit verbunden, die Willensbildung vor sich ging.

Während des Versuches des offenen Zugangs konnte die Presse die Fraktion als heterogen und zerstritten darstellen, was ihr zum Nachteil gereichte. Dies

galt im Besonderen, da die damalige Presse in der Meinungsvertretung eine einheitliche Fraktion erwartete und durch eine entsprechende Berichterstattung honorierte (ebd.: S. 85f).

Instrument Nummer vier, die Entkoppelung von Parteiamt und Fraktionsmandat sollte eine Machtkonzentration in den Händen einzelner Personen verhindern, zumal der Gedanke auch aufgrund des Arbeitsaufwandes war, ein politisches Amt ist genug. So dürfen Fraktionsmitglieder zum Beispiel nicht gleichzeitig im Kreisvorstand aktiv oder Bundesvorsitzender sein.

Hierbei traten allerdings auch wieder strukturelle Probleme auf, welche dieses Konzept mit sich brachte. Mit massiven Schwierigkeiten verbunden waren die Koordination von Partei und Fraktionsarbeit. So kam hin und wieder die Situation zustande, dass es aus dem Nebeneinander von Partei und Fraktion heraus durchaus passierte, dass beide mit Nachdruck inhaltlich unterschiedliche Positionen gegenüber der Öffentlichkeit vertraten. So besaßen die Fraktionsmitglieder, welche ihren Joballtag im Parlament mit den anderen Fraktionen hatten, aufgrund ihrer täglichen Arbeit eine höhere Affinität zu Kompromissen. Sie sahen nach eigener Angabe eben dass, was mit den anderen realistisch machbar war und setzten dies um. Die Partei hingegen musste nicht auf Kooperation und Kompromisse setzen und war auch von der Basis her idealistischer geprägt. Dazu kam die Erschwernis, dass es durch die geforderte Trennung zu einem erhöhten Personalbedarf in den Gremien kam, wobei die Personenanzahl der Engagierten nicht groß genug für die gestellten Ansprüche war. Zusätzlich verschärft wurde dieses Problem durch das oben erwähnte Rotationsprinzip, was die Personaldecke noch weiter strapazierte. Die dünne Personaldecke wurde unter anderem dadurch maßgeblich bedingt, dass die Wählerschaft der grünen Partei sich nur zu einem geringen Anteil in der Partei selbst organisierte und die Arbeit auf wenige Köpfe verteilt werden musste (ebd. S. 90).

Die fünfte Maßnahme, um die Entstehung von grünen, abgehobenen Berufspolitikern zu verhindern, war die Begrenzung der Diäten. Auf diese Weise sollte dem rein finanziellen Anreiz, sich auf ein Amt zu bewerben, ein effektiver Riegel vorgeschoben werden. So sollte jeder Abgeordnete nur soviel von seinen Diäten behalten dürfen, wie es einem durchschnittlichem

Facharbeitergehalt entspricht. Die überschüssigen Diäten hatten an die Partei abgeführt zu werden, auch um die Parteistrukturen unterstützen (Falter 2003: S. 92). Die Begrenzung auf das Niveau eines Facharbeiterlohnes brachte aber auch Probleme mit sich. So war es zum einen für den Durchschnittsverdiener aus der grünen Wählerschaft (die eben mehr verdienten als das Facharbeitergehalt) unattraktiv, sich für Mandate zu bewerben, da sie finanzielle Einbußen zu befürchten hatten. So blieb diese Klientel dem Parlamenten eher fern. Andererseits bevorteilte es diejenigen unter den Grünen, die viel Geld zur Verfügung hatten. Das bedeutet, diejenigen, die mit finanziellen Einbußen leben konnten, weil sie eben genug Geld hatten, waren eher in der Lage, Mandate wahrzunehmen. Salomon spricht hierbei von einem nicht intendiertem, aber strukturell geförderten Typus des Karrieristen und Berufspolitikers, welchen der grüne Mainstream in der Partei eigentlich ablehnte (Salomon 1992: S. 208f). Dies wiederum leistete strukturell den von Michels postulierten Entwicklungsvorschub, dass sich wenige Leute an der Spitze verfestigen.

Mit dem oben erwähnten dritten Punkt, bei dem es um die Transparenz der Fraktionsarbeit geht, hängt auch der sechste Punkt zusammen. Die Grünen hatten für den Ablauf ihrer Treffen möglichst wenig institutionelle Vorgaben gemacht, um möglichst viel vom Geist der Bewegung in die Parteiarbeit hereinzubringen. Ein weiteres Ziel davon war, die Selbstbestimmung der Bürgerinitiativen, sowie die individuelle Freiheit des individuellen Parteimitglieds möglichst umfassend zu gestalten. Da die Zusammensetzung der Treffen auf der Orts- und Kreisebene allerdings eher zufällig waren, wurde wenig kontinuierliche inhaltliche Arbeit geleistet. So gab es z.B. viele Globalanträge, die sich mit internationalen Fragen beschäftigten, für die kommunale Arbeit, besonders aus Sicht der Mandatsträger (die ja Vorgaben für ihre parlamentarische Arbeit wollten) war das wenig hilfreich. Auch wurde über alles ständig neu diskutiert: Von der Geschäftsordnung bis zum Modus des Antragsverfahrens. Allerdings konnten dabei die erfahrenen Parlamentarier und Vorstände ihren Wissensvorsprung aus der kontinuierlichen Arbeit ziehen und falls gewünscht, die Sitzung in bestimmte Richtungen lenken. Dies trifft im Besonderen auf die Aktiven zu, welche die Satzung besonders gut kannten. Salomon bezeichnete unter diesem Eindruck die praktische grüne Basisdemokratie als Herrschaft der Aktivisten (Salomon 1992: S. 200f). Die

spezialisierten, die Fachkräfte in der Partei konnten so an Einfluss gewinnen, bzw. wie im ersten Schritt beschrieben die Basis übertrumpfen.

2.4.2. Oligarchie ohne negative Folgen?

Eine besonders interessante Sichtweise bringt Paul Ostermann (Ostermann 2006) ein. Kann eine Organisation eine Oligarchie entwickeln, aber gleichzeitig deren (negative) Konsequenzen vermeiden? Falls ja, würde Michels These bestätigt, aber die Folgen, die Michels kritisierte würden damit umgangen. Die drei negativen Hauptfolgen hat er identifiziert als einen Verlust von Engagement (Die Ehrenamtlichen sind nicht mehr mit dem Herzen bei der Sache), Mitgliederschwund (Der individuelle Austritt) und Zielveränderung (Wenn die Organisation ihre Ziele verändert und nicht mehr den ursprünglichen Idealen nachgeht) (ebd.: S. 625). Falls dies der Fall ist, wäre die Aussage von Michels bezüglich Oligarchisierung von Organisationen zwar nicht widerlegt, aber die negativen Auswirkungen, die aus dieser Oligarchisierung folgen, bzw. sie erst entstehen lassen, wären negiert.

Ostermann hat die amerikanische „Southwest Industrial Areas Foundation“ (SWIAF), eine regionale Unterorganisation der IAF (Industrial Areas Foundation) untersucht, die sich an der Idee des „community organizing“ orientiert. Das bedeutet, sie organisiert Menschen in bereits bestehenden Institutionen (besonders kirchliche und sozial engagierte) und befähigt sie, auf lokaler Ebene politisch aktiv zu werden. Damit werden sie in die Lage versetzt, öffentlichen Druck zu erzeugen, ähnlich der Struktur und Vorgehensweise von einer Graswurzelbewegung.

Die IAF ist deutlich eine Oligarchie. Ostermann macht dies an verschiedenen Punkten fest. Diese sind unter anderem Kontrolle über die Ressourcen wie das Geld oder die Fähigkeiten ihrer spezialisierten Mitglieder und Informationen der Organisation, welche in den Händen der beauftragten Organizer liegen. Trotz dieser oligarchischen Struktur schafft es die Organisation aufgrund eines bestimmten Konzeptes und weiterer Besonderheiten, die drei oben genannten Folgen bisher weitestgehend erfolgreich zu verhindern (ebd.: S. 633f) .

Es gibt einige Besonderheiten, die sie von Organisationen wie Parteien oder

Gewerkschaften unterscheiden. Die SWIAF sucht in den mit ihr verbundenen Institutionen wie Kirchen und Schulen nach Mitgliedern, welche sich vielleicht in der SWIAF engagieren wollen und führt Gespräche, in denen sie die Eignung der Personen feststellt und dabei gleichzeitig erfährt, was die Themen sind, die die Leute vor Ort gerade am meisten beschäftigen (ebd.: S. 629f).

Die Gründe für das Umgehen der eingangs erwähnten negativen Folgen der Oligarchie sind seiner Meinung nach zweierlei. Er hat diese beiden „agency“ und „culture“ genannt. Ersteres meint die Selbstwahrnehmung der handelnden Akteure im weiteren Sinne. Das meint zum einen die eigenen Fähigkeiten, bspw. Reden halten zu können oder Aktionen zu organisieren. Zum anderen meint es die Möglichkeit mittels des eigenen Engagements, die Zukunft selbst aktiv gestalten zu können. Dies bezeichnet er als „skills development“. Diese beiden Wahrnehmungen können sich durch die Arbeit der Organisation an sich und durch die Mitarbeiter in dieser verändern. Mit dem zweiten Punkt „culture“ ist gemeint, die Normen, die das Verhalten der Organisation beeinflussen, sowie die Routinen, die es ermöglichen, zu handeln, selbst aktiv zu werden, zu zeigen, wie Handeln aussehen kann und dies unterstützen, besonders das Ermutigen, etwas zu tun (ebd.: S. 628).

Ein Mitglied hat die Arbeit der IAF (Industrial Areas Foundation) recht passend beschrieben: Die IAF ist „a university that educates us. We're prepared for any event.“ (ebd. 634) Sie schult ihre Mitglieder, indem sie drei Elemente von ihnen gezielt weiterentwickelt. Das erste Element betrifft die technischen Fähigkeiten, Methoden, die angewendet werden. So werden Lesekreise organisiert, in denen vor Ort das regional aktuelle Thema betreffende Texte gelesen und diskutiert werden. Weiterhin werden Kleingruppen gebildet, denen bestimmte Fähigkeiten vermittelt werden, die sie brauchen, um ihr Projekt voran zu bringen. Bei beiden werden auch organisationsrelevante Dinge, wie das Organizingkonzept und der kritische Blick auf Autoritäten weitergegeben. Element Nummer zwei ist das Training von Verhalten. So werden Situationen durchgespielt, in denen die Mitglieder sich gegenüber ihren politischen Gegnern behaupten müssen. Ostermann nennt hier das Beispiel von Beauftragten der Stadtverwaltung, die vom Projekt vor Ort kritisiert werden und dem die Aktiven der SWIAF gegenüberstehen. Die Leute werden auf diese Situation vorbereitet. Zum dritten werden die Aktiven in die Kernaufgaben der Organisation eingebunden.

So werden z.B. Mitglieder ermutigt, Treffen zu organisieren oder selbst die Wissensvermittlung an die anderen zu übernehmen. Daran anschließend folgt eine Evaluation, wie das Mitglied die Aufgaben erledigt hat. So kann die Organisation auch besonders geeignete Personen für die eigene Rekrutierung ihrer Organizer nutzen (ebd.: S. 634f).

Es gibt drei Ziele, die von der SWIAF verfolgt werden und für uns interessant sind: Das Erste ist es, die Oligarchie zu vermeiden.

Es gibt verschiedene Mechanismen, welche die negativen Folgen von Oligarchie aushebeln oder zumindest abschwächen. Einer davon ist, dass Leute, die persönlich mit der (Partei-)Politik involviert sind, aus der Führung der SWIAF ausscheiden müssen. Das bedeutet, dass Leute, die sich von Anfang an in Parteipolitik einmischen, entweder nicht von der SWIAF rekrutiert werden oder nie in höhere Positionen aufsteigen können. Gleichzeitig bedeutet es auch, dass Leute in höheren Positionen der Organisation nicht plötzlich z.B. als Abgeordneter für eine bestimmte Partei in den Wahlkampf ziehen können und dabei ihre Popularität als Organizer und ihre Kontakte in die Organisation nutzen können. Wobei dies auch nicht ganz einfach ist, da die Parteiorganisation wiederum eigene Leute hat, die die Entwicklung in der eigenen Partei mitgemacht haben und nicht einfach einem anderen den Vorzug geben werden. Falls sie es doch tun, müssen sie wie oben erwähnt, die Organisation verlassen. Die Folge davon ist, dass es für Mitglieder, die die SWIAF als Sprungbrett für ihre politische Karriere gebrauchen wollen, uninteressant ist sich dort zu engagieren. Wobei es sich aus finanzieller Sichtweise durchaus lohnt, ein Angestellter bei der IAF zu sein, so ist das Gehalt dem der Mittelklasse angemessen, mit entsprechenden Gehaltsteigerungen, je höher man auf der Karriereleiter der Organizer emporsteigt. Dies ist ein großer Unterschied zu den Führungspositionen, die Lipset et al (1956) bei ihrer Gewerkschaft untersucht haben. Dort hat die Basis verfügt, dass die Gehälter der Führungspositionen sich nicht groß von dem des organisierten Mitglieds unterscheiden. Die einfachen Mitglieder bei der SWIAF haben allerdings gar keine finanziellen Vorteile durch ihre Arbeit in der Organisation, falls diese sich nicht durch das Projekt selbst, wie z.B. günstigen Wohnraum, ergeben (Ostermann 2006: S. 630).

Ein weiterer Faktor der organisationsinternen Kultur ist ein kritischer Blick auf

Autoritäten. Dies meint nicht nur die Autoritäten, die den Mitgliedern als Gegenüber im Staat und seinen Verwaltungen oder anderen Organisationen begegnen. Das Besondere ist, dass sie diese autoritätskritische Mentalität auch innerhalb der Organisation weitergeben und ermutigen, die eigenen Leute, im Besonderen die eigenen Organizer, zu kritisieren. Damit hängt die Unterscheidung zwischen Privatsphäre und Arbeitssphäre, bzw. Politiksphäre zusammen, so ist die politische Arbeit von Machtverhältnissen geprägt, während das Privatleben mehr von Bedürfnissen nach Akzeptanz und von Emotionen geprägt ist. Dies impliziert, dass in der politischen Sphäre weder dem Gegner noch den eigenen Kollegen völlig vertraut werden sollten.

Ein anderer Kernpunkt ist, niemals etwas für andere zu tun, was diese für sich selbst tun können. Der Hintergedanke davon ist, dass die Leute lernen, dass sie aus eigenem Antrieb heraus Dinge verändern können, sowie dazu auch selbst in der Lage sind. Die Folge hiervon ist wiederum, dass die Leute zur Erreichung ihrer Ziele selbst Arbeit in das Projekt stecken müssen. Die Organizer unterstützen das zwar, aber nur in begrenztem Maße. Wenn ein Organizer zuviel tut, dann stellt sich dieser Lerneffekt und das Gefühl des „Self-Empowerment“ nicht ein. Dazu gehört nach jedem abgeschlossenen Projekt und Aktion eine interne Evaluation, bei der das Geschehene besprochen wird, mit dem Ziel daraus zu lernen und es in Zukunft besser zu machen (ebd.: S. 637ff).

Das zweite Ziel ist es, eine Passivität, ein Einschläfern, eine Beruhigung der Mitglieder zu vermeiden.

Ein wesentliches Problem, das jede Organisation hat, ist die im Laufe der Zeit sich verstärkende Passivität der Mitglieder. Die dauerhafte Aktivität der Mitglieder der SWIAF wird dadurch gesichert, dass die Organisation erst dann aktiv wird, wenn genug Motivation und Kapazitäten seitens der interessierten Mitglieder vorhanden sind. Das bedeutet, wenn nicht genug Mitglieder zu den Themen aktiv werden wollen, bzw. die Kapazitäten der tätig werden wollenden nach Einschätzung der Organisation nicht ausreicht, passiert eben nichts. Durch dieses Konzept wird in der Organisation ein hohes Niveau an Eigeninitiative der Mitglieder hergestellt. Dies führt zu der Auswahl, sich nur da thematisch einzubringen, wo Erfolge möglich sind. Interessant ist dabei, dass sich die Mitglieder hin und wieder gegen die Einschätzung der Organisation

stellen und Einfluss auf sie ausüben. Anschließend folgt entweder ein Projekt ohne große Hilfe der Organisation, oder die SWIAF passt sich den Vorstellungen der Mitglieder an und ändert ihre geplanten Vorgehensweisen (ebd.: S. 639f). So ist es weniger Fall, dass analog zu Michels, die Führer die ganze Arbeit machen und die Masse wie ihre Delegierten froh darüber sind und sich daraus eine Ergebenheit gegenüber den Führern entwickelt.

Das dritte Ziel handelt davon, dass die Organisation versucht zu verhindern, dass sich ihre Ziele, ihre Grundprinzipien langfristig eher abträglich entwickeln. Ein von Michels kritizierter Punkt an Organisationen ist es, dass sie ihre ursprünglichen Ziele, gegenüber dem Erhalt und dem reibungslosen Ablauf der Organisation, welcher im Laufe der Zeit als wichtiger angesehen wird, zurückstufen. Bei der SWIAF nennt Ostermann mehrere Punkte in der Organisationsgeschichte, an dem die Organisation gut laufende Projekte aufs Spiel gesetzt hat. So hatte die Organisation ein Projekt, an dem die Stadt und lokale Partner aus der Wirtschaft mitarbeiteten und Geld dafür gaben. Allerdings gab es ein paralleles Projekt, bei dem abzusehen war, dass die beiden Partner aus dem ersten Projekt negativ darauf reagieren. Diese kürzten dann die finanziellen Zuwendungen, aber die Organisation behielt ihren Kurs bei und führte das Projekt, welches die Bündnispartner ablehnten, weiter. Es kam auch schon vor, dass ein laufendes Projekt eingestellt wurde, weil es nicht mehr den eigentlichen Zielen der Organisation entsprochen hat (ebd.: S. 641f). Nach Michels Erfahrungen wäre es eher der Fall gewesen, dass die Organisation das Projekt hätte laufen lassen und seine eigenen Ziele so angepasst hätte, damit es weiterhin ungestört weiterlaufen kann.

Es stellt sich die Frage, wie eine oligarchisch geführte Organisation ein solch hohes Niveau an aktiven Mitgliedern und deren großes Engagement dauerhaft halten kann. Ostermann hat dafür verschiedene Faktoren ausgemacht.

Zum einen konkurrieren die Mitglieder nicht untereinander um die (lukrativen) Positionen der IAF, es gibt keinen Wettbewerb um die „Brotstellen“, wie Michels die Rekrutierung der Mitglieder zum Verwaltungs- und Parteiapparat beschreibt. Damit hängt zusammen, dass die Organizer nicht befürchten müssen, wieder zurück in die einfache Mitgliedschaft zu fallen und finanzielle Einbußen hinzunehmen, da sie ja Angestellte einer Organisation sind (ebd.: S. 644).

Selbst bei einem nachweisbaren Fehlverhalten einzelner Organizer und Druck seitens der Mitglieder, ist der Wert eines ausgebildeten Organizers so hoch, dass er eher in eine andere Stadt versetzt wird, statt gefeuert und somit aus der Organisation ausgeschlossen zu werden (ebd.: S. 641).

Ein weiterer Grund für das Engagement der Mitglieder ist, dass die Organizer auch glauben was sie sagen und in Schulungen an andere weitergeben. So ist es das Hauptanliegen der Organisation, die Mitglieder zur Durchsetzung ihrer politischen Anliegen zu befähigen und besteht weniger darin, programmatische Punkte durchzusetzen. Auch nehmen die Organizer regelmäßig selbst an Schulungen teil, um diesen Gedanken nachdrücklich am Leben zu halten.

Weiter haben sie ein Selbstinteresse daran, dass die Mitglieder in ihrer Region aktiv sind. So hängt der Erfolg der Organisation und ihr eigener (d.h. das Vorankommen bei ihrer eigenen Karriere) sehr stark von den Mitgliedern ab. So wenn z.B. zu den Wahl-Kampagnen und ähnlichen Aktionen große Zahlen von Mitgliedern mobilisiert werden müssen (ebd.: S. 644).

Im vorherigen Kapitel wurde mit der SWIAF gezeigt, dass trotz Oligarchie eine Organisation dauerhafte Erfolge mit engagierten Aktiven ermöglichen kann. In gewisser Weise einen Schritt weiter geht Leach dabei. Er stellt bei den erwähnten Kritikpunkten die Frage, ob Oligarchie generell etwas Negatives sein muss. So muss es zum einen eine Anreizstruktur für Leute geben, d.h. damit Positionen übernommen werden, muss damit auch Macht verbunden sein, die dann auch auf die Positionsinhaber übergeht (Im Kontext der Piraten wird uns das nochmal begegnen). In dem Versuch die Kritik von Michels an Oligarchie umzulenken hat er dazu einen interessanten Beitrag geleistet. Oligarchie ist eine „concentration of entrenched illegitimate authority and/or influence in the hands of a minority, such that de facto what that minority wants is generally what comes to pass, even when it goes against the wishes (whether actively or passively expressed) of the majority“ (Leach 2005: S. 329).

Die Besonderheit dieser Definition ist, dass nicht nur die Konzentration von Macht z.B. beim Vorstand einfach auf eine Oligarchie schließen lässt, sondern dass das *Benutzen* von *illegitimer* Macht der entscheidende Punkt ist, dass eine Oligarchie besteht. So werden frühere „sichere“ Indikatoren wie ein fehlender Führungswechsel, Herrschaft über Organisationsressourcen und geringe Beteiligung der Mitgliedschaft nur als Ergebnisse, bzw. starke Hinweise auf eine

Oligarchie gesehen und nicht als der verursachende Punkt (Leach 2005: S. 331f). Der Vorteil dabei ist, dass die Konzentration von Macht durchaus kritisch gesehen wird, aber (durchaus gewollte Machtstrukturen) nicht per se als Oligarchie gebrandmarkt werden. Der Fokus liegt hier mehr darauf, dass die Machtstrukturen gegen den Willen der Mehrheit ausgebaut werden und diese Macht gegen den Willen der Mehrheit missbraucht wird. Fraglich ist dabei allerdings, wie man feststellen kann, ob eine Entscheidung gegen den Mehrheitswillen der Mitglieder zustande gekommen ist.

Illegitime Macht ist nach Leach (ebd. S. 323) bei formaler Macht: das Benutzen von materiellen Sanktionen ohne oder über den Bereich des Mandats hinausgehend. Im informellen Bereich ist es die emotionale oder geheime Manipulation, z.B. durch Thema setzen (agenda setting), das Zurückhalten von Informationen oder das Benutzen von nicht materiellen Sanktionen.

2.4.3. Erweiterungen des ehernen Gesetzes

Nach der Betrachtung der Grünen und der SWIAF, gibt es noch weitere Punkte, die für die späteren Interviews hilfreich sein können. Mit dem Aufbau der Organisation nimmt gleichzeitig die Oligarchie zu, wie im Michels ausgeführt hat (Kapitel 2.2). Die Oligarchie nimmt aber auch dann zu, wenn die Organisation in Auflösung begriffen ist. Die Arbeit verteilt sich auf dann auf weniger Leute, die dann als Anführer mehr Möglichkeiten bekommen, Einfluss zu nehmen. Sie agieren dabei vorsichtig und immer mit dem Hauptziel, die Organisation zu stabilisieren, langfristig erhalten zu können, und primär vor dem Untergang zu retten (Norris 1994: S. 249). Es gibt drei Methoden, die die Eliten dabei anwenden:

Bei der ersten werden Themen benannt, doch es gibt keine Reaktion darauf von der Elite. Es wird nicht drauf reagiert.

Bei der zweiten werden aus den wichtigen Runden, in denen Entscheidungen getroffen werden, die strittigen Themen rausgehalten.

Die dritte Methode ist die Machtlosigkeit, die aus dem Frust des Erlebens der ersten beiden Methoden entsteht. Dazu kommen die Sozialisation (dass die Niederlage nur wegen dem eigenen Fehlverhalten zustande kam) und die

Informationskontrolle (über die Presse usw.) welche das Gefühl der eigenen Machtlosigkeit noch verstärkt (ebd. S. 251).

Jedoch kann eine Mobilisierung der Mitglieder erfolgreich sein, wenn eine Gruppe aus der Elite aufgrund ihrer eigenen Interessen sich im Zwiespalt zu einer anderen befindet und eine Machtposition erringt, bzw. die Führung übernimmt (ebd. S. 254).

Ein weiterer Punkt der Michels These unterstützt, wurde von Katovich (1981: S. 443f) eingebracht. Nach ihm werden die oligarchischen Tendenzen durch ein Informationsmonopol unterstützt. So sind Organisationen, die bspw. im Nachgang von Verhandlungen nur auf Informationen ihres (einzelnen) Delegierten zurückgreifen können, gefährdeter für die Entstehung von oligarchischen Strukturen. So wird das Spezialistentum, welches laut Michels auf seltenen Fähigkeiten und Wissen aufbaut, gefördert.

Andererseits wird eine egalitäre Struktur beibehalten, wenn die Organisation zusätzlich zu den Informationen ihres Delegierten noch eine unabhängige Informationsquelle besitzt. Dies sorgt zum Einen für die Verhinderung des Informationsvorsprunges des Delegierten. Zum Anderen werden die Entsendenden mehr einbezogen und können gleich sachlich mit diskutieren. Zudem wird der Bericht des Delegierten „objektiver“, das bedeutet, er stellt die eigene Person zurück und kann weder Erfolge erfinden noch Verluste verschweigen, wenn er weiß, dass er über eine dritte Informationsquelle *kontrolliert* wird. Zusätzlich sind die Entsendenden weniger geneigt, den Ausgang der Verhandlungen auf die Person des Delegierten zu münzen, was laut Katovich häufigere persönliche Attacken, statt sachliche Diskussionen nach sich zieht.

Michels setzt, wie oben erwähnt, wenig Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der Massen bei den Wahlen. Allerdings bezeichnet er das häufige Wählen an sich als das „elementarste Sicherheitsventil der Demokratie“ (Genett 2012: S. 78). Dem ist hinzuzufügen, dass gerade durch das häufige Wählen, die damaligen Arbeitermassen in das politische System integriert worden sind und so an die Demokratie praktisch angelernt wurden (Anderson 2009). So kann auf Wahlen nicht einfach verzichtet werden.

Andere Forscher, gehen weniger auf die inhaltlichen Punkte oder Teile der Theorie ein sondern die grundsätzlichere Ebene von Michels betrachten und die damaligen Diskussionen in die Kontroversen von heute einordnen. Straßenberger (2012: S. 198f) ordnet Michels in die heutige Diskussion der Postdemokratie. So wird beim Wandel von der „responsive democracy“ hin zur „responsible democracy“, die Bevölkerung entmachtet, es entsteht eine Scheindemokratie, bei der die formalen demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten noch vorhanden sind, aber die Macht graduell dem Volk entzogen ist. Einige Wissenschaftler nehmen das hin, indem sie die Demokratie sowieso nur als Auswahlmethode der am besten geeigneten Führer des Volkes ansehen. Diese stehen fundamental im Widerspruch zu Michels, der Demokratie normativ auflädt und sie möglichst basisdemokratisch gestalten sowie das Führerproblem eliminieren will, statt als optimale Methode hinzunehmen und dauerhaft zu verfestigen. Anders formuliert: „Michels demokratische Defizite wurden zu funktionalistischen Notwendigkeiten der modernen Massendemokratie uminterpretiert“ (Rüb 2012: S. 263).

Für Michels ist dieser reine Wettbewerb der Führer um die Stimmen gerade „kein innovatives Potenzial, sondern eine zutiefst konservative Haltung, eine Machtbehauptung“ (Straßenberger: S. 202). Für ihn kann innovatives Potenzial und demokratischer Geist nur von unten kommen, von der „rebellischen Masse“.

Michels nennt einige Beispiele, an denen sich die Tendenzen zur Oligarchisierung zeigen. Parteitage sind für ihn wie oben genannt per se ungeeignet, weil sie aufgrund der technischen Rahmenbedingungen nie alle Personen beteiligen können. Zudem können die Führer aufgrund ihres rhetorischen Talents mittels großer Reden die Emotionen der Delegierten (die weder das Talent, noch die Möglichkeit dieses zu durchschauen haben) packen und so für ihre Zwecke nutzen (Jorke 2012: S. 236).

Jorke sieht die indirekte Wahl, d.h. „Die Aufstellung von Kandidatenlisten, aber auch die Vorentscheidung von Sachfragen durch kleine Parteizirkel“ (ebd.) als eine Sicherung der Macht der Führer an. Dazu kommt die Macht über die Tagesordnung, als eine Methode der Nicht-Entscheidung von strittigen Fragen. Ein weiterer Punkt ist die „Rhetorik der Vernunft“. So wird in einem Konflikt zwischen Eliten der Parteiführung und den Eliten der innerparteilichen

Opposition die Gegenseite je nachdem als naive Idealisten oder als Demagogen bezeichnet. Daran im Anschluss beansprucht die jeweilige Seite für sich, den Willen der Partei zu verkörpern, oder den richtigen Weg zu wissen (ebd.: S. 239).

Ein anderer Weg die innerparteiliche Opposition auszuschalten ist da subtiler. So werden den Eliten der Opposition Posten in der Partei übertragen. Wichtig dabei ist allerdings, dass mit diesen Posten nicht zu viel Macht verbunden ist, so dass es keine gravierenden Änderungen gibt (und sich am kritisierten Zustand nichts ändert). Gleichzeitig werden den neuen Inhabern der Posten dabei die volle Verantwortung für die Taten der Eliten in der Führung der Partei angelastet, was zu einer Anpassung an die Führung führen soll (ebd.).

Rüb hat sich mit der Entfremdung der Delegierten befasst: „Wie können Delegierte [...], dass sie zwar im Auftrag der Massen, aber zugleich wie die Masse selbst handeln und sich nicht von ihr entfremden?“ (Rüb 2012: S. 247). Es wird besonders interessant zu sehen sein wie die Piratenpartei versucht, ihrer Delegierten „Herr zu werden“, das von Michels beklagte Führer-Delegierten-Dilemma aufzulösen. Rüb hat hier einige Dinge aufgelistet, die nach ex post oder ex ante Prinzip funktionieren (ebd.: S. 261).

Einen interessanten Punkt bringt Brodocz ins Spiel am Beispiel der Entstehung von Greenpeace. So wirkt das Eherne Gesetz auch beim Fehlen einer formalen Organisation, d.h. es werden einzelne Personen aufgrund ihrer individuellen Veranlagungen zur Führungsfigur (Brodocz 2012: S. 288). Ähnlich wie es Michels beim Anarchismus seinerzeit analysiert hatte und darum als Lösung für das Oligarchieproblem verworfen hatte.

2.5. Das eherne Gesetz in Wikipedia

Einen aktuellen Vergleich von neuartiger Organisation und Michels ehernem Gesetz bringt Konieczny (2009). Er hat untersucht, ob Michels Gesetz auf Wikipedia zutrifft. Die Frage war, ob Wikipedia als Ganzes bürokratischer und

oligarchischer wird. Gemeint sind dabei nicht nur die zugehörige Stiftung (Wikimedia Foundation) und das Team um den Gründer, sondern im besonderen die Leute, welche sich um den Erhalt und die Erweiterung der Internet- Enzyklopädie kümmern.

Es gibt mehrere Besonderheiten im Zusammenhang mit der Organisation von Wikipedia. So ist die Einstellung der Wiki-Gemeinde, dass ein Machtgebrauch seitens der Inhaber von Positionen mit Macht, also dem Gründer sowie dem gewählten Rat der Stiftung, dem Gesamtprojekt erheblichen Schaden hinzufügen würde (ebd.: S. 165).

Ein Punkt, den Michels als Grundproblem klassifizierte, war das Versammeln von vielen Menschen an einem Ort, gekoppelt mit der Herausforderung akustisch verstanden zu werden und den daraus folgenden Problemen. Diesen Punkt hat das Internet gelöst (ebd.: S. 168).

Weiterhin stehen die offenen Kommunikationswege einer entstehenden Oligarchie entgegen. Die Transparenz der Entscheidungsfindung und der direkte Umgang von erfahrenen Leuten und Anfängern sind Beispiele dafür. Transparenz bedeutet z.B. dass öffentlich gemacht und gespeichert wird, welche Person welchen Artikel editiert und anonyme Einträge mittels Wikiscannertool, z.B. zu anonym auftretenden Interessengruppen, zurückverfolgt werden können. Was wiederum deren Einfluss vermindert. Auch kann die Information, dass ein Artikel geändert wurde, nicht geheim gehalten werden. So werden alle Vorschläge sowie Änderungen öffentlich gemacht und archiviert. In Folge davon werden alle Vorschläge nicht geheim entscheiden, sondern der größtmöglichen Menge an Nutzern zur Diskussion vorgestellt. Der direkte Umgang zwischen erfahrenen Administratoren und Anfängern ergibt sich aus dem Chatten und den offenen Diskussionsforen an denen jeder einzelne teilnehmen kann, d.h. es funktioniert ohne Delegierte. Ein weiterer Vorteil des direkten Kontakts ist, dass die Entfremdung der Anführer von der Basis verringert wird. Dazu kommt, dass es keine Einschüchterung durch den Rang gibt, weil sich die Leute, die schon länger dabei sind und auf ein gewisses Prestige verweisen könnten, dies nicht so erkennen lassen (ebd. S. 181ff).

Das Engagement der Leute gründet sich nicht auf extrinsische Faktoren wie die Belohnung mit Macht oder Geld (die es ja nicht zum Verteilen gibt) sondern primär intrinsisch, bei der die Handlung an sich bereits die Belohnung ist, nämlich das Erstellen und Verbessern des Wikis. Dies sorgt dafür, dass die

Anführer nicht dazukommen, um Macht zu bekommen und sich „Machthunger“ nicht entwickeln kann (oder nur in kleinem Maße). Der finanzielle Aspekt dabei ist, dass alle Wikipedia „Mitarbeiter“ unbezahlt sind und die Mitarbeit auf Freiwilligkeit beruht, was der „Gier nach Geld“ einen recht effektiven Riegel vorschiebt (ebd. S. 182).

Michels hat die Macht der Gewählten über die Wählenden erwähnt. Hierauf bezogen stellt sich die Frage: Welche Macht? Es gibt nicht viel Macht zu verteilen.

Ein interessanter Punkt ist, dass eine „kleine“ Oligarchie nicht möglich ist, weil die entsprechenden Projektleiter, die etwas in der Art darstellen könnten, über 1000 Leute sind, Tendenz steigend. Dazu kommt eine fehlende zentrale Administration, welche diese dann möglicherweise kontrollieren könnte. Auch gibt es keine Hürden ein Projekt zu „forken“, d.h. das bisherige Projekt mit einigen Mitstreitern in eine andere Richtung zu entwickeln oder ein völlig neues zu gründen. So können Projekte, die oligarchische Tendenzen aufweisen, einfach verlassen und neue gegründet werden (ebd. S. 187).

Konieczny fand schwache Hinweise darauf, dass eine informelle Oligarchie im Entstehen sein könnte. Diese besteht aus aktiven und erfahrenen Editoren. Trotzdem ist das Machtpotenzial, welches diese auf sich vereinen können, eher gering. Dies kommt daher, weil Wikipedia überhaupt nur wenig Machtressourcen zu verteilen hat. Diese Hinweise bestehen aus einer erstarkenden Bürokratie, mehr Regeln wie etwas zu editieren ist und einer Erhöhung von Seiten, die sich mit der internen Struktur von Wikipedia beschäftigen. Konieczny weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die schwachen oligarchischen Tendenzen, die es am Anfang gab, seitdem gestiegen sind. So werden von Seiten der „Hauptamtlichen“, also Wales und dem Board, die Aktiven bei Urheberrechtsfragen ignoriert und nur Anwälte einbezogen. Der Grund dafür sind Urheberrechtsklagen, die durchaus in die Millionen gehen können. Auch ist es schwer, Administratoren aus ihren Positionen zu entfernen, dem liegt eine komplexe und langwierige Prozedur zugrunde. Auch sind es insgesamt nur wenige der einfachen Editoren, die sich an der Ausformulierung der Strukturseite beteiligen. Insgesamt besteht die Gefahr, dass sich eine Gruppe herausbildet, die über den juristischen Teil der Wikipedia-Arbeit die Führung an sich zieht (ebd. S. 187ff).

Stegbauer (Stegbauer 2009) hat ebenfalls Wikipedias Organisationsstruktur nach Hinweisen auf Michels Thesen untersucht. Allerdings sieht er die Online Enzyklopädie etwas skeptischer in Hinblick auf oligarchische Tendenzen als Konieczny.

Nach ihm sieht es so aus, dass ein Teil der Macht von einzelnen auf Status beruht, wie beispielsweise bei Administratoren. Die Diskussionen und Abstimmung dazu, ob jemand in diesen Status erhoben wird, sind zwar öffentlich einsehbar. Allerdings ist die Beteiligung an den Abstimmungen sehr gering und wird dazu eher von den selben Leute gemacht, die sich auch vorher bei ähnlichen Abstimmungen beteiligt haben, ein Hinweis auf Michels Kritik bezüglich der Gleichgültigkeit der Massen. Ein anderer Teil der Macht kommt aus informellen Auseinandersetzungen. So werden Leute, die bei (öffentlich diskutierten) Konflikten teilnehmen, mit Autorität und Prestige bedacht (ebd.: S. 175f). Stegbauer sieht hierbei die Gefahr der Herausbildung einer „Kerncommunity“ (ebd. S. 176), bei der es zwar keinen Anführer gibt, die aber Machtressourcen der Wikipedia wie Status, Autorität und Prestige auf eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern vereint.

Ähnlich wie Michels untersucht er besonders die Herausbildung von Führungspositionen. So gibt es innerhalb dieser Kerncommunity, in diesem Falle die Administratoren (die übrigens exklusive, nicht öffentliche Mailinglisten besitzen) die Frage, ob man einfachen Mitgliedern die gleichen Rechte wie den sehr Aktiven einräumen soll. Sollen die weniger engagierten das gleiche Gewicht bei der Mitsprache haben, wie diejenigen, die sehr viel Zeit und Mühe opfern? Auch gibt es die Auffassung, dass neue Mitglieder nicht über ausreichend Kompetenz und Erfahrung verfügen (ebd. S. 178).

Weiterhin sieht Stegbauer die Selbstrekrutierung der Führungsschicht, d.h. der Administratoren als kritisch an. Er belegt dies mit der Wahlbeteiligung. Theoretisch kann jeder mitstimmen, wer Administrator wird und welcher nicht. Allerdings fangen die ersten Hürden schon bei der Wahlberechtigung an. Diese Berechtigung bekommt das einfache Mitglied erst, wenn es 200 Artikelbearbeitungen gemacht hat (der durchschnittliche Teilnehmer kommt auf 114 Bearbeitungen, (ebd. S.184)) und bereits zwei Monate aktiv ist. Dass dies ein enormes Partizipationshindernis ist, sieht man an den Zahlen, die Stegbauer präsentiert. Am 15.6.2007 gab es 412.000 angemeldete Teilnehmer

bei Wikipedia. Wahlberechtigt davon waren höchstens 6924, das sind 1,7% die bei den Administratorwahlen mitstimmen dürfen. Bei den Wahlen beteiligten sich 0,24% der Teilnehmer und 0,07% der Gesamtteilnehmer sind Administratoren. Dazu beteiligen sich die Administratoren im Mittel 89 mal an den entsprechenden Wahldiskussionen, die zahlenmäßig höheren Nicht-Administratoren 15 mal. Allerdings ist die Gesamtzahl der Bearbeitungen aufgrund der höheren Beteiligung der Admins auf beiden Seiten fast gleich. In 2007 wurde ein Wikipedia-Schiedsgericht eingeführt, um ein Beispiel zu nennen. Die Vorschläge dafür bestanden laut Stegbauer aus Admins, die von befreundeten Admins vorgeschlagen worden waren. Die Folge daraus ist, dass dieses Schiedsgericht mehrheitlich aus Administratoren besteht (ebd. S. 180f). Wenn ein Admin einmal gewählt ist, dann auf Lebenszeit. Es ist nur möglich mittels eines langwierigen Verfahrens ihn seines Amtes zu entheben, falls er denn wiederholt Fehler macht. Daraus folgt, dass die Zusammensetzung des Führungspersonals, nämlich der Admins, sehr stabil bleibt. Es wurde mal angedacht, dass sich Admins zur Wiederwahl stellen müssen, dies wurde aber verworfen aus Kapazitätsgründen, das wären 400 Adminwahlen pro Jahr. Die niederländische Wikipedia hat allerdings genau dies eingeführt und beibehalten (ebd.: S. 185).

Stegbauer beschreibt auch, dass Abstimmungen über inhaltliche Kontroversen bei Wikipedia verpönt sind. Bei unterschiedlichen Ansichten, übernimmt ein besonders engagierter Wikipedia-Teilnehmer die Position des Artikelkoordinators, welcher de facto alleine entscheidet, welche Version jetzt in den Artikel kommt oder nicht. Auch bei hitzigen Diskussionen bekommt der Koordinator die Aufgabe, eine ausgewogene Entscheidung zu treffen. Seine Meinung gilt auch gegen das (Mehrheits-)Votum der an der Diskussion Beteiligten. Die Abstimmung selbst leidet generell noch am Problem der Zweitaccounts, mit dem der einzelne mehrmals abstimmen und so dass Abstimmungsergebnis manipulieren kann. Stegbauer äußert die Vermutung, dass dadurch „neue Autoren abgeschreckt werden und sich eine einseitige Interpretation des Koordinators durchsetzt“ (ebd. S. 186).

Ein weiterer Punkt ist, dass es in der analogen Welt regelmäßige Stammtische in größeren Städten gibt, in denen sich Wikipedianer treffen. Admins frequentieren diese Stammtische überproportional, auch mehrmals und überregional. Stegbauer vermutet hierbei eine Ansammlung von sozialem

Kapital, welches auch als Machtressource einsetzbar ist (ebd.: S. 190).

Für Stegbauer scheint „der Widerspruch zwischen dem emanzipatorischen Ziel des Projekts und der organisationalen Wirklichkeit durch die intensive Machtverteilung in Wikipedia weiter anzusteigen“ (ebd.: S. 192).

Dies alles sind Punkte, die es sich lohnt im Hinterkopf zu behalten. Die Problematiken die Stegbauer bei Wikipedia erkennt, werden in ähnlicher Art bei der Untersuchung der Piraten auffallen und später bei den Interviews mit den Mitgliedern der Piraten noch deutlicher auftauchen.

2.6 Zwischenstand der Fragethemen

Aus den bisherigen Aussagen von Michels und den ihn bereichernden Erkenntnissen der anderen Wissenschaftler lassen sich mehrere Punkte finden, auf die beim Untersuchen der Organisation zu achten ist und im folgenden stichpunktartig dargestellt sind.

Die Auflistung der Fragen, die ich später stellen werde, ist in drei Kategorien eingeteilt: Basismitglieder, Führungspositionen und Organisation.

Bereich Basismitglieder:

Gleichgültigkeit der Massen. Interessiert sich der Großteil der Mitglieder für strategische oder taktische Entscheidungen? (Tauchen sie bei Versammlungen auf?)

Gibt es eine (besondere) Dankbarkeit der Massen gegenüber dem Führer? Ist das Charisma des Führers eine Teilschuld für diese Ergebenheit (Charisma beruht auf Redegabe, Ruhm und Alter des Führers)?

Gibt es als Folge: 1. Verlust von Engagement, 2. Mitgliederschwund, 3. Zieländerung?

Mitgliederzahl. Gab es Disziplinierungen (gibt es Machtmittel, diese durchzusetzen)?

Infos. Haben die Basismitglieder Zugang zu Infos zusätzlich zu denen des Delegierten?

Illegitime Macht. Wurde diese mal benutzt? Fälle von Machtmissbrauch?

Durchsetzung von Macht. Gibt es Punkte, wo die Elite sich gegen die Basis

entschieden hat? Wenn ja, wie ist es abgelaufen? Gibt es Fälle seitens der Eliten von Nicht-Entscheidungen? Trennung von Amt und Mandat? Begrenzung von Diäten (Abführungen an die Partei)?

Bereich Führungspositionen:

Der Aufbau der Organisation mit spezialisierten Verwaltungsaufgaben. Sind die Leute (und die Positionen) für die Organisation unentbehrlich? Gibt es einen regelmäßigen leader turnover, d.h. Führungswechsel? Sind Brotstellen, also bezahlte Ämter, Jobs eingerichtet worden? Gibt es wichtige Fähigkeiten, die unentbehrlich sind?

Presse/Newsletter. Wie funktioniert die Auswahl der Redakteure und deren Verteilung? Was ist mit der Absprache der Pressegruppe seitens des Landesverbandes?

Funktionäre/Brotstellen. Sind die Funktionäre auf dieses Gehalt angewiesen(könnten sie auch woanders Arbeit finden)? Findet eine Ämterhäufung statt?

Bereich Organisation:

Gleichzeitige Partizipation. Wie wird das Problem, dass nicht alle Mitglieder gleichzeitig partizipieren können, gelöst?

Das Bedürfnis nach Delegierten. Wachsen die Ansprüche an die Delegierten? Wird die Auswahl an Delegierten kleiner? Entsteht bei den Delegierten ein Gewohnheitsrecht auf Delegation?

Interne Bildung von Funktionären. Gibt es zuge dachte Führungspositionen? Wird bei der internen Bildung auch Autoritätskritik gegenüber der eigenen Organisation gelehrt? Werden diese Führungspositionen immer weniger? Gibt es die Tendenz zu einer zentralisierten Führung? Gibt es überhaupt Strukturen zur politischen Bildung seitens der Partei?

Konfliktziele. Gibt es Beispiele für widersprechende Ziele, d.h. Organisationserhalt gegen Zielerreichung?

Entscheidung Oligarchie oder Demokratie. Gibt es „Demokratiewächter“? Gibt es eine Institution innerhalb des Verbandes, die sich um die interne Demokratiekultur kümmert? Waren Entscheidungen pro oder contra weg der Oligarchie bewusst, Entscheidungspunkte? Wie ist die demokratische Kontrolle gewährleistet?

Die Gründung der Organisation. Wurden die Piraten von „fähigen“ Leute gegründet, also Leute mit Geld, Bildung, Einfluss?

Grundsatzfrage: Ist Demokratie bei den Piraten wie bei Michels normativ aufgeladen, oder ist das eher ein funktioneller Zusammenhang den es technisch zu verbessern gilt, wie bei der Postdemokratie?

Beeinflussung durch Redegabe. Gibt es bei Parteitag große Reden, Leitanträge? Wie laufen die ab?

Vorentscheidungen. Gibt es Vorentscheidungen von Parteizirkeln, Ausschüssen, AG's, empfohlene Handlungsweisen...?

Wie ging die Aufstellung der Kandidatenliste?

Ist die Piratenpartei an sich heterogen (ähnliches Denken)?

Wie laufen die Kooptationen, Beauftragungen?

Gibt es verschiedene Strömungen, Fraktionen innerhalb des Landesverbandes? Wie sind diese abgebildet? Haben sie die gleichen Möglichkeiten für den Mitgliederzugang?

Die bisherigen Kapitel haben verschiedene Erkenntnisse gebracht. Die verschiedenen Punkte, die Michels beschrieben hatte, wie z.B. die Macht der Presse für die eigenen Parteiführer oder die Bedeutung der Bildung für die Organisation, wurden in den Fragebogen aufgenommen. Das gleiche gilt für Punkte die in der Kritik geäußert wurden. So wurde bei der ITU der Zugang zu den Mitgliedern als ein wichtiger Punkt für die innerparteiliche Demokratie aufgenommen und wird abgefragt. Das gleiche gilt für die Formierung von innerparteilichen Strömungen, bzw. Blöcken, die bei der ITU eine zentrale Rolle spielen. Bei den zusätzlichen Punkten wurde mitgedacht, dass eine Organisation sich auch in Richtung Basisdemokratie entwickeln, bzw. gegen die Oligarchie entscheiden kann. Dies hängt allerdings von Entscheidungen ab, die an bestimmten Punkten genommen werden, dies wurde mit der Frage nach den Entscheidungspunkten in der eigenen Organisation berücksichtigt. Ebenso wurde dem Punkt, dass bereits die Gründung einer Organisation die Oligarchie in sich trägt, bzw. begünstigt in Form der sie gründenden Personen, Rechnung getragen. Die Grünen haben durch ihre Entwicklung und die erprobten Mechanismen auch einiges beigetragen. So werden die Punkte der Trennung von Amt und Mandat, die Transparenz der Vorstandsarbeit, die Offenheit der Organisation gegenüber Neuen und die Mandatsträgerabgabe gefragt, wie die

Piraten damit umgehen und welche Erfahrungen sie bisher damit gemacht haben und selber einschätzen, wie sich die verschiedenen Bereiche entwickeln. Die Untersuchung der SWIAF hat beispielsweise die Frage nach der Autoritätskritik beigetragen. Die beiden Untersuchungen der Wikipedia hat die Frage nach dem direkten Umgang zwischen den Führern und den Basismitgliedern beigesteuert. Dazu kommt der Punkt über eine mögliche Reduzierung von Machtressourcen, die dann auch nicht mehr genutzt werden können. Besonders wurde dabei auch die Möglichkeit einer Kerncommunity nochmal in Erinnerung gerufen, ähnlich der Aktivistenherrschaft bei den Grünen.

Nachdem nun eine erste Sammlung der Fragen steht, werde ich mich mit der Piratenpartei beschäftigen. Dabei werde ich mich auf drei Kerne der Partei konzentrieren: Als erstes einige der Arbeitsgruppen der Piratenpartei, als nächstes Auffälligkeiten in der Satzung und zuletzt mögliche Personalverflechtungen in den Arbeitsgruppen und im Landesvorstand. Davon ausgehend werden sich mögliche Ansatzpunkte für Fragen ergeben, die zur Liste oben hinzugefügt werden.

3. Der Landesverband der Piratenpartei in

Rheinland-Pfalz

Es gibt mehrere Organisationen, die sich für eine Überprüfung von Michels ehernem Gesetz anbieten würden. Da wären zum einen die Gewerkschaften, die als lange Jahre bestehende Massenorganisation ähnlich wie die Volksparteien einen ähnlichen Verlauf haben sollten. Auch wären basisdemokratisch orientierte größere Interessensverbände wie der Bund für Umweltschutz und Naturschutz Deutschland (BUND) dafür geeignet. Bei ähnlichen Organisationen ist die Entwicklung allerdings schon so weit fortgeschritten, dass man nur das Endstadium des ehernen Gesetzes untersuchen kann. Mit der Piratenpartei untersuchen wir allerdings eine Organisation, die Werte vertritt und von anderen fordert, die Michels ebenfalls von Organisationen fordert. Hierbei gibt es die besondere Situation, dass die Piratenpartei vergleichsweise jung ist und sich gerade in einem Stadium befindet, in dem sie zwischen verschiedenen Widersprüchen von beispielsweise Basisdemokratie, Effizienz, Professionalisierung und Mediengefälligkeit versucht allen gerecht zu werden. In Rheinland-Pfalz gibt es dazu noch die Besonderheit, dass es keine Mandatsträger gibt, es also auch keinen Druck seitens der Fraktion und den mit ihr verbundenen Mechanismen auf die Partei gibt, so dass wie wir bei den Interviews feststellen werden, es eine gefühlte entspanntere Entwicklung gibt, was uns erlaubt den aktuellen Zustand zu betrachten. Das bedeutet, dass wir nicht damit rechnen müssen, mit stark schwankenden Mitgliedszahlen (und den damit verbundenen anderen Gewichtungen in der allgemeinen Meinung) oder plötzlich auftretenden Veränderungen in der Organisation konfrontiert zu sein.

Im ersten Kapitel sehen wir uns allgemeiner Informationen zur Piratenpartei an um die jetzige Entwicklung nachverfolgen zu können. Daran im Anschluss stehen im zweiten Kapitel die Arbeitsgruppen im Mittelpunkt des Interesses, weil diese einen großen Teil der programmatischen Arbeit der Piratenpartei leisten. Um eine passende Grundlage für die Fragen nach der Piratenpartei zu haben und mögliche Auffälligkeiten bewerten zu lassen, ist die Satzung der Piratenpartei im dritten Kapitel zu untersuchen. Da eine Verflechtung von Positionen die Entstehung einer Oligarchie begünstigt, werden wir uns diesem Thema im vierten Kapitel widmen.

3.1 Wer sind die Piraten?

Die Piraten hatten ihren Ursprung am 1.1.2006 in Schweden, wo sich die „piratpartiet“ gründete, in dessen Folge sich weltweit zusätzliche Piratenparteien gründeten (Gürbüz 2011: S. 12). Deren Gründung hängt eng mit „The Pirate Bay“ zusammen, einer Filesharing Plattform im Internet. Diese und deren handelnde Personen wurden aufgrund gesetzlicher Verschärfungen des Urheberrechts zum Ziel einer Razzia, bei der gesetzliche Schutzbestimmungen verletzt und als Nebenprodukt tausend Datensätze von Mitgliedern der schwedischen Piratenpartei in der Zeitung veröffentlicht wurden. Nach dem bisher brodelnden Unmut der Bevölkerung war dies ein Punkt, an dem sich die Mitgliederbasis der Partei in den Folgejahren stark vergrößerte, entsprechende Medienaufmerksamkeit bekam und zu einer handlungsfähigen Organisation wurde (ebd.: S. 21ff).

Ähnlich wie in Schweden gab es auch in Deutschland mehrere Schlüsselereignisse, die den Piraten in Deutschland Aufwind gaben und Mobilisierungserfolge versprachen. Das war zum Beispiel 2009 das Zugangerschwerungsgesetz. Dieses sollte ursprünglich den Besuch von Internetseiten, auf denen Kinderpornografie erhältlich war, unmöglich machen. Das Gesetz wurde allerdings nach Meinung von Kritikern als der konkrete Beginn des Aufbaus einer Zensurinfrastruktur gesehen, die durchaus auch für andere, der aktuellen Regierung unliebsame politische Inhalte benutzt werden kann und auch gegen das Grundgesetz („Eine Zensur findet nicht statt“) verstößt. Eine Internet-Petition der Gegner des Zugangerschwerungsgesetzes hatte überwältigenden Erfolg und wurde für die Piratenpartei, die von Anfang an gegen dieses sowie ähnliche Gesetzesvorhaben wie das der Vorratsdatenspeicherung politisch mobilisiert hatte, zu einer Initialzündung. So konnte sie sich einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen und gleichzeitig die mehrheitlich junge Generation der Gegner an sich heran führen (ebd.: S. 42ff).

Ein weiteres Ereignis, was den Bekanntheitsgrad der Piratenpartei steigerte, war der Parteiübertritt von Jörg Tauss, wobei dies auch ein negatives Echo hervorrief und auch innerhalb der Piratenpartei kontrovers diskutiert wurde (ebd.: S. 46).

Mit der zunehmenden Etablierung und dem Erfolg, aber auch durch Niederlagen bei Landtagswahlen, kam die Forderung nach inhaltlicher Erweiterung auf. So wurden auf den Bundesparteitagen 2010 auch inhaltliche Anträge behandelt, die über die bisherigen Kernthemen der Organisation hinausgingen. Allerdings stieß dies auf Probleme, da die Beteiligung aller zu ewig langen Diskussionen und zu wenig konkreten Ergebnissen führte. Gleichsam wurde jedoch die Einführung eines Delegiertensystems abgelehnt (ebd.: S. 48).

Die Mitgliederentwicklung verlief bis Ende 2011 positiv, mit rund 12.000 Mitgliedern. Es gibt keine stetige Steigerung der Mitgliederzahlen, eher verläuft diese in Schüben rund um netzpolitische Ereignisse. Es wird abzuwarten sein, ob die Piratenpartei ihre neuen Mitglieder effektiv in die Organisationsarbeit integrieren und den allgemeinen Trend des Mitgliederrückgangs stoppen kann (ebd.: S. 51f).

Gürbüz hat einige grundlegende Daten zur Sozialstruktur der Piraten zusammengetragen: Die Piratenpartei selbst sammelt möglichst wenig Daten ihrer Mitglieder, darum ist es schwer, an die Sozialdaten ihrer Mitglieder zu kommen. Recep Gürbüz hat mit einer Ansammlung von Umfragen, internen Daten und weiteren einen Versuch gemacht, die Anhängerschaft der Piraten zu untersuchen (ebd. S.124). Das Alter der Mitglieder der Piratenpartei Deutschland liegt im Durchschnitt bei etwa 30 Jahren. Der Frauenanteil beträgt um die 10%. Dass die Piraten mehrheitlich in der IT-Branche arbeiten, kann tendenziell bestätigt werden, auch wenn die Datenbasis hierfür nicht repräsentativ nach wissenschaftlichen Standards sein kann. Auch sind die Piraten gebildet, rund 80% der Mitglieder haben einen Fachhochschulabschluss oder höher.

Die Piraten werden als geeignetes Untersuchungsobjekt angesehen wegen der Schwerpunkte, die sie sich setzen:

„Wir wollen die **Freiheit des Einzelnen** bewahren. Der **Schutz der Privatsphäre** und die Gerechtigkeit in einer modernen Welt sind hohe Güter, welche wir energisch einfordern. Grundlegend wichtig sind für uns **Bildung, Wissen** und **Kultur** sowie der freie Zugang dazu. Wir stehen für die

Mitbestimmung der Bürger an den Entscheidungen der Politik. Verwaltungen müssen transparenter handeln. **Informationelle Selbstbestimmung und Datensparsamkeit** zum Schutz jedes Einzelnen sind wichtige Elemente unserer Politik. **Nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen** und eine **dem Gemeinwohl dienende Infrastruktur** sind nach unserer Ansicht für uns Bürger zukunftsentscheidend. Die digitale Revolution bietet progressive Möglichkeiten für unsere Demokratie, die wir breit etablieren werden. Die Grundlage für all dies ist das »**Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe**«.

(Quelle: <http://www.piratenpartei.de/politik/>)

Dies ist die Kurzfassung der Selbstdarstellung der Bundesebene der Piraten. Ausgehend davon kann man erkennen, dass den für uns besonders interessanten Rechten ein großes Gewicht beigemessen wird. Die für uns relevanten Positionen sind so z.B. die „Freiheit des Einzelnen“, die „Mitbestimmung der Bürger“, „informationelle Selbstbestimmung“, und „gesellschaftliche Teilhabe“. Es drängt sich der Vergleich mit den Grünen auf, die damals auch als Anti-Parteien-Partei starteten. Diese hatten auch einige Methoden eingeführt, um dem ehernen Gesetz zu entgehen, sind dabei allerdings gescheitert (Brodocz 2012: S. 282).

Die Piraten sind folgendermaßen strukturiert: Es gibt den Bundesverband. Dann gibt es 16 Landesverbände, welche territorial mit denen der Bundesländer übereinstimmen. Unter dieser Ebene kommen die Bezirks- und Kreisverbände, danach folgen die Ortsverbände. Als noch kleinere Einheit, bzw. Teil der Ortsverbände gibt es die Stammtische bzw. Crews, die offene Treffen sind und Interessierten die Möglichkeit bieten, die Partei vor Ort kennenzulernen.

Der Landesverband Rheinland-Pfalz wurde 2008 gegründet und besteht aus 1050 registrierten Mitgliedern, 7 Kreisverbänden, 34 Ortsvereinen (welche Treffen anbieten) und 11 aktiven Arbeitsgruppen.

Die Piratenpartei hat bundesweit 32.531 Mitglieder und liegt somit im Vergleich hinter den Grünen mit rund 60.00 Mitgliedern, aber vor der NPD mit 6000 Leuten. Die Piratenpartei ist in den neuen Bundesländern generell sehr schwach aufgestellt, in den alten dafür um einiges besser. Allerdings ist im westdeutschen Vergleich Rheinland Pfalz eher mitgliederschwach. (Quelle: <http://wiki.piratenpartei.de/Mitglieder>)

Kontostand des Bundesverband sind rund 140.000€, der des Landesverbands Rheinland-Pfalz sind 70.000€ (Quelle: <http://wiki.piratenpartei.de/Kontostand>).

3.2 Arbeitsgruppen

Es gibt im rheinland-pfälzischen Landesverband verschiedenste Arbeitsgruppen, in denen sich Piraten organisieren um Positionen auszudiskutieren, den Wahlkampf zu planen und vieles mehr. Mit Blick auf die Themenbereiche von Michels werden im folgenden die vielversprechendsten kurz vorgestellt.

In Rheinland Pfalz gibt es eine Arbeitsgruppe „Meinungsfindung“. Diese beschäftigt sich mit der Diskussion um Basisdemokratie, Liquid Democracy. Als ein wichtiges Element in Michels Thesen ist diese für uns interessant. Allerdings benutzt der Landesverband RLP dieses Tool nicht, weil die Parteibasis über die Benutzung uneinig ist. So werden die Manipulierbarkeit von elektronischen Tools, der Versuch Liquid Feedback als Entscheidungstool statt Meinungsfindung zu benutzen und weitere Argumente als Kritikpunkte angebracht. Um trotzdem ein elektronisches Werkzeug zur Meinungsfindung zu erstellen, testet die AG dabei verschiedene Tools, die sich mit der Meinungsfindung innerhalb des Landesverbands beschäftigen. Dafür gibt es einige Richtlinien, nach denen dieses Tool möglich sein müsste. Die Treffen der AG finden im Mumble statt, eine Art Telefonkonferenz, welche über das Internet stattfindet. Dort kann sich jeder einloggen, die Verbindungsdaten stehen offen im Piratenwiki. Ebenso wird das Protokoll sofort online gestellt und ist für alle verfügbar, sowie sofort zu editieren. Auch kann man im Vorfeld für das nächste Treffen bereits Themen öffentlich bekanntmachen. Allerdings ist das „Teampad“ mit Passwort und Benutzernamen gesichert, die nicht offen sind.

Weiterhin erwähnenswert ist die AG Presse, da diese nach Michels die interne Meinungsbildung und externe Positionierung beeinflusst. Wobei die Presse AG in RLP nur auf externe Wirkung fokussiert zu sein scheint. Jeder kann eigene Pressemitteilungen schreiben, es werden auch regelmäßig welche veröffentlicht, aber die Transparenz der Struktur ist sehr vage. Ebenso sind

keine Protokolle online.

Beachtenswert ist die Tatsache, dass Parteitag 1/2013 beschlossen wurde, dass jede Pressemitteilung der einzelnen Ortsgruppen erst hinsichtlich Inhalt, Layout und Leitlinien mit der Presseabteilung abgesprochen werden muss, bevor diese an die Presse vor Ort geleitet wird. Die Entscheidung über Mitarbeit passiert durch den Pressesprecher und den bereits Aktiven in der AG, vgl. Nr. 10 in den Regeln: Ob eine PM versandt wird, entscheidet der Pressesprecher letztendlich eigenverantwortlich. Damit wurde das Problem behoben, dass einzelne Piraten Pressemitteilungen herausgeben in Regionen denen es keine Untergliederungen, das heißt, Kreisverbände gibt. So würden Positionen vertreten die nicht durch eine formale, offizielle Struktur dadurch legitimiert sind. Ebenso kann so das Risiko verringert werden, dass einzelne Piraten Positionen vertreten, die nicht durch Beschlüsse gedeckt sind (Interview Höft/Thenhart 2013).

Um eine inhaltliche AG zu betrachten, ist die AG Bildung interessant. Diese hat auch eine Mailingliste, sowie die regelmäßigen Mumbletreffen. Diese ist eine der größten AG's in Rheinland-Pfalz und gehört zu den aktivsten, die z.B. als AG weitreichende Anträge auf dem Landesparteitag einbringen.

Es gibt eine Besonderheit, die Arbeitsgruppen können Umfragen beantragen. Hier bei werden zu einem bestimmten Thema Piraten per email angeschrieben und befragt. Allerdings werden nur diejenigen Piraten befragt, die sich vorher eingetragen haben, für solche Umfragen zur Verfügung zu stehen (ca. 20%). Allerdings ist dafür die Rücklaufquote entsprechend höher, als bei Umfragen, die an die gesamte Mitgliedschaft gesendet werden (Interview Höft/Thenhart 2013).

3.3 Die Satzung des Landesverbandes

Die Satzung des Landesverbandes in Rheinland-Pfalz ist an sich anschaulich, weil sie einige Paragraphen enthält, die eher ungewöhnlich für Parteiorganisationen sind. Diese werden ausgewählt und mit Anmerkungen versehen. Der Stand der Bundessatzung ist 2012.2, der Parteitag in Bochum.

Der Stand der RLP Satzung ist November 2012.

Die folgende Aufzählung soll nur ein Auszug sein und auffällige Regelungen im Hinblick auf den Themenkomplex der Arbeit darstellen. Eine umfassende Analyse der Satzung ist nicht Thema der Arbeit und würde den Rahmen sprengen, da dies eine vergleichende Analyse mit den anderen Landesverbänden, der Bundessatzung und anderen Parteien nach sich ziehen müsste. Darum werden hier nur Schlaglichter aufgezeigt.

2.3.7. Ämterkumulation nicht zulässig

(7) Eine Ämterkumulation ist auf Landesebene nicht zulässig. Auf unteren Ebenen ist die Zustimmung des LVORs notwendig.

Dies kann verhindern, dass einzelne Piraten zu viele Ämter auf sich vereinen. Allerdings ist unklar ob damit auch Mandate gemeint sind, so ist eine Mandatsanhäufung nicht explizit ausgeschlossen. Auch ist es fraglich ob es so auch strikt durchgesetzt wird. Untersuchenswert ist z.B. ob die Funktionsfähigkeit der Gliederung den Grundsätzen vorgezogen wird, d.h. Wie ist das bisherige Zustimmungsverhalten? Ist z.B. der Ortsvorsitzende der zugleich Koordinator in einer Landesarbeitsgruppe ist, davon betroffen?

Interessant ist bei dem Thema der Ämterkumulation, dass die Satzung der Bundespartei dies restriktiver, bzw. laxer handhabt, als der Landesverband in Rheinland Pfalz. So wird im §4 (1) der Bundessatzung festgelegt, dass eine Ämterkumulation nur in den Fällen zulässig ist, in dem die Mitgliederversammlung der Gliederung dies für den konkreten Einzelfall beschließt. Dies kann man so auslegen, dass die betroffenen Gliederungen eine mögliche Ämterhäufung für sich selbst entscheiden können, was bedeutet, dass die Entscheidungsmacht an die Gliederungen zurückgegeben wurde. Andererseits kann dies auch von den Vorsitzenden, bzw. entsprechenden Personen, dazu genutzt zu werden, sich in seinem Kreis die Ämter zu sichern, für den Fall dass er seine Mitglieder gut unter Kontrolle hat. In diesem Fall wäre eine andere Instanz, nämlich wie im Landesverband der Landesvorstand ausgeschaltet.

Der Fall einer Ämterkumulation, die der Zustimmung des Landesvorstandes bedarf, ist im Landesverband noch nicht vorgekommen. Allerdings gibt es einige

Fälle, bei denen auf unterer Ebene verschiedene Ämter auf einzelne Personen vereint werden (Interview Höft/Thenahrt 2013).

2.3.8. Jeder Pirat kann an allen AG, Ausschüssen und niedrigeren Gliederungen teilnehmen

(8) Grundsätzlich hat jeder Pirat das Recht, an allen Sitzungen von Arbeitsgruppen, Ausschüssen und niedrigeren Gliederungen teilzunehmen.

Das *Grundsätzlich* schränkt den Paragraph direkt wieder ein. Allerdings ist unklar inwiefern die Teilnahme ausgestaltet ist. Rederecht, Abstimmungsrecht oder nur Beobachtung? Zudem werden hauptsächlich diejenigen die Geschäftsordnung festlegen, die in den Arbeitszusammenhängen viel mitarbeiten. Dass es öffentlich ist, bietet keinen umfassenden Schutz vor Machtmechanismen. Kann bei einer Telefonkonferenz jeder teilnehmen? Kann es eine Machtwirkung sein, wichtige Beschlüsse persönlich mit Anwesenheit zu machen und so die Teilnahme wiederum von Fahrtwillen abhängig zu machen? Die Ausnahme der Teilnahme betrifft den Landesvorstand, warum ist gerade dieser ausgeschlossen?

Sitzungen sind in der Regel öffentlich, außer bei personenbezogenen Daten, dann sind die Sitzungen geschlossen, die Gründe hierfür liegen beim Datenschutz (Interview Höft/Thenhart 2013).

2.3.12. Verschlussache 5.4. möglich, der Landesvorstand kann mehrheitlich Verschlussache anordnen.

(8) Grundsätzlich hat jeder Pirat das Recht, an allen Sitzungen von Arbeitsgruppen, Ausschüssen und niedrigeren Gliederungen teilzunehmen.

(9) Jeder Pirat hat das Recht, sich über alle Papiere und Einladungen der Arbeitsgruppen, Ausschüsse und niedrigerer Gliederungen in Kenntnis zu setzen.

(11) Jeder Pirat hat das Recht auf Akteneinsicht in die Unterlagen des LVs und seiner Untergliederungen.

(12) Die Rechte nach Abs. 8, 9 und 11 können nach §5.4 eingeschränkt werden.

5.4 [Verschlussachen]

(1) Interna können per mehrheitlichem Beschluss, durch den LPT oder dem LVOR, als Verschlussache deklariert werden. Über Verschlussachen ist Verschwiegenheit zu wahren. Verschlussachen können per mehrheitlichem Beschluss vom LVOR oder vom LPT von diesem Status befreit werden. Die LMV kann Verschlussachen des LVORs nur nach Abs. 2 aufheben.

(2) Die LMV kann einen Antrag auf Aufhebung einer Verschlussache des LVORs stellen. Stimmt die Versammlung einem Antrag auf Aufhebung eines Verschlussstatus zu, so wählt sie einen siebenköpfigen Ausschuss, der eigenverantwortlich in Zusammenarbeit mit Eingeweihten der Verschlussache über die Aufhebung des Verschlussstatus entscheidet.

(3) Diesem Ausschuss sind sämtliche Informationen unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.

(4) Mit der endgültigen Entscheidung ist der Ausschuss aufgelöst.

(5) Ein erneuter Antrag auf Aufhebung der selben Verschlussache kann frühestens drei Jahre nach einer vorhergehenden Entscheidung gestellt werden.

Die Transparenz findet hier eine Einschränkung in der Landessatzung. Dies birgt die Gefahr in sich, dass eine Deklaration von Verschlussachen ausufern kann und so die grundsätzliche Öffentlichkeit aushebelt.

Allerdings ist es seit Bestehen des Landesverbands noch nie vorgekommen, dass der Landesvorstand bestimmte Themen als Verschlussache deklariert und damit nicht-öffentlich gemacht hat (Interview Höft/Thenhart 2013).

3.4.1.8. Der LPT beschließt allein über Koalitionsaufnahme und -beschluss

(8) Dem Landesparteitag obliegt die alleinige Beschlussfassung über politische Grundsätze, Grundsatzprogramme, Wahlprogramme, die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und den Abschluss von Koalitionsvereinbarungen auf Landesebene.

Kann das im politischen Geschäft durchsetzbar sein, wenn eine recht große Versammlung wie der Landesparteitag die Aufnahme sowie den Abschluss

entscheidet? Oder gibt es dann vorab *Sondierungen*, die noch nicht als Aufnahme von Verhandlungen deklariert werden?

3.4.2 (2) + (2a)

(2) Der Landesvorstand setzt sich aus mindestens fünf Piraten zusammen:

- Vorstandsvorsitzender
- Stellvertretender Vorsitzender
- Schatzmeister
- Generalsekretär
- Politischer Geschäftsführer

(2a) Die genaue Anzahl der Vorstandsmitglieder und weitere Ämter werden durch den LPT festgelegt. Die endgültige Anzahl der Vorstandsmitglieder muss ungerade sein.

In der Satzung des Landesverbands sind die Hauptämter, die es geben und besetzt werden müssen, festgelegt. Allerdings wird die Anzahl der Ämter vom Landesparteitag festgelegt.

Die Bundessatzung hingegen schreibt in §9a (1) vor, dass die Ämter festgelegt sind und der Landesparteitag keinerlei Einfluss darauf hat, wieviele Ämter es im Landesvorstand geben muss.

3.4.2.5. Personen die finanziell vom Landesverband abhängig sind, dürfen nicht in den Landesvorstand gewählt werden

(5) Personen, die in einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zum LV stehen, sind nicht zur Wahl zuzulassen.

Also sind Angestellte des Landesverbands nicht zur Wahl zugelassen. Inwiefern ist das mit anderen Abhängigkeitsverhältnissen? So z.B. bei Mandatsträgern, die von der Wiederwahl abhängig sind, bzw. sich durch die Mitgliedschaft im Landesvorstand Vorteile bei der Besetzung der Landeslistenplätze versprechen?

In der Bundessatzung fehlt ein ähnlicher Paragraph, d.h. auf Bundesbene können Personen wie Angestellte in Ämter gewählt werden. Ebenso steht es auch anderen Landesverbänden frei, Personen die in einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis stehen, in politisch verantwortungsvolle Entscheidungsämter zu wählen.

3.6.2. Neuenquote

(1) Bei der Aufstellung der Listen für die Volksvertretungen durch den LV ist das Wahlverfahren möglichst so zu gestalten, dass mindestens jeder fünfte Listenplatz in numerischer Reihenfolge mit einem Piraten besetzt wird, welcher noch nie einem Parlament (Landtag eines deutschen Landes, Bundestag, Europaparlament) angehört hat. Die Ausübung öffentlicher Wahlämter (z.B. Regierungsmitglieder, Bezirksamtsmitglieder, Staatssekretäre, Aufsichtsräte), die in der Regel hauptamtlich erfolgt, steht insoweit der Mitgliedschaft in einem Parlament gleich.

So soll sichergestellt werden, dass es hin und wieder Neue gibt, die in ein Parlament einziehen. Da der Piratenverband RLP in kommender Zeit allerdings eher eine geringe Stimmenanzahl auf sich vereinen wird, ist dieser Paragraph im Alltagsgeschäft noch nicht von großer Bedeutung.

Allerdings verhindert der Paragraph alleine nicht, dass die erfahrenen Aktiven in der Partei, das heißt die altgedienten Mitglieder in höhere Ämter kommen. Er sorgt nur für eine größere Durchmischung

Die Neuenquote hat bisher rein formalen Charakter, da von den aktuellen Mitgliedern und Aktiven der Piratenpartei niemand schon mal in einem Parlament aktiv war. Diese Regelung wird erst in der Zukunft ihre Wirkung entfalten (Interview Höft/Thenahrt 2013).

6.3 Bezahlung von Angestellten

(1) Die Vergütung für Ehrenämter ist generell ausgeschlossen.

Alle Ämter seitens der Partei sind Ehrenämter und damit auch alle unbezahlt im Landesverband Rheinland Pfalz.

In der Bundessatzung hingegen §15 (1) kann es in begründeten Ausnahmefällen und vorbehaltlich eines Bundesvorstandsbeschlusses eine Vergütung im Rahmen von Aufwandsentschädigungen geben.

Seitens des Finanzschlüssels für die Aufteilung der Mitgliedsbeiträge auf die einzelnen Gliederungen hat der Landesverband den Vorschlag der Bundessatzung übernommen.

RLP behält so 30% für den Landesverband. Zum Vergleich, NRW behält 40% ein und Hessen behält 25% für den Landesverband. Unbeachtet bleiben hierbei eigene Regelungen der Landesverbände bezüglich der Mittelverwendung und sonstiger Verpflichtungen.

3. 4 Personalverflechtungen

Es gibt auf den ersten Blick im Landesverband Rheinland-Pfalz eher wenige Verflechtungen des Vorstands mit Arbeitsgruppen, bzw. Anzeichen auf Ämterhäufung. Allerdings gibt es z.B. Vincent Thenhart (VincNW), der als Beisitzer des Landesvorstands zusätzlichen in verschiedenen AG's Mitglied ist. So ist er Mitglied bei der AG Kommunalpolitik, Presse, Satzung und Wahlen.

In der AG Meinungsfindung sind besonders viele Mitglieder eingetragen. Die Ämter Leitung und Koordination werden von Andreas Brühl (Yoga) und Masalm (Realer Name unbekannt) ausgefüllt. Es gibt auch einige Mitglieder der Piraten, welche gleichzeitig in verschiedenen AG's sind. So ist Paul Peter Baum (PP Baum) in den AG's Kommunalpolitik, Gesundheitspolitik, Bauen und Verkehr, sowie Wahlen. Thomas Marc Göbel (SirThomasMarc) ist in den AG's Bauen und Verkehr, Meinungsfindung, Umwelt und Wahlen. Gernot Reipen (Gernoth) ist in den AGs Steuern und Kommunalpolitik. Alexandra Schwarz (Tareta) ist in den AGs Kommunalpolitik und Steuergerechtigkeit. In der AG Steuern sind Gernot und Alexandra Koordinator, Gernot und Dieter Weiprecht (Dragon) Admin. Bei der AG Umwelt ist Dragon Admin und Koordinator. Interessant ist dabei die Frage, welche Aufgaben und Befugnisse hierbei die beiden Ämter Koordination und Admin haben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es bis auf VincentNW keine direkte Überschneidung von Personen und Mitgliedschaften in den AG's gibt. Auch ist es so, dass einige Mitglieder sich parallel in mehreren AG's wiederfinden. Diese Mitglieder bringen sich überdurchschnittlich aktiv ein in die Partei. Aber bei diesen lassen sich keine weiteren Verflechtungen erkennen. (29.7.2012).

Da Arbeitsgruppen-Mitglieder keine eigentliche Macht haben, eher programmatisch arbeiten und Koordinatorenposten auch nicht für eine offene oder verdeckte Einflussnahme geeignet sind, sind die oben erwähnten Personalverflechtungen in den AGs als nicht kritisch anzusehen.

Ämter/Landesparteitage	2008	2009	2010.1	2010.2	2011.1	2011.2	2012.1	2013.2
Vorsitzender	Angelo Veltens	Angelo Veltens	Anna Scherer	Heiko Müller	Heiko Müller	Roman Schmitt	Heiko Müller	Heiko Müller
Stellvertretender Vorsitzender	Kim-Sun Mo	Stefan Friedrich	Ansgar Veltens	Roman Schmitt	Roman Schmitt	Heiko Müller	Klaus Brand	Klaus Brand
Generalsekretär	Heiko Müller	Heiko Müller	Heiko Müller	Werner Brummer	Werner Brummer	Werner Brummer	Werner Brummer	Vincent Thenhart
Politischer Geschäftsführer	-----	-----	Angelo Veltens	Angelo Veltens	Angelo Veltens	Ingo Höft	Ingo Höft	Ingo Höft
Schatzmeister	Ansgar Veltens	Ansgar Veltens	Gerhard Groß	Gerhard Groß	Ansgar Veltens	Antje Krause	Lars Matti	Lars Matti
Beisitzer	Dirk Ahrens	Thomas Fath	Maik Nauheim	Maik Nauheim	Nadine Clos	Nadine Clos	Vincent Thenhart	Sebastian Degenhardt
2. Beisitzer	-----	-----	Friedel Vogt	Ingo Höft	Ingo Höft	Benjamin Braatz	Benjamin Braatz	Benjamin Braatz

Aufstufung Ämter und Personen im Landesvorstand der Piraten Rheinland Pfalz seit Gründung 2008 (Schaubild Florian Elz)

Da es den Landesverband der Piraten in Rheinland-Pfalz noch nicht so lange gibt, lässt sich nur für den kurzen Zeitraum von fünf Jahren etwas über Führungswechsel sagen. Aufgeführt sind die Ergebnisse der jeweiligen Landesparteitage. Nicht aufgeführt werden Landesparteitage, an denen keine Vorstandsämter gewählt wurden. Zum besseren Verständnis sind diejenigen Vorstandsmitglieder eingefärbt, die über mehrere Amtszeiten ein Amt bekleidet haben. Die Mitglieder, welche nur über eine Amtszeit dem Vorstand angehört haben, besitzen keine besondere Färbung. Michels hatte ja kritisiert, dass die Führer der Arbeiterpartei bis zum Tod in der Partei bleiben und den Vorstandsposten für sich einnehmen. Mit der Folge, dass es nur äußerst selten einen Wechsel an der Spitze gibt.

Beim Landesverband ist es auch so, dass nicht ständig der komplette Vorstand ausgetauscht wird. Vielmehr ist es so, dass trotz halbjährlich stattfindender Parteitage und dort möglicher Neuwahlen die meisten der Gewählten sich ein Jahr im Amt halten können. Es gibt auch einige langjährige Aktive, die über Jahre den Landesverband in wichtigen Positionen begleitet haben, wie im Scahubild zu sehen ist. Zu nennen sind da Angelo Veltens, Ingo Höft, Werner Brummer und Heiko Müller. Letzterer ist bereits von Anfang an dabei und wurde auf dem Landesparteitag 2013.2 erneut zum Vorsitzenden gewählt.

Heiko Müller wird hierbei aufgrund seiner Fähigkeit zu integrieren, seiner Bekanntheit und seines besonnenen, zurückhaltenden Auftretens sehr geschätzt und ist von den Mitgliedern immer wieder in seinem Amt bestätigt worden (Interview Höft/Thenhart 2013).

Im Hinblick auf Michels Thesen ist festzuhalten, dass auf diesem Landesparteitag die bisherigen Vorstandsmitglieder wie Heiko Müller und Ingo Höft bestätigt wurden, was für den Führungswechsel interessant ist. Sie sind für piratige Verhältnisse lange im Amt was bei fortgesetzter Dauer kritisch zu betrachten ist. Allerdings wurden Anfang 2012 aber auch mehrere neue Mitglieder in den Landesvorstand gewählt, die dort vorher noch nicht aktiv waren. Insgesamt kann dies weder als klares Zeichen für eine verfestigte Führung noch für einen regelmäßigen Führungswechsel bewertet werden, für eine klare Aussage ist die Zeitspanne zu kurz.

Interessant ist, dass sich fast der gesamte Landesvorstand auf den Plätzen für

die Bundestagswahl 2013 als Kandidaten zur Verfügung stellt. Auf dem ersten Platz kandidiert Vincent Thenhart (VincNW), der Generalsekretär. Auf dem vierten Platz kandidiert Heiko Müller (Ekynos), der jetzige Vorsitzende. Auf dem fünften Platz kandidiert Ingo Höft (StopSecret), der politische Geschäftsführer. Auf dem siebten Platz kandidiert Lars Matti (LarsM), der jetzige Schatzmeister. Auf dem zwölften Platz kandidiert Benjamin Braatz (Heptasean), einer der beiden Beisitzer. Insgesamt gibt es 14 Kandidaten auf der Landesliste. Der Landesvorstand ist zum Teil vertreten und hält sich nicht völlig zurück. Deshalb lässt sich ebenfalls keine klare Aussage zum Ehernen Gesetz machen.

4. Methodisches Vorgehen

4.1. Untersuchungs- und Erhebungsziele

Das Ziel der Untersuchung ist die Überprüfung von Michels' ehernem Gesetz. Dieses besagt, jede Organisation hat die Tendenz zur Oligarchie (und wird sich auch dahingehend entwickeln). Dieses Gesetz wird anhand des Landesverbandes der Piraten überprüft. So wird dieser daraufhin untersucht ob er sich in Richtung Oligarchie entwickelt. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf Personen, die führend im Landesverband tätig sind, ob diese die Entwicklung dahin aktiv oder passiv befördern oder nicht. Ebenso wird überprüft, ob die Strukturen des Landesverbands eine Entwicklung in oligarchische Richtung begünstigen oder bereits derartige Züge besitzen.

Das Erhebungsziel sind die persönlichen Einstellungen und Meinungen von den Mitgliedern der Piratenpartei Rheinland-Pfalz zu verschiedenen Themen wie der Organisation des Landesverbandes, zu der Arbeitsweise des Vorstands, der Partizipation der eigenen Mitglieder, dem Delegationssystem, den Beauftragungen und dem subjektiv empfundenen Verhältnis zwischen Vorstand und Basis.

4.2. Operationalisierung und Untersuchungsgegenstände

Die Meinung und Einstellungen werden von den Basismitgliedern und den Aktiven in Führungspositionen im Landesverband erfragt. Dabei werden insgesamt 20 Interviews geführt, jeweils 10 Stück aus der Gruppe der Basismitglieder und 10 Stück aus der Gruppe der Elite. Es werden deshalb insgesamt 20 Interviews geführt, um die Kapazitäten dieser Arbeit sowie die dünne Personaldecke der aktiven Piraten in Rheinland-Pfalz nicht überzustrapazieren.

Auch soll es ein Gleichgewicht an Befragten aus der Basis und der Elite geben,

um eine größere Verzerrung zu verhindern. Dem Autor ist dabei bewusst, dass dieser Arbeit bereits eine inhärente Verzerrung vorliegt, da die Basis bereits selbst eine Auswahl unter den Mitgliedern darstellt. So sind die passiven Mitglieder schwerer zu erreichen und haben zusätzlich eine geringe Rücklaufquote, d.h. es melden sich weniger auf eine Interviewanfrage.

Ebenso kann es sein, dass die allgemeine Tendenz in der Untersuchung eher positiv ist, weil man annehmen kann, dass die unzufriedenen Mitglieder sich insgesamt weniger einbringen, oder bereits ausgetreten sind. Dadurch, dass 2013 Bundestagswahlkampf ist, könnte es auch sein, dass die Interviewten vorsichtiger im Umgang mit *internen* Informationen sind. So wollen sie einen möglichen Schaden für ihre Partei abwenden und ihre Partei natürlich in einem besseren Licht erstrahlen lassen. Dies auch deshalb, weil abzusehen ist, dass die Untersuchung gerade bei den Piraten nicht in einer Schublade verschwindet, sondern durchaus mindestens mitgliederöffentlich gemacht wird.

Es gibt allerdings nicht viel an möglichen Gegenmaßnahmen, um die genannten möglichen Verzerrungen auszugleichen. Eine mögliche besondere Gewichtung der negativen Äußerungen, bzw. die von unzufriedenen Mitgliedern würde die Untersuchung verzerren und wäre gerade bei der kleinen Anzahl an Interviews nicht zielführend. Andererseits ist gerade der Umstand, dass 2013 eine Bundestagswahl ist, vielleicht auch gerade eine zusätzliche Motivation sich bei der Untersuchung einzubringen. Dies gilt ebenso für die Veröffentlichung der Arbeit seitens der Piraten.

Da nach Michels eine Teilnahme an der Macht konservative Auswirkungen hat und den Menschen psychologisch verändert, sollten gerade bei den Langzeitführern, also denjenigen, die schon mehrere Jahre auf Landesebene aktiv sind, merkliche Unterschiede zur Basis zu erwarten sein. Dies muss aufgrund der kurzen Zeit, welche die Führer im Amt sind, allerdings nicht zwingend signifikant sein.

Die Erhebung wird durchgeführt mittels leitfadengestützter Interviews. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens gibt es ein Wissensgefälle über die zu untersuchende Organisation zwischen Interviewer und Interviewten. Der Befrager weiß nicht, welche Infos zu erwarten sind. Um möglichst viele subjektiv als wichtig eingestuft Informationen zu erhalten, sind offene Fragen

besser geeignet, als starre Antwortkategorien (wie nicht formalisierte Verhaltensregeln). So kann die befragte Person auch flexibel auf interessante Nebenaspekte eingehen (Przyborski 2010: S. 132f). Zweitens ist der Interviewer interessiert an Begründungen, Einschätzungen, Denkweisen usw. der befragten Personen. Diese sind schwerer zu bekommen, wenn es nur vorgegebene Antworten gibt, wie diese bei einer quantitativen Untersuchung vorzuziehen wäre. Drittens entsteht mit offenen Fragen die Möglichkeit für den Befragten, bei Unklarheiten nochmal nachzufragen, ebenso gibt es für den Interviewer die Möglichkeit, auf interessante Positionen zu reagieren und flexibel das Thema zu vertiefen. Viertens kann man mit offenen Fragen den Gesprächsstil entweder als gezieltes fragen oder lockerer Erzählatmosphäre laufen lassen. Zudem kann man je nach Situation zwischen den beiden wechseln (Brinkmann 1995: S. 18f, 34, 60). Auch ist es nicht wirklich angebracht, auf die durchaus komplexen Fragen von Michels mit einem multiple Choice Fragebogen zu reagieren. Dies im besonderen, wenn man nicht nur die Meinung von Personen zu bestimmten Themen wissen will, sondern auch die Begründung dafür, welche bei jedem Befragten insgesamt als auch in Nuancen anders gewichtet sein kann.

Wer ist die Basis? Basis sollen alle sein, die nicht in führenden Positionen auf Landesebene aktiv sind, oder waren. Das wären z.B. alle Untergliederungen ab Kreisvorstand abwärts, die Beauftragten, die Mitglieder ohne Amt in den Landesarbeitsgruppen, inklusive der Delegierten für den Landesfinanzausschuss (außer dessen Schatzmeister). Wer ist die Elite? Elite sollen alle die sein, welche in führenden Positionen auf Landesebene aktiv sind oder sich sonst durch besondere Fähigkeiten auf Landesebene auszeichnen. Dazu gehören z.B. der gesamte Landesvorstand, der Landespressesprecher, die Koordinatoren der Arbeitsgruppen sowie die Vorsitzenden des Landesschiedsgerichtes. Dazu gehören auch Ehemalige, die mal ein Amt im Landesvorstand bekleidet haben und aktuell zur Basis zählen würden.

Ein weiterer Grund, warum so ausführlich der aktuelle Landesvorstand befragt wird, liegt darin, dass die Erhebung nicht an der Hierarchie vorbeigeführt werden sollte, damit sich niemand übergangen fühlt. Andererseits haben gerade die Repräsentanten eher das Überblickswissen über den Landesverband, was für diese Untersuchung von Vorteil ist (Brinkmann 1995: S. 33).

Ausdrücklich nicht befragt werden Leute, die in einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis (d.h. Angestellte) zu dem Landesverband stehen. Der Grund dafür ist, dass bei Angestellten vermutet werden kann, dass diese in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis zum Landesverband stehen. So sind zwar auch die gewählten Führer oder Mandatsträger sehr daran interessiert, dass die eigene Organisation in einem möglichst positiven Licht dasteht. Allerdings kommt bei den Angestellten noch dazu, dass hier auch existenzielle Gründe mit rein spielen. Dies stellt auch keine unverhältnismäßige Verzerrung für die Ergebnisse der Untersuchung dar, da momentan auch keine Angestellten im Dienst der Piratenpartei in Rheinland Pfalz gibt. .

Es wird versucht eine Vorauswahl zu treffen und sich nicht von der Organisation leiten zu lassen, bzw. die Experten vorgesetzt zu bekommen. Der Grund dafür liegt im Problem, dass eine Organisation über hierarchische Filter verfügt. So kann es sein, dass z.B. ein Fachbeauftragter viel kompetenter zu einem Thema Stellung nehmen kann und auch für die Untersuchung hilfreicher ist. Allerdings hat der Vorstand der Organisation das Interesse, die Organisation möglichst positiv darzustellen. Dementsprechend wird er primär die Leute aussuchen, die die Organisation gut repräsentieren. Dieser Interessenskonflikt kann dem der Untersuchung entgegenstehen. Aber es kann auch sein, dass man die Vorschläge des Vorstands annehmen kann, um diese als Türöffner zu benutzen um an die interessanten Leute ranzukommen. Das kann man dann als Felddiplomatie bezeichnen (Brinkmann 1995: S.18f).

Vor der eigentlichen Untersuchung wurde zusätzlich zum Pretest ein Gespräch geführt, um die Bedeutung verschiedener Aspekte der Untersuchung in den richtigen Kontext zu stellen (Interview Höft/Thenhart 2013). So wurde z.B. die Häufigkeit des Einsatzes verschiedener Instrumente überprüft. Wie oft z.B. ein Parteiausschluss vorgekommen ist, oder unter welchen Umständen das öffentliche Transparenzgebot aufgehoben wird und der Landesvorstand nichtöffentlich tagt. Dies hat seinen Grund daher, dass in der Satzung z.B. Regelungen stehen, die nach Michels' Ansicht mal mehr und mal weniger demokratischen Ansprüchen genügen würden. Man kann diese jetzt aufnehmen, allerdings weiß man damit noch nichts über den Kontext. So wäre z.B. ein äußerst unfaires und einseitiges Ausschlussverfahren aus der Partei

genug Grund, sich damit extra auseinanderzusetzen. Allerdings wird die Bedeutung eben dieses Verfahrens als Aspekt im Gesamtbild etwas reduziert, wenn man erfährt, dass in den letzten 10 Jahren niemand ausgeschlossen und genau dieses kritisierte Verfahren nicht eingesetzt wurde. Was bedeuten würde, dass es also ein Dasein als (wenn auch abschreckender) Papiertiger fristet. Ebenso lässt sich die vorgeschriebene Abstimmung der lokalen Pressemitteilungen mit der Presse AG als Punkt anführen, auf die wir am Ende der Untersuchung nochmal genauer eingehen werden. Hierbei ist es ohne Vorabgespräch unmöglich, die Hintergründe, Motivationen herauszufinden, die zu dieser durchaus eingreifenden Maßnahme geführt haben.

4.3 Fragebogenkonzeption

Die Erstellung des Fragebogens geschah in mehreren Stufen. Als erstes wurden die Themenbereiche von Michels untersucht und dazugehörige Fragen formuliert. Dann wurden Aspekte, d.h. die entsprechenden Fragen hinzugefügt, welche in den Untersuchungen nach Michels auftauchen. Im Anschluss wurden die Piraten untersucht und bei Auffälligkeiten in der Struktur der Piraten wie z.B: der Satzung entsprechenden Fragen hinzugefügt. Darauf folgend wurden die zusammengestellten Fragen miteinander abgeglichen und auf die Piratenpartei zugeschnitten. Nach dessen Erledigung wurde ein Vorabgespräch mit zwei Mitgliedern des Landesvorstandes geführt, welches als ein Pretest anzusehen ist. Dies sollte die Fragen hinsichtlich Inhalt und Praktikabilität überprüfen. Mit den Erkenntnissen aus dem Pretest wurde dann die finale Version des Fragebogens erstellt und die eigentliche Befragung gestartet.

4.3.1 Notwendige Eingrenzungen

Folgende Punkte sind aufgrund des Pretests verworfen worden: Der erste betrifft das Delegationssystem. So gibt es bei den Piraten kein Delegationssystem, welches darauf ausgelegt ist, dass die unteren

Gliederungen Delegierte wählen, die auf den Landesparteitagen wiederum Beschlüsse treffen und die Vorstandswahlen bestreiten. Jedes Mitglied darf kommen und selbst abstimmen für wen oder was es für wichtig hält. Somit hat sich die Frage nach dem System von selbst erledigt.

Der nächste Punkt betrifft eine mögliche Einflussnahme der Arbeitsgruppen als Gremium auf die Ausrichtung des Landesverbandes über das Abstimmen der Mitglieder hinweg, mittels besonderer Rechte oder ähnlichem. Diese gibt es nicht, so haben die Arbeitsgruppen weder Vetorechte, noch einen Sonderstatus gegenüber anderen Gremien des Landesverbandes und ebenso keinen privilegierten Zugang zum Landesvorstand. Ebenso müssen die Vorschläge, bzw. die Anträge der AG's regulär auf dem Landesparteitag abgestimmt werden.

Ebenfalls als wenig geeignet zum Aufbau von Machtstrukturen haben sich die Koordinatoren der Arbeitsgruppen erwiesen. So sind Koordinatoren keine vom Vorstand abhängigen, ernannten Mitglieder. Sie werden von den Mitgliedern der AG mitbestimmt, aber eher in einem informellen Rahmen: Wer sich zu dieser Aufgabe bereit erklärt, führt sie aus. Das schließt auch durchaus eine spontane Ersetzung bzw. Abschaffung des Koordinators mit ein, da er keine von Dritten übergebene Autorität besitzt. Es kann aber auch sein, dass die AG überhaupt keinen Koordinator hat und auch ohne arbeitsfähig ist, zumal die Struktur, bzw. die Geschäftsordnung, nach der die AG arbeitet, von der AG selbst bestimmt wird. Koordinatoren haben auch keine besonderen Befugnisse, sondern sehen sich selbst und werden auch eher als verwaltende organisatorische Positionen wahrgenommen, welche sich auf Terminplanung, das Pflegen von Wiki-Seiten und ähnliches beschränken. Nur in Fällen, wo eine AG sich selbst eine straffe Arbeitsweise verordnet und mit festen Tagesordnungspunkten agiert, besteht die Möglichkeit einer Einflussnahme auf die Tagesordnung, welche die Koordinatoren (mit) vorbereiten können.

Ebenfalls von der Liste der abzufragenden Themen verschwunden sind die ausgeschlossenen Mitglieder. Falls es bereits mehrere ausgeschlossene Mitglieder gegeben hätte in Rheinland-Pfalz oder das Verfahren dazu als formal als sehr feindlich gegenüber dem einzelnen herausgestellt hätte, wäre es mit einer genaueren Untersuchung bedacht worden. Da es aber bisher nur einen begründeten Fall, in dem das Verfahren angewandt wurde und ansonsten dort keine weitere Auffälligkeiten gibt, wurde dieses Thema wieder entfernt.

Als ein interessanter Punkt wurde das Schiedsgericht ausgemacht. Da dieses allerdings nicht auffällig oft frequentiert wird und keine kritischen Personalverflechtungen besitzt und aufgrund der Natur seiner Arbeit mit überaus sensiblen Daten hantiert wird, wurde von einer genaueren Befragung dessen abgesehen.

Auch bei den Finanzen und dem Verteilungsschlüssel von Bund, Länder und Kreisebene wurde beim Landesverband Rheinland-Pfalz nichts besonders auffälliges festgestellt oder sind Skandale bekanntgeworden, so dass die als nicht besonders interessant eingestuft wurde. Auch liegt der Diskussionsbedarf mehr zwischen Land und Bundesebene als zwischen Landesebene und den unteren Gliederungen.

Bei der Aufstellung der Landesliste sowie der Zusammensetzung sind auch keine Besonderheiten zu Tage gekommen, die auf versteckte Machtstrukturen oder offensichtlich fragwürdigen Umgang schließen lassen und wurde deswegen auch nicht weiter verfolgt. Die Überschneidungen sind auch keinesfalls als negativ bewertet worden, dies liegt auf einer Linie mit der Kultur der Piraten. Ebenso ist nicht abzusehen, dass Mitglieder des Landesvorstandes offensiv ihr Mandat und ihr Amt auf Landesebene behalten wollen, falls sie die Möglichkeit bekommen, beides auszuüben.

Die Frage nach informellen Wissen oder internen Anweisungen die nicht verschriftlich wurden, hat sich als inpraktikabel herausgestellt, als dass man mit Fragen im Rahmen einer Untersuchung so zu größeren Erkenntnissen kommen könnte.

Ebenfalls aus dem Konzept entfernt wurde die Frage nach dem Ausschluss von zu radikalen Personen bzw. arg abweichende Meinungen. Zum Einen, weil die Problematik mit dem Verfahren des nicht eingesetzten Parteiausschlusses zusammenhängt und zum Anderen, weil sich der Kontakt mit unzufriedenen Mitgliedern im Rahmen der Untersuchung nicht herstellen ließ. Es gab hier eher den Fall, dass die Menschen im Laufe ihrer Mitgliedschaft gemerkt haben, dass es bei der Piratenpartei anders läuft und damit nicht sinnvoll umgehen konnten, als dass die Piratenpartei diese aktiv ausgegrenzt hat (Interview Höft/Thenhart 2013).

4.3.2 Veränderte Fragerichtungen

Es gibt auch Teile des Fragebogens, die nicht entfernt wurden, sondern deren intendierte Fragestellung sich etwas veränderte.

Der erste Punkt bezieht sich auf die nichtöffentlichen Sitzungen. So wurde anfangs von einer negativen Haltung und möglichen angedachten Alternativen ausgegangen. Aber nach dem Pretest wurde allgemeiner gefragt. Das heißt es wurde der Fokus mehr darauf gelegt, wie die Meinung zu diesen nichtöffentlichen Sitzungen ist, also ob diese als gut oder schlecht befunden wurden.

Der in der Satzung befindliche Passus bezüglich der Neuenquote stieß auf eine ähnliche Problematik wie das Delegationssystem. So gibt es zwar diese Regelung zwar und ist auch an sich bindend, allerdings ist dies rechtlich problematisch, weil dies nach Ansicht der Piraten wiederum gegen das Parteiengesetz verstößt und damit rechtlich nicht haltbar ist. Andererseits wird sie wiederum (noch) nicht wirklich erst genommen, da sie noch nicht wirksam ist, weil kein Mitglied der Piraten in irgendwelchen Parlamenten sitzt, zumindest nicht auf Landesbene. Auf Kommunalebene ist die Fallzahl der betroffenen Mitglieder wiederum nicht so hoch, dass die Neuenquote massiv in die Listenaufstellung eingreifen würde. Ausgehend von diesen Eindrücken, wurde eher nach einer grundsätzlicheren Meinung zur Neuenquote gefragt, statt nach den bisherigen Erfahrungen mit dieser Regelung.

Ebenfalls als anfangs problematisch angesehen wurde die Person Heiko Müller, da sie bereits von Anfang an im Landesvorstand aktiv war und dies auf verantwortungsvollen Posten. Allerdings wurde deutlich, dass diese Gründe weniger in den von Michels postulierten negativ konnotierten Machtstrukturen und einer etablierten Oligarchie zu finden sind. Aus diesem Grund wurde die Frage entschärft und etwas subtiler nach den Gründen für die permanenten Wiederwahlen von Heiko Müller gefragt.

Es gab Fragen, die beim ersten Anschein überflüssig waren. Aber zu diesen waren durchaus andere Positionen denkbar, ausgehend von der Art der Frage. So wurde entschieden, diese im Fragebogen zu belassen. Das selbe gilt auch, falls die Vermutung aufkam, dass speziell Mitglieder aus der Basis eine andere Sichtweise haben könnten als die Aktiven im Landesvorstand.

4.3.3 Was ist mit den Fragen gemeint?

Der Inhalt des Fragebogens ist in verschiedene Blöcke unterteilt. Der erste heißt „Delegierte und Parteitage“ und beschäftigt sich mit eben jenen. Zuerst wird abgefragt, ob die Person überhaupt schon an einem Landesparteitag dabei war. Falls sie es nicht gewesen wäre, wären die kommenden Aussagen mit Vorsicht zu betrachten und der Sinn, die entsprechenden Fragen zu den Landesparteitagen zu stellen, wäre zu bezweifeln.

Darauf aufbauend wird allgemein überprüft, welche Erfahrungen die Personen auf den LPTs gemacht hat um einen einfachen Einstieg in die Befragung zu ermöglichen. Von besonderem Interesse sind hierbei die negativen, an die bei einer positiven Bejahung angeknüpft werden. Dies aus dem Grund, da die positiven Erlebnisse an den Landesparteitag vermutlich überwiegen.

Im weiteren wird eine Frage gestellt, die darauf abzielt, ob die Parteitage eine Bühne bieten können, um charismatischen Anführern die Chance zu geben sich zu profilieren. Dies kann über lange Reden geschehen, wo z.B. der Vorsitzende sich der Gefolgschaft seiner Anhänger bzw. der Parteimitglieder versichert, bzw. diese Beziehung ausbaut. Ebenfalls möglich ist es, dass über die Praxis der Leitanträge die Mitglieder auf ein gemeinsames Ziel eingeschworen werden oder, negativ formuliert, abweichende Meinung und kritische Stimmen an den Rand gedrückt werden, bzw. unter den Tisch fallen.

Ein weiterer Punkt sind die Ansprüche an die Mitglieder, welche laut Michels im Laufe der Zeit wachsen und dazu führen, dass z.B. Anträge und ähnliches nur noch von Spezialisten und langjährigen Aktiven verstanden und bewusst abgestimmt werden können (vgl. Michels 1970: S. 80ff). Hier wird gefragt, ob die Ansprüche im Laufe der Zeit gewachsen sind, d.h. ob die Praxis der Piratenpartei RLP mit der Ansicht von Michels übereinstimmt. Dies hängt damit zusammen, dass eine solche Entwicklung einer nicht formalen Spezialisten-, oder Aktivistenherrschaft Vorschub leistet (Die ITU hat durch ihr internes zwei Fraktionen System politische Sachverhalte auf mitgliederverständliche Weise heruntergebrochen).

Ebenso wird dahingehend gefragt, wie die Praxis der Fahrbereitschaft zu Landesparteitagen im Alltag ist. Das bedeutet, wird das öffentlich postulierte „jeder darf kommen“ auch genutzt oder fahren im Endeffekt doch immer die gleichen, ähnlich dem eines informellen Delegiertensystems, so dass auch eine

Art Gewohnheitsrecht, bzw. Verantwortungsabgabe erwachsen kann? Ebenso ob es Probleme gibt, da theoretisch alle Mitglieder kommen können, nicht nur Delegierte (die es ja nicht gibt bei den Piraten) seitens der Kreisverbände. '

Der nächste Block fokussiert sich mehr auf Michels ehernes Gesetz. Nach dem etwas lockeren Einstieg kommt hier eine Frage, die direkt auf eine Existenz einer etablierten Oligarchie abzielt und als Art Schockfrage zählen kann. Angedacht ist hierbei die schwierigen Fragen zu Anfang zu stellen, so dass mit den nachfolgenden Fragen die Entspannung einsetzt und es eher in eine plaudernden Stimmung übergeht, da die folgenden vermutlich einen höheren Erkenntnisgewinn versprechen. Inhaltlich geht es darum, ob es eine abgeschottete Führungsclique gibt, oder zumindest das Potenzial da ist, eine solche entstehen zu lassen. Auch wird beim Fragebogen abgefragt, wie man dies als Mitglied erkennen könnte, bei welchen Punkten eine derartige Entwicklung möglich wäre. Schließlich müssen die Punkte an denen derartige offensichtlich wird, nicht unbedingt jedem Mitglied bewusst sein.

Auch ob es bestimmte Personen oder Gremien gibt, die sich speziell um die Einhaltung innerorganisatorischer Standards bezüglich Beteiligung, Transparenz usw. kümmert, wird erforscht. Dies betrifft z.B. dass es extra beauftragte Leute gibt, die mit einem kritischen Blick die eigenen Prinzipien auf ihre Einhaltung überprüfen und ob es eine institutionalisierte Kontrolle des Landesverbandes gibt, außerhalb der üblichen Gremien. Die Frage speist sich aus der Vermutung, dass die Piraten aufgrund ihrer Werte viel Beachtung darauf legen könnten, dass es sowas geben sollte, zum anderen auch weil es ein besonders verlockendes Mittel ist, um mögliche Macht auszuüben, bzw. sich einer unkritische Betrachtung der eigenen Struktur zu versichern.

Des weiteren wird Michels These überprüft, ob die Führungspositionen bei der Piratenpartei Rheinland-Pfalz mehr werden, was sie stützen würde. So sollten mit dem Aufbau der Organisation auch Führungsämter geschaffen werden, die die Entwicklung der Partei lenken und die Mitglieder in einem begrenzten Rahmen auf verschiedenen Ebenen (ideologisch, finanziell, sozial) zusammenhält. Dies hängt auch mit der Einrichtung von bezahlten Stellen zusammen. Als Gegensatz dazu wird auch gefragt, ob solche Positionen weniger werden, so könnte es sein, dass diese Positionen nach und nach aufgelöst werden oder so gestaltet werden, dass diese immer weniger

„Führung“ beinhalten.

Bei der politischen Bildung wird erfragt, ob es eine institutionalisierte Bildung gibt und ob diese bestimmte Richtlinien wie z.B. eine gesellschaftliche politische Allgemeinbildung oder eher eine Schulung zur Aneignung von Fähigkeiten entspricht, ebenfalls ob diese eher top-down ausgestaltet ist, oder ob diese seitens der Mitglieder mitbestimmt oder gänzlich davon ausgestaltet wird und damit auch von ihnen abhängt. So besteht die Möglichkeit, dass die Organisation sich ihr entsprechendes oben erwähntes Führungspersonal nach eigenen Ansichten formt oder auch dass die Mitglieder eine kritische Reflektion der eigenen Handlungen sowie die der Partei beigebracht bekommen, bzw. sich erarbeiten.

Weiterhin ist die Praxis der Beauftragungen ein großes Thema, schon allein, weil diese einen großen Teil der Arbeit des Landesvorstands oder für die Piratenpartei selbst ausführen und sei diese auch nur organisatorischer Art. Genau diese Beauftragungen können potenzielle Auswirkungen haben, nämlich eine Art Führungskaste oder bevorzugtes Reservoir zu Rekrutierung der nächsten Generation der Führer herausbilden, welches sie aus unserer Sicht besonders interessant machen. So gibt es momentan 14 Beauftragungen, die von Materialwart über die Unterstützung des Schatzmeisters bis zum stellvertretenden Pressesprecher reichen. Hierbei gibt es die Möglichkeit, dass diese dem Vorstand Arbeit abnehmen, eine Überlastung verhindern und auch ein Stück weit Aufgaben auf mehrere Schultern verteilen. Allerdings gibt es auch die Möglichkeit, dass es Beauftragungen gibt, die sich als unentbehrlich erweisen, bzw. die Personen, die diese ausfüllen. Darauf wird in späteren Fragen noch Bezug genommen.

Ein weiterer wichtiger Teil der Frage fasst die Bezahlung der Beauftragungen ins Auge. So ist bei Michels ein nicht zu überschätzender Teil der Entwicklung hin zu einer Oligarchie die Bezahlung und Abhängigkeit nicht nur der Partei vom Spezialwissen der Angestellten, sondern ebenfalls eine Abhängigkeit der Angestellten von der Partei. Hier wird erfragt, ob die Beauftragungen, die einem möglichen späteren Angestelltenverhältnis noch am nächsten kommen, aktuell bezahlt werden. Darauf aufbauend wird genauer nachgefragt, ob es Bestrebungen gibt, diese zu bezahlen, wie hoch diese bezahlt werden und als eine wichtige Komponente davon, wie die Mitglieder zu einer möglichen Bezahlung stehen.

Im Anschluss daran folgt wegen der thematischen Nähe und in der Praxis stark damit verbunden, die Frage nach einer Landesgeschäftsstelle. Hierbei wird dem Punkt Rechnung getragen, ob eine Landesgeschäftsstelle an sich nach Meinung der Befragten überhaupt sinnvoll ist. Dies ist gerade deshalb interessant zu wissen, weil dies ein wichtiger Punkt in der innerparteilichen Diskussion ist, der immer wieder aufkommt. Hier, wie bei den Beauftragungen, sind die Argumentationen vermutlich verschieden und von besonderem Interesse, wie der Standpunkt vertreten wird.

Als nächstes wird nach der Tendenz zu einer zentralisierten Führung gefragt, ähnlich der Frage weiter oben, ob sich eine Führungsclique an der Macht einrichtet. Aber dies wird weniger direkt getan und mit einer anderen Nuance, weniger schroff und mit mehr Betonung ob man als Person das subjektiv so empfindet. Hier ist angedacht, dass nachdem die vorherigen Fragen gewisse Punkte nochmal in Erinnerung gerufen und zu einer Beschäftigung damit aufgerufen haben, die Möglichkeit zu geben, zum Thema der obigen Frage seine Meinung zu ändern oder zumindest noch weitere Aspekte hinzuzufügen, die man vorher vergessen hat (ohne dass man gegenüber dem Interviewer ein unangenehmes Gefühl bekommt, weil man jetzt zu einer anderen Sichtweise gekommen ist).

Auch wird überprüft ob es Vorentscheidungen gab, bzw. ob der Landesvorstand die Möglichkeit politische Entscheidungen zu treffen, in andere Gremien auslagert (um sich z.B. vor der Verantwortung der Entscheidungen mit Verweis auf die AG zu drücken, oder zumindest abzumildern, rückzuversichern), oder bereits im Vorhinein abgesprochene Entscheidungen trifft und diese den Mitgliedern vorlegt oder Scheinkontroversen führt. Dies wird am Rande bei einer späteren Frage nochmal aufgegriffen, wenn nach den Möglichkeiten der nichtöffentlichen Sitzungen bzw. Verschlussachen des Landesvorstandes gefragt wird. Der Hintergrund hiervon hat eine ähnliche Intention, wenn auch in abgeschwächter Form, wie die vorherige Frage.

Damit verbunden ist der Punkt, der illegitimen Macht, d.h. ob es möglicherweise umstrittene Entscheidungen gab, die seitens der Mitglieder kritisiert wurden, allgemein hohe Wellen geschlagen haben oder nicht rechtmäßig zustande gekommen sind. Hier wird auf die bisherigen Erfahrungen der Mitglieder abgezielt, wie dass es unterschiedliche Ansichten zu bestimmten Themen gibt.

Der größte Block im Fragebogen hat das umfassende Thema „Organisation“ zum Inhalt und beschäftigt sich mit den verschiedensten Aspekten innerhalb des Landesverbandes. So wird zum Einstieg danach gefragt, ob man persönlich die Piratenpartei als heterogen oder homogen annimmt, was die subjektiv empfundene politische Richtung bzw. Meinungsvielfalt angeht. Dies soll nach den etwas heiklen Fragen etwas Entspannung bieten und gleichzeitig auf die kommende Frage mit den unterschiedlichen Strömungen einstimmen.

Deshalb kommt im Anschluss die Frage danach, ob es verschiedene Strömungen gibt, ähnlich den bekannten Rechts-Links Flügeln der anderen Parteien, oder innerparteiliche Gruppierungen zu bestimmten thematischen Zusammenhängen. Dazu kommt auch der Aspekt, wie diese Strömungen ihren Zugang zu den Mitgliedern halten und angesehen werden.

Es wird gefragt, wie der Landesvorstand kontrolliert wird, d.h. dass er nicht unbemerkt seine Entscheidungen treffen kann. So ist einerseits von Interesse, wer ihn denn kontrolliert und wie dies von statten geht im Allgemeinen. Andererseits ist natürlich auch im Hinblick auf Michels gewählte Führer von Belang, welche negativen Sanktionen zur Verfügung stehen, um den Landesvorstand zu kritisieren, umzustimmen oder auch Entscheidungen rückgängig zu machen.

Eine weitere Frage betrifft die Gründung der Organisationseinheiten, so wird überprüft, ob es z.B. bestimmte Fachleute sind, die die Verbände vor Ort gründen oder eher durchschnittliche Personen, um eine mögliche Selbstrekrutierung der Eliten zu untersuchen. Dabei auch von Interesse ist das Prozedere der Gründung, sowie die Prioritäten, welche die Piratenpartei bei der Gründung verfolgt.

Die Mitgliederzahl wird angefragt. Ob man auf alle Fälle mit allen Mitteln Mitglieder werben will und so die Gefahr der Angleichung der Themen der PP an die anderen Parteien sowie eine zahmere Ausdrucksweise bei den Themen vorzieht. Dies hat den Hintergrund, dass die Parteien, immer mehr in die politische Mitte rücken, einen großen Fokus auf neue Mitglieder und Wählerstimmen setzen, je mehr Leute sie ansprechen wollen, immer mehr im Laufe der Zeit ihr inhaltliches Profil verwässern, also leichter verdauliche Positionen anbieten. Als ein Indikator dazu wird explizit nach Mitgliederwerbungskampagnen gefragt, die von oberen Ebenen initiiert oder vorangetrieben werden, z.B. in dem mit Prämien (für die Neuen oder die

Werber) geworben wird. Das Gleiche gilt für bestimmte Quoten, die in diesem Zusammenhang vielleicht erreicht werden müssen seitens des Landesverbandes, bzw. der Mitglieder. Dabei klingt auch an, wie der Stellenwert von Aktiven gegenüber passiven, zahlenden Mitgliedern angesehen wird.

Eine Frage dreht sich um Disziplinierungen, eine Sanktionsmaßnahme, die der Landesvorstand aussprechen kann. Hier wird überprüft, ob es möglicherweise überhand nimmt und welche Fälle dies betrifft, d.h. was die Anlässe für die Verhängung der Maßnahmen sind. Hier wird extra danach gefragt, ob man auch nur davon gehört hat, weil nicht davon ausgegangen werden kann, dass besonders viele Mitglieder mit derartigem Erfahrungen gemacht haben.

Bei der nächsten Frage geht es um das Thema, ob man die Organisation über die Ziele stellt. Ein etwas sperriges Thema, das mit dem Indikator einer Opferung von Grundprinzipien abgefragt wird. Was wiederum eine sehr persönliche Einschätzung ist, die vermutlich recht unterschiedlich ausfallen wird und darum von hohem Interesse ist.

Eine zentrale Stellung nehmen bei Michels die unersetzbaren Personen ein, damit sind die spezialisierten Verwaltungsarbeiter als auch die professionellen Aktiven in den Ämtern der Partei gemeint. Diese haben eine besondere Stellung in der Partei und haben so zusätzliche Machtressourcen zur Verfügung, als sie alleine nur über ihren Job oder ihre Position besitzen würden (vgl. Michels 1970: S. 82f). Es wird gefragt, ob es Personen gibt, die für das Funktionieren des Landesverbands unentbehrlich sind, auch mit Blick auf die Personalzusammensetzung des Landesvorstands. Diese Frage ist für den Themenkomplex der Aktiven, der Beauftragungen und des Führungswechsels von Bedeutung. Ebenso wird hier gezielt überprüft, ob es auch Fähigkeiten als Wert an sich gibt, welche bestimmte Personen erst so wertvoll machen und sich über ihren Seltenheitswert begehrt machen.

Mit dem Wissen um die vorherigen Zusammenhänge in Verbindung bringen kann man die Frage nach einem regelmäßigen Führungswechsel. Eines der augenscheinlichsten Merkmale einer sich verfestigenden Machtstruktur, wenn auch nicht das alleinige, besonders wenn Machtstrukturen nicht auf wenige Personen zugeschnitten sind, sondern sich eher in Richtung von Netzwerken entwickeln, ist die Beständigkeit in den Führungspositionen. Dazu muss auch gefragt werden, ob es mit einem Wechsel an der Spitze auch zu einem Wechsel in der Politik kommt, oder nicht. Dies könnte als Hinweis auf den obigen Fall

gelten.

Es wird gefragt nach der Zusammenarbeit mit der AG Presse, inwiefern die neuen Befugnisse der Abstimmung mit der AG Wirkung zeigen und wie das von Seiten des Landesvorstands, der AG selbst und den Mitgliedern angenommen wird. Das ist ein Thema, bei dem es durchaus deutliche Unterschiede in den Ansichten der Beteiligten geben kann, und ist darum von herausgehobener Bedeutung. Michels und auch die ITU haben der Presse im weiteren Sinn ein gewissen Stellenwert gegeben, wenn auch mehr in Bezug auf die Formierung bzw. Artikulation von Interessen als auf die Struktur der Arbeit zwischen den Gliederungen der Partei, die hier im Vordergrund steht.

Genauso interessant ist ein klassisches Beispiel für die Konzentration von Macht, nämlich die Anhäufung von Ämtern auf eine Person. Hierbei ist das einerseits besonders interessant, da es bei den Piraten nicht nur deutlich definierte, d.h. offizielle gewählte Ämter gibt, wie z.B. der Landesvorstand. Sondern es gibt auch viele kleinere *Ämter*, wie Beauftragungen, Koordinatoren, Helfer und weitere, die weniger im Fokus liegen und eine Anhäufung schleichend vonstatten gehen kann. Andererseits haben diese kleineren auch deswegen nicht die große Bedeutung oder Möglichkeit, sie für den eigenen Vorteil zu nutzen. Dazu kommt die Problematik der dünnen Personaldecke auf den unteren Ebenen, mit der alle kleineren Parteien umgehen müssen.

Mindestens ebenso klassisch und nicht minder bedeutsam ist die Verquickung von Amt und Mandat. Da die Piraten noch nicht im Bundestag und in RLP noch nicht im Landtag sitzen ist dies keine so gravierende Problematik, aber es ist interessant, wie hier die Mitglieder grundsätzlich darüber denken. Dazu wird auch das Verhältnis von Partei und Fraktion gestreift. Hier kommt auch der Einfluss von anderen Parteien zum Tragen, wie z.B. die Grünen damit umgegangen sind und was die Piratenpartei daraus für Schlüsse zieht.

Ebenso interessant ist die Meinung der Mitglieder zu der vielleicht nach der Bundestagswahl aktiv werdenen Regelung zur in der Satzung geregelten Neuenquote. Diese ist natürlich in Verbindung zu den beiden oberen Fragen zu sehen, darum wird sie hier im Anschluss gestellt.

Eine mögliche Mandatsträgerabgabe kann ein spannendes Thema sein, wenn die Problematik der Mitbestimmung der Mitglieder über das Abstimmungsverhalten und die Autonomie der Abgeordneten aufeinandertreffen, was sich als ein Spannungsfeld darstellen kann, welches

wieder das Thema der Fraktion und der Partei berührt. Hier sind wieder verschiedene Ansichten der Befragten zu erwarten.

Auch ist spannend, wie die Möglichkeit der Verschlussache seitens des Landesvorstands aus Sicht der Mitglieder bewertet wird, insbesondere die Möglichkeit der nicht-öffentlichen Sitzungen, welche ein gewisses Risiko bezüglich intransparenter Entscheidungsstrukturen bergen.

Im Block Partizipation geht es um die Beteiligung der Mitglieder an parteiinternen Entscheidungsprozessen. Interessant sind hierbei die Möglichkeiten, wie man sich im Umfeld von Landesparteitagen einbringen kann, ohne physisch dort an dem Termin anwesend zu sein, welches bspw. auch für AG Treffen gilt.

Ebenso von Bedeutung ist bei diesem Thema der neueste Versuch, den Landesparteitag weiter zu individualisieren, die Beteiligungsmöglichkeiten zu erweitern, d.h. von Konstanten wie Raum, Zeit, Ort loszulösen und die Beteiligungshürden für alle zu senken. Konkret gemeint ist hiermit die SDMV, die ständige dezentrale Mitgliederversammlung, die zum Zeitpunkt der Untersuchung gerade im Entstehen ist.

Ebenfalls von Interesse ist die geschätzte Beteiligung der Mitglieder an der Parteilarbeit, d.h. ob und wie sehr sie sich einbringen. Hier ist von Interesse ob die andere Struktur der Piraten vielleicht eine Auswirkung auf die Anzahl der aktiven Mitglieder hat.

Auch ist der Umgang miteinander von Interesse, wobei hierbei nicht der von Kritikern gemeint ist, sondern der Ton untereinander. Die Diskussionskultur, ob z.B. Diskussionen nach einem starren formalisierten Rahmen ablaufen oder ohne. Auch wird abgezielt auf den Umgang mit konstruktiven Kritikern, Querulanten und Trollen (destruktive Art eines Diskussionsteilnehmers, vor allem im Internet verbreitet). Dies soll besonders das von außen dargestellte Bild der Piraten aus deren eigener Sicht beleuchten.

Der nächste Block behandelt das Spannungsfeld zwischen dem Landesvorstand und der Basis. Dabei wird erfragt, ob es Beschlüsse gibt, die *Nicht-Beschlüsse* sind. Also nicht wie bei der obigen Frage, bei der umstrittene Entscheidungen gefällt werden, sondern ein anderes Machtmittel eingesetzt wird, um Konflikte zu ignorieren, bzw. sich nicht zu artikulieren lassen. So

werden Entscheidungen vertagt, in Ausschüsse geleitet, es wird sich nicht positioniert und ähnliches.

Es wird gefragt, wie die Arbeit vom Landesvorstand (aus Sicht der Basis, bzw. nach Selbsteinschätzung falls die befragte Person im Lavo ist) empfunden wird. Hier ist der Grad der Zufriedenheit, bzw. das des Verständnisses für die Arbeit des Landesvorstandes von Interesse.

Damit in Verbindung steht die Frage nach dem Einsatz des Lavo, ob er viel persönlichen Einsatz bringt oder sein Amt durchschnittlich ausfüllt.

Dazu kommt die Frage, ob die Arbeit des Lavo besonders gewürdigt wird. Dies hat den Hintergrund, ob es eine mögliche besondere Dankbarkeit gegenüber den Führern gibt. Diese könnten sich dann auf diesen Vertrauensbonus berufen und wiederholt auf die Dankbarkeit der Massen und die persönliche Aufopferung pochen um ihre Meinung durchzusetzen, wie Michels es damals bei seiner Untersuchung analysierte (vgl. Michels 1970: S. 60f).

Als letzte Frage und Teil der vorherigen Fragen soll die Frage nach dem Charisma verstanden werden. So ist interessant, ob es jemanden im Landesvorstand gibt, der über ein hohes Charisma verfügt und daraus sich Machtressourcen ableitet und sich vielleicht eine *charismatische Herrschaft* etablieren könnte.

Der vorletzte Block handelt von dem interviewten Piraten selbst. So werden einige persönliche Einschätzungen und Meinungen abgefragt, die allgemeiner Natur gehalten sind und über die vorher gefragten Themen hinausgehen. Die Fragen drehen sich zum einen um das eigene Engagement des Mitglieds, warum überhaupt und warum er gerade in dieser Partei aktiv ist.

Ebenfalls wird nach seinen bisherigen und aktuellen Ämtern gefragt, um sich die Position des Mitglieds im Kontext der Partei klar machen zu können.

Dazu kommen Fragen, wie der einzelne die Zukunft der Piraten bundesweit, als auch auf Landesebene in Rheinland-Pfalz sieht.

Eine weitere persönlich Frage ist die Meinung zur Basis in RLP, wie die anderen Mitglieder sich sehen.

Eine letzte Frage, die inhaltlich abzielt, ist die „Wünsch dir was“ Frage. Hier wird nochmal ganz persönlich gefragt, was sich das Mitglied wünscht, auch durchaus mit Verweis darauf was bisher nicht gut lief. Hier kommt vielleicht das heraus, was das Mitglied vorher als zu banal abgetan hat oder als besonders

wichtig ansieht.

Der letzte Block betrifft die Sozialstatistik. Hier werden allgemeine Daten zur Person erhoben, wie Einkommen, Alter, Beruf und Bildungsabschluss. Allerdings wartet hier noch eine Besonderheit auf das Mitglied der Piraten. Nämlich die Frage nach der Schichtzuordnung. Hierbei wird das Mitglied gebeten, sich selbst einer sozialen Schicht zuzuordnen. Zur Auswahl stehen dabei: Oberschicht, Mittelschicht und Unterschicht. Dabei kann noch differenziert werden, so z.B: nach mittlerer Unterschicht oder oberer Mittelschicht. Der Hintergrund der Frage liegt in dem Interesse, wie sich die Mitglieder der Piraten selbst sehen. Hier wäre es interessant, ob es eine größere Diskrepanz, zwischen dem Bildung und Einkommen sowie der Selbsteinschätzung gibt.

Die allerletzte Frage gibt dem Pirat die Möglichkeit, Anmerkungen, Kritik loszuwerden sowie noch interessante Punkte vorzuschlagen, die in der Untersuchung fehlen.

4.4. Datenerhebung/Interviewablauf

Das Mittel der Wahl sind persönliche Interviews. Diese werden hauptsächlich im Bereich von Mainz bis Ludwigshafen geführt, damit die Reisezeit und -kosten noch in einem angemessenen Verhältnis zum Aufwand stehen. Alles was weiter weg ist, oder falls gewünscht vom Interviewteilnehmer, wird über Mumble abgewickelt. Mumble ist die Konferenzsoftware der Piraten, die Telefonkonferenzen über das Internet ermöglicht.

4.4.1. Technik

Die Infrastruktur und die Kosten für die Unterhaltung sowie Wartung der Hardware werden vom Landesverband Nordrhein-Westfalen der Piratenpartei getragen.

Die Software namens Mumble kommt aus dem Gaming Bereich, aber die Piraten haben sie für ihre Bedürfnisse angepasst. So hat z.B. jeder Landesverband für jede Gliederung und Arbeitsgruppe eigene Räume, in denen die Konferenzen oder lose Treffen (Für belangloses Geplauder stehen auch Räume zur Verfügung) stattfinden. Jede interessierte Person, kann sich im Mumble anmelden und sich in alle möglichen Konferenzen einklinken, egal, ob Bundesvorstand, Stammtisch, oder Landesarbeitsgruppe. Wobei einige Gremien wie z.B. der Landesvorstand oder das Schiedsgericht die Möglichkeit haben, sich in geschützte Räume zurückzuziehen, zu denen ein einfaches Mitglied keinen Zugang besitzt (wenn es nicht explizit von einem Mitglied mit Zugang eingeladen wurde). Dabei ist es egal ob eine Person Mitglied ist, oder nicht, dies wäre technisch auch nicht zu überprüfen. Allerdings haben die Konferenzteilnehmer jederzeit den Überblick wer gerade da ist (es gibt keine unsichtbaren Mithörer) und es besteht die Möglichkeit extra geschlossene, mit Passwort gesicherte Räume zu schaffen. Die Zugangsdaten für die Server stehen ebenfalls öffentlich auf den verschiedenen Internetseiten der Piraten, die auch Anleitungen für die Konfiguration anbieten. Dazu kommen noch eine Vielzahl verschiedener Räume, die sich mehr oder weniger ernsten Themen widmen. Vergleichbar mit den off-topic Sektionen von Internetforen, in denen über alle Themen abseits des Hauptforums diskutiert wird.

Mumble bietet für unsere Zwecke besonders interessant auch eine Aufnahmefunktion, mit denen man die Konferenz als Audiodatei protokollieren kann. Dies kann man ebenfalls nicht inkognito einschalten, alle Teilnehmer bekommen mit einem Signalton und einem sichtbaren Icon mitgeteilt, dass die Unterhaltung ab jetzt und von wem aufgezeichnet wird.

4.4.2. Veränderungen im Ablauf

Es gab eine unvorhergesehene Schwierigkeit während der Untersuchung: eine geringe Rücklaufquote. Eigentlich war es geplant, bestimmte Positionen im Landesverband, d.h. die mit ihnen besetzten Personen zu befragen. Allerdings war dies nicht möglich, da sich beim ersten Anschreiben an die betreffenden Menschen kaum Personen daraufhin für ein Interview positiv zurückgemeldet

haben, der Zeitraum betrug hier zwei Wochen. Also wurde beim zweiten Anschreiben der Ansatz, nur bestimmte Positionen innerhalb des Landesverbandes zu untersuchen, aufgegeben. So wurden viele andere Positionen angeschrieben, auch diejenigen, welche als weniger wichtig oder kritisch angesehen wurden. Als auch das nicht zu einer merklichen Steigerung der Beteiligungszahlen geführt hat, wurde auch dies aufgegeben und jeder befragt, der mitmachen wollte und Mitglied der Piratenpartei Rheinland-Pfalz war, sowie zumindest mehrere Monate bei den Piraten aktiv war, um von einer gewissen Ahnung über die Strukturen ausgehen zu können. Als Folge davon gab es nur eine grobe Einteilung in Elite und Basis nach der oben aufgeführten Arbeitsdefinition. Die geringe Rückmeldequote war überraschend, weil beim Pretest das Interesse hoch war und sich dafür schnell Leute gefunden hatten. Auch wurde erwähnt, dass Arbeitsgruppen eine Art Umfrage durchführen können, wenn sie ein Meinungsbild von Seiten der Mitgliedschaft hinsichtlich ihrer Themen haben wollen. Dafür gibt es einen Pool von Piraten, der sich für die Abfrage eines solchen Meinungsbildes zur Verfügung stellt und dies auch regelmäßig macht. Von daher wurde angenommen, dass zumindest ein Teil der Mitglieder sich doch etwas aktiver beteiligen würde. Es wurde auch der Landesvorsitzende angerufen, der über die allgemeine Mailingliste in RLP um die Beteiligung warb (Diese Mailingliste haben aber auch nicht alle Mitglieder abonniert, so dass nicht alle verpflichtend die Nachricht bekommen haben müssen). So wurden doch noch einige Mitglieder aktiviert und erklärten sich bereit, an der Untersuchung teilzunehmen.

Die teilnehmenden Personen warben um andere Teilnehmer und haben meisten so 1-2 Personen zusätzlich mitgebracht. Das bedeutet, dass jeder der befragt wurde, noch gebeten wurde in seiner Regionalgruppe um die Teilnahme zu werben und ob die Person noch weitere Mitglieder kennt, die teilnehmen würden. Dies war notwendig um eine die Anzahl der teilnehmenden Personen zu steigern. Also wer interviewt wurde, hat in der Regel auch andere mitgebracht, so dass es am Schluss durchaus eher wie ein Netzwerk war, das befragt wurde. So verlief die Untersuchung in Schüben, die Bereitschaft zur Teilnahme war maßgeblich von Ansprache der Befragten an weitere Mitglieder und von Hinweisen auf gesprächsbereite Personen abhängig. Dies war ein notwendiger Kompromiss zwischen genau ausgewählten Befragungspersonen und der völligen Aufgabe von Standards bezüglich der zu interviewenden

Personen, um schlussendlich immerhin 12 Leute für die Untersuchung gewinnen zu können. Es ist bewusst, dass das Ergebnis der Untersuchung aufgrund dessen nur ein sehr holzschnittartiges Bild von den Strukturen und der Diversität der Meinungen der Mitglieder geben kann.

Es gibt mehrere mögliche Faktoren, die zu der geringen Anzahl der Rückmeldungen geführt haben könnten: Zum einen könnte der anstehende Wahlkampf einerseits Kapazitäten der Mitglieder gebunden haben, so dass weniger Zeit für ein Interview zur Verfügung gestanden hat. Ebenfalls könnte es sein, da das Thema etwas heikel ist, man eine mögliche negative Presse befürchtet hat, falls man zu kritisch über die eigene Partei spricht. Zumal die Aufmerksamkeit der Medien im anstehenden Wahlkampf über das normale Maß hinaus erhöht ist. Vielleicht hat auch die turbulente Medienberichterstattung im Zeitraum der Untersuchung um den Piraten Johannes Ponader in Berlin, die eben erwähnten Befürchtungen verschärft oder überhaupt erst geschaffen.

Es kann auch sein, dass das Thema der Untersuchung etwas sperrig war und sich Mitglieder davon etwas abgeschreckt gefühlt haben könnten. In Verbindung damit könnte auch die Selbsteinschätzung treten, dass man vielleicht auch nicht qualifiziert gewesen wäre, an der Untersuchung teilzunehmen. Möglicherweise hat es auch am Interviewer gelegen, nur das Anschreiben per Email und darauf folgende Rückmeldungen haben nicht ausgereicht, zum Teil wurden auch Stammtische besucht. Vielleicht wäre der Zugang zum Feld über andere (digitale) Kommunikationskanäle oder die Kombination davon erfolgversprechender gewesen. Möglicherweise wäre aufgrund der oben erwähnten Netzwerkstruktur auch ein forciertes physisches Besuchen der jeweiligen Kreisverbände, Stammtische und sonstiger Treffen erfolgreicher gewesen.

Es gab noch zwei weitere Punkte, die in der Arbeit nicht berücksichtigt werden konnten. Leider konnte eine genauere Analyse des Verhaltens, Diskussions- und Arbeitsweise in einer AG nicht stattfinden, da die gerade dafür ausgewählten Personen sich wie oben erwähnt nicht zurückgemeldet hatten. Teilweise wurde auch die Teilnahme seitens der betreffenden Mitglieder direkt verweigert, begründet wurde dies einer grundsätzlichen Nein-Haltung gegenüber Befragungen oder auch mit dem Wissen um interne sensible Daten,

die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren.

Es war auch ein Abriss und die Umsetzung von Liquid Feedback im Landesverband Rheinland-Pfalz geplant, aber da der Landesverband Rheinland-Pfalz dies nicht nutzt, machte es auch kein Sinn, sich damit zu beschäftigen. Für eine tiefergehende Untersuchung der Alternativen war zu wenig Zeit vorhanden. Dies gilt im Besonderen, da diese bei den Piraten selbst noch in der Entwicklungsphase stehen.

5. Auswertung

Insgesamt wurden 12 Leute befragt. Davon sind nach obiger Definition 7 der Elite zugehörig, 5 gehören zur Basis. Bei zwei der Elite zugehörigen kann man geteilter Meinung sein, weil diese ehemalige Koordinatorenposten bekleidet haben. Da diese allerdings nicht wirklich Positionen mit Macht sind und eher als Verwaltungsposten angesehen werden können, kann man diese statt zur Elite auch zur Basis zählen. Es wird sich aber an die bisherige Kategorisierung gehalten. Auch wenn die geringe Rücklaufquote repräsentative Aussagen verbietet ist anzumerken, dass die Aktivenquote im Rahmen der Untersuchung auf fast einstimmig 10% geschätzt wird. Der Landesverband hat im Juli 2013 genau 1050 Mitglieder, davon sind 815 stimmberechtigt. Diese Unterscheidung beruht darauf, dass nur stimmberechtigt ist, wer auch seinen Beitrag zahlt, die Differenz sind „Karteileichen“ wie dies ein Befragter formuliert hat. Aufgrund der Aktivenquote von ca. 10 % und 815 Mitglieder, die zumindest Beitrag zahlen, gibt es im Landesverband rund 80 Aktive. Allerdings wird auch geäußert, dass es auf Kommunalebene Aktive gibt, die man nicht wirklich im Blick hat, die diese Schätzung nach oben korrigieren könnten. Von diesen Aktiven wurden 12 Personen befragt. Die Auswertung wird eingeteilt nach den Kategorien des Fragebogens vorgenommen und Frage für Frage durchgegangen. Wenn im Laufe dieser Arbeit von „mehrheitlich“ oder „Mehrheitsmeinung“ u.ä. gesprochen wird, dann bezieht sich das auf die Anzahl der interviewten Personen. Wenn von meistens oder fast alle gesprochen wird, wurde sich fast einstimmig für oder gegen etwas positioniert. Alles andere sind Einzelmeinungen oder betreffen eine geringe Anzahl der Befragten. Dies wird

im Text kenntlich gemacht. Zwischen den Fragen ist jeweils eine Leerzeile, bei größeren Fragen, wenn es z.B: eine Auswertung hinsichtlich positiv und negativ erfolgt, trennt die einzelnen Punkte ein Absatz. Am Ende erfolgt eine Interpretation der Ergebnisse im Hinblick auf mögliche Tendenzen hin zur Oligarchie.

5.1. Delegierten und Parteitage

Alle Befragten waren bei mindestens einem Landesparteitag dabei gewesen. Zwei haben diese nach eigener Aussage mitorganisiert. Als sehr positiv wurden zum großen Teil drei Faktoren genannt: Der erste war, dass man die Leute kennenlernt. Dies ist bei den Piraten besonders wichtig, da viel online stattfindet und die Landesparteitage als die zentralen Versammlungsorte wahrgenommen werden. Ebenfalls als sehr positiv wurde das Zusammensein angesehen wobei die Abendveranstaltung herausgehoben wurde. Ein Pirat hatte es mit „socialising“ bezeichnet. Als mit Abstand am positivsten angesehen wurde das produktive Arbeiten am Landesparteitag. Ebenfalls wurden die sachlichen Debatten und die wenigen GO Schlachten erwähnt. Geschäftsordnungsschlachten bezeichnet die Situation, wenn jemand sein Anliegen als besonders wichtig einstuft und per Geschäftsordnungsantrag dafür sorgen will, dass z.B sein Antrag vorgezogen wird. Der Sinn dahinter besteht darin, einer Nichtbehandlung aus Zeitmangel vorzugreifen. Desweiteren positiv erwähnt wurden eine generelle angenehme Entwicklung der Landesparteitage im Vergleich zu den Bundesparteitagen oder LPT von anderen Landesverbänden. Negative Aspekte gibt es um einige weniger, wobei einer hervorsteicht. So wurden wiederholte Zustimmungsbekundungen als überflüssig angesehen, weil dies Zeit kostet. Desweiteren wurden Aspekte genannt, wie eine chaotische Organisation, fehlende Konzentration und Trolle. Jemanden als Troll zu bezeichnen ist in diesem Zusammenhang Internetslang, gemeint ist damit ein destruktiven Diskussionsteilnehmer im Vorfeld. Weitere negative Punkte sind eine Nichtbehandlung von Anträgen, aber ergänzt, dass sich dies mittlerweile gebessert hat. Es wurde auch kritisiert, dass aufgrund der vielen Anträge angereiste Piraten sich nicht entsprechend vorbereiten konnten und bei

Anträgen, die eigentlich einer größeren Widmung bedürfen, spontan entschieden wird.

Bei den Reden gibt es keine Abstufungen in ihrer Wichtigkeit, welche sich z.B. in der Reihenfolge oder Dauer ausdrückt. Eine Rede dauert höchstens zwischen 5-10 Minuten. Sie sind auch nicht zur Anfeuerung gedacht, oder um alle auf ein Thema einzuschwören. Es ist auch nicht gewöhnlich, dass sie überhaupt gehalten werden, wenn überhaupt finden sie in den Pausen statt, d.h. ohne verpflichtende Aufmerksamkeit seitens der Mitglieder. Allerdings ist interessant, dass bisher immer jemand aus dem Landesvorstand eine Rede hält und/oder der anwesende Bürgermeister.

Was Leitanträge angeht, sind die meisten der Ansicht es gibt keine und dass der Lavo auch keine derartigen einbringt. Aber es wurde auch geäußert, dass es die gibt, nur dass sie in der Antragsflut nicht als solche zu erkennen wären.

Es ist Mehrheitsmeinung, dass die Landesparteitage keine Darstellungen der Partei sind, sondern eher den Charakter von Arbeitstreffen haben. Dabei wurde angemerkt, dass ein darstellungsorientierter LPT nicht viel Sinn hat, weil nicht viel Interesse dafür da ist. Allerdings wurde angemerkt, dass mittlerweile die Aufmerksamkeit an den LPT steigt, da die Presse, Externe und interessierte Bürger daran teilnehmen. Von daher sollte man die Öffentlichkeit für sich nutzen und mehr in Richtung Darstellung der Partei gehen. So wird auch der Druck größer auf die Vorsitzenden, Reden für die Öffentlichkeit zu halten.

Bei den Ansprüchen an die Mitglieder bezüglich der Anträge auf den LPT sind die Meinungen etwas differenzierter. Eine knappe Mehrheit sagt, dass die Anspruch gleich geblieben sind und schon immer überdurchschnittlich hoch waren. Ein anderer Teil sagt, dass es anfangs noch um Grundsatzfragen ging, die man überschauen konnte, aber mittlerweile immer mehr um Detailfragen geht und diese schwerer zu verstehen sind, bzw. generell die Ansprüche steigen, in der Komplexität der Themen, als auch in der Anzahl der Anträge. Unter anderem dieser Punkt wird in einem interessanten Zusammenhang wieder erwähnt. So bringt er andere Teilnehmer dem Eindruck, dass sich ein Art Zeitelite herausbildet, welche in dem Sinn privilegiert ist, dass sie genug Zeit haben, sich an den Parteitagen umfassend zu beteiligen und sich mit genug Müße den Anträgen zu widmen um qualifiziert abstimmen zu können. Dies

passt mit der Äußerung zusammen, dass der Fall zunimmt, dass sich die Regionalgruppe unter sich austauscht und dann abstimmt, bzw. in ihrem Abstimmungsverhalten auch mehr auf Leute verlässt, die scheinen Ahnung von den jeweiligen Themen zu haben.

Es gibt keine Delegierten und jeder darf kommen. Passend zur oberen Aussage haben die Piraten trotzdem keinen Massenansturm auf ihren LPT zu erwarten. Es gibt den Fall, dass es einerseits einen harten Kern gibt, der immer hinfährt, ein Pirat hat das so ausgedrückt: „Die aktiven Piraten kennt man irgendwann“. Andererseits ist es so, dass es zu diesem harten Kern auch einen großen Teil gibt, der öfters durchwechselt, dass also aus den Regionalgruppen in wechselnder Besetzung zusätzlich zum harten Kern immer andere Leute hinfahren. Kritisch angemerkt wurde, dass die räumliche Nähe ein Kriterium für die Teilnahme bei einigen Piraten ist, sowie Geld und wieder Zeit als beschränkende Faktoren für die Teilnahme an einem LPT auftreten.

5.2 Führungspositionen

Alle sind sich einig, dass es keine Führungsgruppe gibt. Und die meisten halten das auch für unwahrscheinlich, zumindest in RLP. Dafür werden mehrere Gründe angeführt: Erstens gibt es keine organisierten Gruppen die vorhaben sich zu etablieren. Zweitens werden die Piraten als sehr heterogen angesehen, was davor einen gewissen Schutz davor bietet. Drittens ist RLP als Landesverband zu klein und unbedeutsam als dass dies als möglich erachtet wird. Viertens und als wichtigsten Punkt gegen eine solche Etablierung wird die Einstellung der Basis gesehen. So ist die Basis an sich bereits kritisch gegenüber Hierarchien eingestellt und die meisten sind der Ansicht, dass die Basis mögliche Versuche sehr schnell durchschauen und abstrafen würde.

Allerdings gibt es hier auch skeptischere Stimmen. So wird die Situation in Rheinland Pfalz sehr entspannt gesehen, aber auf Bundesebene haben einige dagegen ein diffuses Gefühl, dass etwas derartiges passieren wird. Dies wird begründet damit, dass Entscheidungen seitens der Bundesebene nicht mehr so *laut* veröffentlicht werden. Also alles läuft nach den Regeln der Transparenz,

aber es macht zunehmend Mühe, auf dem Laufenden zu bleiben. Auch werden, teilweise auch in RLP, zwar keine organisierten Gruppen als Gefahr angesehen, aber dafür einzelne Menschen kritisch beäugt. Dies trifft im Besondern auf Charismatiker zu. Einzelne Stimmen sehen kritisch, dass auch Kandidaten der Landesliste mehr ihrer Karriere zugeneigt sind und dass es immer die gleichen Aktiven sind, die sich kennen und absprechen.

An möglichen Punkten, die eine Tendenz zur Verfestigung einer Oligarchie aufzeigen könnten, werden der Bundesvorstand, die Presse AG und das Schiedsgericht genannt.

Es gibt keine festgelegte Institution, die sich um die innerdemokratische Kultur kümmert. Fast alle sehen die Basis als diejenigen an, die sich bei Verletzung von innerparteilichen Standards regen und darauf aufmerksam machen, durchaus auch etwas heftiger. Das wird nach Ansicht von einigen noch ergänzt durch Formalia und gewählte Personen, die auf physischen Treffen Leitungsaufgaben übernehmen oder der Landesvorstand, der bei zu heftigen Debatten regulierend aktiv wird. Als Gruppe, welche die Diskussionskultur positiv befördert, wurde die AG Meinungsfindung genannt, indem sie neue Meinungsfindungstools entwickelt, in Ablehnung vom kritisierten Liquid Feedback.

Bei der Frage nach der Anzahl der Führungspositionen sind sich die meisten einig. So bleibt die Anzahl an sich gleich. Das einzige was bei Anzahl der Vorstandsämter steigt, ist wenn sich neue Kreisverbände gründen und so automatisch Posten geschaffen werden. Allerdings gibt es nach Ansicht der Piraten keine Posten, die etwas mit Führung zu tun haben, sei es Beauftragungen, Ämter auf Kreis- oder Landesebene. Die Ämter des Landesvorstands werden nicht als Führungspositionen angesehen, sondern eher als Verwaltungsposten. Dies gilt im Besonderen für Mitglieder des Landesvorstands. Es wird nur angedacht weitere Ämter zu schaffen, diese allerdings im Niveau von Beisitzern, um die Verwaltungsarbeit auf mehrere Leute zu verteilen.

Bei der politischen Bildung gibt es auch keine auffälligen gegenläufigen Meinungen der Befragten. Eine instutionalisierte Stiftung oder ein Bildungswerk

gibt es nicht. Dem Ganzen am nächsten kommt das Barcamp (Hierbei werden Räume angemietet und einzelne Mitglieder halten Vorträge, Workshops usw.). Hier gibt es auch keine organisierten Schulungen, das kommt erst in der letzten Zeit vor der Bundestagswahl auf und auch das eher auf Bundesebene. Auf dem Barcamp wird auch weniger vorgeschrieben was gelehrt wird, sondern es funktioniert eher so, dass Mitglieder von sich aus verschiedene Themen einreichen, wie z.B. einen Vortrag über Demokratie 2.0.

Das Thema Autoritätskritik wird wie oben erwähnt nicht gelehrt und auch nicht als Thema behandelt. Es wird zum einen die Ansicht vertreten, dass viele Piraten dieses Denken bereits mitbringen und spätestens durch ein sich Einbringen in die Strukturen selbst erfahren und auf diese Weise von sich aus lernen.

Bei den Beauftragungen gehen die Meinungen weit auseinander. Die meisten sind der Meinung, dass für bezahlte Beauftragungen kein Geld da ist, auch auf längere Zeit nicht. Dann gibt es die Meinung, dass man zuerst Pressearbeit bezahlen sollte. Andere halten die Verwaltungsarbeiten für wichtiger. Wieder andere befürworten zuerst die Landesgeschäftsstelle. Bei den Beauftragungen an sich gibt es wieder zwei Ansichten: Die eine ist der Meinung, dass man die Anzahl der Beauftragungen zurückfahren sollte aufgrund der starren Formalität, die damit einher geht. Die Andere hingegen ist der Meinung, dass es überhaupt keine Beauftragungen geben sollte, weil die ganzen Themenfelder Vorstandsarbeit sind, zumal die Beauftragungen nicht so stark legitimiert sind wie der Landesvorstand, der direkt vom Landesparteitag gewählt wird. Eine konträre Ansicht ist die, dass die Beauftragungen noch weiter ausgebaut werden sollten, weil man so die Arbeit an hoch motivierte Ehrenamtliche übergeben kann, die sie besser ausführen können als ein halbherziges Vorstandsmitglied.

Bei der Frage nach der persönlichen Meinung, ob Beauftragungen bezahlt werden sollten, gibt es einen ganzen Strauß von Ansichten und wenn-dann Bedingungen. So vertritt ein Großteil die Ansicht, dass man sie bezahlen sollte, falls das Arbeitspensum eine Vollzeitarbeitsstelle erreicht. Ein anderes Argument führt den Grund an, dass man mit ehrenamtlichen Beauftragungen nur die erreicht, die Zeit und Lust haben, etwas zu machen, während man mit

finanziellen Anreizen, d.h. Gehalt, eher die Besten für die Aufgaben finden würde. Ein anderer befürwortet eine Bezahlung nur bei Verwaltungstätigkeiten, ein anderer hingegen nur bei hochqualifizierten Spezialistenaufgaben.

Diejenigen, die eine Bezahlung ablehnen, führen mehrere Argumentationen ins Feld. So wird bei einer Bezahlung die Motivation für die Aufgabe sinken, da der finanzielle Anreiz auf eine Verschiebung der Motivation hinwirkt, konträr zum oben angeführten Argument. Das nächste Argument spricht sich gegen eine Bezahlung bei Beauftragungen hinsichtlich politischer Themen aus. Der nächste findet eine Beauftragung, die nur halbtags ausgeführt wird, als nicht bezahlungswürdig. Auch gibt es die Ansicht, dass bei einem kleinen Landesverband wie Rheinland-Pfalz auf absehbare Zeit weiterhin alles ehrenamtlich gemacht werden kann und eine Bezahlung nicht notwendig ist. Das letzte Argument bezieht sich wiederum auf die negativen Anreize, die eine mögliche Bezahlung verursachen kann. So könnte diese Karrieristen anziehen und eine Nichtbezahlung senkt das Risiko, eine solche Person zu beauftragen.

Bei der Landesgeschäftsstelle sind sich fast alle einig darin, dass sie prinzipiell eine Lgst befürworten, nur die Prioritäten und die Begründungen sind verschieden. Einige sind dafür, wenn man genug Geld hat, gleichzeitig auch Personal einzustellen, das dort arbeiten kann. Einige wollen, dass dort Verwaltungsaufgaben erledigt werden. Andere sehen eher die Funktion eines Infopunkts für die Region als wichtig an. Ebenfalls als praktisch gesehen werden dortige AG Treffen, während einige es als Materiallager gebrauchen wollen, wobei man die verschiedenen Anforderungen und Nutzungspläne durchaus auch miteinander kombiniert.

Die Tendenz hin zu einer zentralisierten Führung sieht niemand der Befragten auf Landesebene. Allerdings sind einige der Meinung, dass es diese Tendenzen auf Bundesebene gibt, wie das auch schon bei vorherigen Fragen angeklungen ist. Was hierbei auch geäußert wurde, ist dass eine straffere Organisation zu sehen ist, in der strukturierter gearbeitet wird. Aber dies wird nicht als zentralisierte Führung aufgefasst.

Bei den Vorentscheidungen des Landesvorstandes gibt es die fast einheitliche Ansicht, dass es diese nicht gibt. In den Fällen, wo diese als existent

angesehen wurde, ging eine nicht ausreichende Beteiligung seitens der Basis dem voraus. Ebenfalls wurde die Meinung geäußert, dass sich der Landesvorstand sehr bewusst in solchen Angelegenheiten zurückhält und auf Entscheidungen des Landesparteitages wartet. Einige haben angemerkt, dass eine Delegation nur an Beauftragte stattfindet und dann auch nur in einem begrenzten Rahmen bezüglich verwaltend-organisatorischer Sachen.

Bei den Entscheidungen des Lavos sind die meisten der Meinung, dass sie umstritten sind, wobei nach Ansicht der Mehrheit der Befragten vieles umstritten ist, wenn es nicht einstimmig beschlossen wird. Dafür ist kein einziger der Meinung, dass Entscheidungen unsauber, d.h. unrechtmäßig zustande gekommen sind.

Die Themen, welche den Befragten bei umstrittenen Entscheidungen einfielen, sind vier Stück: Erstens sind das unterschiedliche Auffassungen zwischen Landesvorstand und Kreisverband. Zweitens sind es ungünstig gelegte Termine für Landesparteitage, die allerdings nach Kritik bald revidiert wurden. Drittens wurden Entscheidungen skeptisch beäugt, die zu fortgeschrittener Stunde auf LPT gefällt wurden, da nicht mehr viele Mitglieder anwesend waren. Ebenso wenn Entscheidungen auf zahlenmäßig kleinen Landesparteitagen gefällt wurden und praktisch nur ein kleiner Teil der Piraten Beschlüsse fasst, die bindend sind für den ganzen Landesverband. Viertens ging es um Entscheidungen, die hart an der Grenze waren, sämtlich um Finanzierungen von anderen Landesverbänden, die RLP nicht betreffen.

5.3 Organisation

Die erste Frage im größten Block der Untersuchung bezieht sich darauf, ob die befragte Person die Piratenpartei als heterogen oder als homogen in ihrer politischen Richtung wahrnimmt.

Fast alle sehen sie allgemein als heterogen an. Wenige sind der Meinung, dass es themenbezogen ist, wenn die Mitgliedschaft verschiedene Meinungen hat, oder nicht. Einige schätzen an der Heterogenität die vielen Diskussionen, die daraus entstehen. Andere sehen darin aber auch die Schwierigkeit, alle unter

eine Hut zu bringen und zu gemeinsamen Meinungen zu kommen, auch weil durchaus als abstrus, abwegig empfundene Ansichten vertreten werden.

Bei der Frage zu den Strömungen gibt es eine sehr große Bandbreite an Ansichten. Fast jeder hat hierbei eine andere Ansicht. Einige sehen, Strömungen an sich als weniger ausgeprägt, gerade in Rheinland-Pfalz, bei anderen Landesverbänden ist dies anders. Die einzige Strömung, die mehrere Personen als existent ansehen sind die Kernis und Vollis. Mit Kernis werden diejenigen Piraten bezeichnet, die nur Kernthemen im Programm der Partei und diese auch entsprechend gewichtet sehen wollen. Vollis dagegen wollen dagegen ein Vollprogramm, d.h. dass sich die Partei auch zu Themen äußert, die außerhalb der klassischen Kernthemen liegen, wie z.B. der Außenpolitik. Das andere war das Thema Liquid Feedback, welches in der ganzen Piratenpartei heiß diskutiert wird bundesweit als am Größten angesehen wird. Dann wurden auch viele einzelne empfundene Strömungen genannt. So gibt es das Thema der Steuer-CD's (also ankaufen oder aus Datenschutzgründen nicht ankaufen) an dem die Meinungen auseinandergehen.

Auch werden die Gegenpole Wirtschaftsliberalismus und staatliche Regelungen die aufs Gemeinwohl ausgerichtet sind, als gegensätzlich wahrgenommen. Das gleiche gilt für die beiden Richtungen konservativ und libertär, welche nicht weiter ausgeführt wurden. Auch gab es mal eine Strömung die sich „Spackeria“ nannte und die Ansicht der Post-Privacy vertreten hatten. „Post-Privacy“ sind Leute, die Privatsphäre für überholt halten, alles ist öffentlich und kann ins Internet gestellt werden. Diese soll mittlerweile leiser im Auftreten geworden sein. Als „Aluhutfraktion“ wurden diejenigen bezeichnet, die über eine berechnete Skepsis hinausgehend hinter allem (und besonders Onlineabstimmungstools) Manipulationen und Verschwörungen vermuten, dies sind mehr als nur singuläre Ansichten. Ebenfalls gibt es auch Gruppen, die Genderthemen (Frauenrechte, Transgender, usw.) in der Piratenpartei stark machen wollen und gerade dabei sind, sich zu formieren.

Trotz großer inhaltlicher Unterschiede werden aber auch der sachliche Umgangston positiv erwähnt, wobei gleichzeitig eine Art von Supervision als sinnvoll erachtet wurde. Interessant ist dabei, dass die neu dazukommenden Piraten einen eher konservativen aktiven Führungsstil in der Partei befürworten, während bereits länger aktive Piraten genau dies ablehnen. Da jeder Zugang zu

den gleichen Kommunikationsmitteln (online wie offline) hat, gibt es auch keine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Gruppen im Zugang zu den Mitgliedern.

Bei der Frage zur demokratischen Kontrolle des Landesvorstands hat niemand die Kontrolle überhaupt in Frage gestellt, es wurden Beispiele gebracht, dass es eher gut funktioniert. Die beiden wichtigsten Punkte, die von den meisten als ausschlaggebend erachtet wurden, waren zum Einen, dass die Sitzungen öffentlich im Mumble stattfanden, also jeder einfach dazukommen kann, falls es gerade nicht um personenbezogene Dinge geht. Zum Anderen ist die Öffentlichkeit der Protokolle ein Faktor zur Kontrolle des Landesvorstands hinsichtlich Transparenz der Vorstandsarbeit, der oft genannt wurde. Weiterhin gibt es einzelne Stimmen, die verschiedene formale Gründe anführen, wie die verpflichtenden Tätigkeitsberichte seitens des Landesvorstands, die Aussprache und die Entlastung auf dem Landesparteitag. Dazu kommt das Landesschiedsgericht, welche eine Kontrollfunktion ausübt, sowie die kurze Wahlperiode, welche die Option ermöglicht, Druck hinsichtlich einer möglichen Abwahl aufzubauen. Als weitere Gründe, warum es keine Bednken hinsichtlich einer heimlichen Ermächtigung des Landesvorstands wurden ein geringes Machtbewusstsein im Landesvorstand selbst, als auch eine hohe Wachsamkeit der Basismitglieder genannt.

Zur Gründung gab es die Antwort, dass die unterste Gliederung bei der PP RLP die Kreisverbände sind, Crews und Ortsverbände gibt es nicht. Gleichzeitig gibt es aber informelle Stammtische als Anlaufpunkte und Regionalgruppen, die eine Struktur in der Region bieten. Diese werden ergänzt durch eine Art virtuellen Kreisverband. Dies soll z.B. Regionalgruppen ein bestimmtes Budget zur Verfügung stellen und zu Aktionen befähigen, auch ohne dass ein formeller Kreisverband in der Region besteht. Dies soll zum einen verhindern, dass sich keine Kreisverbände gründen, die nicht arbeitsfähig sind, weil die Aktiven durch ihre Verwaltungsarbeit bezüglich des Kreisverbandes überlastet werden, als auch finanzielle Belastung und Mehrarbeit für den Landesvorstand verhindern, die jeder aktive Kreisverband verursacht. Die steht dabei in Relation zur Zahl der Aktiven im Kreisverband.

Die Menschen die sich bei den unteren Gliederungen der Piraten engagieren,

werden beschrieben, als eine bunte Mischung von Interessierten Leuten und die Zusammensetzung ist hierbei unterschiedlich. So sind es teilweise Menschen, die aus anderen Parteien zu den Piraten stoßen, als auch Altpiraten, die bei mehreren Stammtischen dabei sind, als auch einfache Interessierte. Dabei macht es allerdings schon einen Unterschied, ob die Gleiderung in einer Universitätsstadt liegt, oder mehr in ländlichen Regionen.

Vorraussetzungen zur Gründung bzw. Mitarbeit an die einzelnen Leute gibt es keine, wobei eine gewisse Bildung und Erfahrung hilft bei der Gründung und besonders ein größeres Zeitbudget wichtig ist, um eine dauerhafte Mitarbeit zu etablieren.

Bei dem Thema Mitgliederzahl herrscht Einstimmigkeit, dass es keine Anweisung von oben gibt, Mitglieder zu werben oder eine bestimmte Quote zu erreichen. Auch wurden bisher noch keine Mitgliederwerbungskampagnen mit eben jenem Ziel gefahren. Ergänzend wurde angemerkt, dass für solche Kampagnen sowieso die personelle Kapazität an vorhanden Aktiven viel zu gering ist. Dazu wurde ergänzt, dass die beste Werbung Wahlkampfzeiten und ein Einzug ins Parlament sind, statt Kampagnen. Ebenso wird in Bezug auf Werbekampagnen die Attraktivität der Piratenpartei bezweifelt. So sind die Kernthemen der Piratenpartei nicht die, welche große Teile der Menschen ansprechen und zum anderen haben andere Parteien mehr hinsichtlich Beruf und Karriere zu bieten, als die Piratenpartei, was Interessierte eher zu anderen Parteien gehen lässt.

Zu den Mitgliedern haben einige gesagt, dass es um einiges wichtiger ist, dass sich die Leute einbringen und nicht dass sie formell Mitglied sind. Hierbei spielt auch die Unterscheidung zwischen Mitglied und stimmberechtigten Mitglied eine Rolle. Mitglied kann jeder recht einfach werden, auch ohne Beitrag zu bezahlen. Als stimmberechtigt angesehen und gezählt wird man allerdings erst, wenn auch seinen Beitrag (1% vom monatlichen Nettoeinkommen). Auf diese Art soll eine Differenzierung von Mitgliedern, die zumindest mal ihren Beitrag zahlen und denjenigen möglich werden, die nicht mal das tun und möglicherweise nur *Karteileichen* sind. Damit soll zum einen ein künstliches Aufblähen von Mitgliederzahlen verhindert werden als auch zumindest sozialer Druck aufgebaut werden, seinen finanziellen Beitrag zu entrichten. Damit steht im Zusammenhang, dass es auch das Bedürfnis gibt, die Leute rauszuwerfen,

die nicht Mitglied sind, dies aber satzungsmäßig noch nicht möglich ist.

Die Disziplinierungen werden in der Anzahl im niedrigen einstelligen Bereich angesehen. Es werden zwar gerne Ordnungsmaßnahmen gefordert, aber es gibt ein hohes Toleranzlevel in der Piratenpartei und damit der Landesvorstand eingreift, muss sehr deutlich eine hohe Grenze überschritten werden.

Die Anlässe hierfür sehen die Befragten, in eskalierenden Diskussionen, im Ignorieren von Entscheidungen des Landesvorstands, einige im unautorisierten Verschicken von Pressemitteilungen, in Verstößen gegen die Satzung, sowie im Offenlegen von privaten Daten. Bei der Bewertung der Auswirkungen von Ordnungsmaßnahmen gibt es allerdings Zweifel ob die wirken, weil einzelne Mitglieder wiederholt und vorsätzlich dagegen verstoßen.

Bei der Frage nach widersprechenden Zielen, bzw. der Opferung von Grundprinzipien sind die meisten der Meinung, dass dies nicht passiert. So wird angeführt, dass der Landesparteitag Entscheidungen immer zurücknehmen kann. Auch wurde die Einschätzung genannt, dass die Basis eine Opferung von Grundprinzipien zugunsten von Prozenten nicht mitmachen würde.

Kritisch wurde aber auch angemerkt, dass es immer eine Abwägungssache im Spannungsfeld von Datenschutz und Transparenz ist und es daher auch immer Unzufriedenheit mit Entscheidungen geben wird. Langfristig wird die Entwicklung mit Skepsis betrachtet, dass hin und wieder Automatismen durchkommen, welche Personen mit Amt anwenden. Ebenso wird sehr kritisch gesehen, dass von den Leuten die zu den Piraten kommen, der Anteil höher ist derer die Realpolitik machen wollen und so weniger die Visionen und Ideale der Piratenpartei einer direkten Demokratie mit selbstständigen Entscheidungen teilen.

Bei der Frage nach der Ersetzbarkeit ist die mehrheitliche Ansicht, dass jeder ersetzbar ist. Es gibt immer noch einen im Landesverband, der ebenfalls über spezielle Qualifikationen verfügt. Es gibt keine Konzentration von Sachinformationen, die einzelne unentbehrlich machen.

Allerdings werden einige Personen genannt, die besonders viel machen für die Partei, die sich äußerst engagiert einbringen. Da würde es schwer, jemanden zu finden, der die Arbeit so gut macht oder soviel vom Aufwand leisten kann. So

gibt es auch von einigen die Meinung, dass aufgrund der dünnen Personaldecke in Rheinland Pfalz praktisch jeder unersetzbar ist, besonders diejenigen, die sich besonders viel einbringen oder lange eingearbeitet haben.

Mit der obigen Frage in Verbindung stehen wertvolle Fähigkeiten, die von besonderem Interesse für den Landesverband sind, hier gibt es unterschiedliche Meinungen. Einige sind der Meinung, dass es diese nicht gibt. Aufgrund der hohen Heterogenität der Piraten gibt es genug Leute mit unterschiedlichen Fähigkeiten, so dass keine besonders seltenen und damit wertvollen Fähigkeiten gibt. Ebenfalls wird darauf geachtet, dass seltene Fähigkeiten weitergegeben werden.

Es gibt aber auch Stimmen die sich skeptischer äußern. So gibt es immer zuwenig Leute, die sich mit bestimmten Sachen auskennen. Genannt werden hierbei z.B. die Schatzmeisterei oder der Bereich Datenschutz sowie Leute, die die Vernetzung innerhalb der Piraten gewährleisten. So werden aufgrund der momentanen Situation organisatorische Fähigkeiten besonders gefragt. Auch wird das Fehlen einer Galeonsfigur der Piraten in Rheinland Pfalz genannt.

Beim regelmäßigen Führungswechsel gibt es wieder ein einheitlicheres Bild: So sind einige der Ansicht, dass bei den Wahlen immer einige der selben Leute in den Vorstand gewählt werden. Dabei ist im Landesvorstand aber eine größere Konstanz zu sehen, als es bei der restlichen Piratenpartei üblich ist. Die meisten sind der Meinung, dass es bei einem Personenwechsel nicht zu einem Wechsel in der Politik kommt und messen deshalb einem Wechsel im Landesvorstand auch nicht so viel Bedeutung bei. So hat der Landesvorstand bei den Piraten keine Macht und Führungsaufgabe im eigentlichen Sinn, diese Aufgabe hat der Landesparteitag mit seinen Beschlüssen.

Bei dem Thema der Presse AG ist die Lage etwas komplizierter. Dort kann jeder mitmachen, aber im Gegensatz zu anderen Arbeitsgruppen ist eine Anmeldung notwendig, was nicht unumstritten ist. Der Hintergrund ist, dass es ein sensibler Bereich ist, in dem man keine Leute mit destruktivem Verhalten haben will und es soll auch ein gewissen Vertrauen herrschen, weil nicht alles was bei der Presse AG landet, direkt für die Öffentlichkeit geeignet ist. Dazu kommt, dass nur wenige Personen befugt sind, Pressemitteilungen offiziell freizugeben.

Einige bescheinigen ihr eine sehr gute Arbeit. Viele sehen die Arbeit in der Presse AG allerdings sehr negativ. Der Punkt, dass PM's mit der Presse AG vor dem Verschicken an die Presseöffentlichkeit abgestimmt werden sollen, wird teilweise als kritisch und teilweise als gut angesehen.

Die Gründe für die negative Sicht der AG sind mehrteilig. Zum einen gibt es wenig aktive Mitglieder, die dort mitarbeiten. Gleichzeitig sind diese auch von einem gewissen Motivationsverlust betroffen. Dazu wird auch die strukturelle Situation kritisiert, dass durch die geringe Anzahl von Personen, die eine Freigabe erteilen können, ein Flaschenhals entstehen kann. Was dabei noch besonders ins Gewicht fällt und angemerkt wird, ist dass dies in der Zeit vor der Bundestagswahl der Fall ist, welche eigentlich gerade für eine erhöhte Presseaufmerksamkeit geeignet ist.

Ebenfalls kein klares Bild ist bei der Frage zur Ämterhäufung auf unteren Ebenen zu sehen. Ein Teil ist nicht der Ansicht, dass es eine Ämterhäufung gibt. So gab es einige Fälle, die auch vom Landesparteitag abgelehnt wurden, wo ein Kreisamt mit dem eines Landesvorstandes als unvereinbar angesehen wurden. Ebenso, dass es als üblich angesehen wird, dass man nach der Wahl in ein neues Amt das alte abgibt.

Dann gibt es einen Teil, der die Problematik nicht als so wichtig ansieht, da es sich um Posten auf den unteren Ebenen handelt, bei der nicht viel an Machtkonzentration zu erwarten ist. Auch wird angeführt, dass es die Personen, welche Ämter anhäufen schon merken werden, dass es zeitlich nicht zu schaffen ist. Dazu kommt auch, dass die Basis aus dem gleichen Grund der Überforderung die Leute nicht wählen würden, wenn sie sich zuviel zumuten, eine Ansicht, die öfters geäußert wurde. Allerdings gibt es auch Stimmen, die hier auch Ausnahmen sehen, besonders aufgrund der geringen Personaldecke und die es als unvermeidlich ansehen, dass Leute mehrere Ämter von unteren Ebenen auf sich vereinen.

Ein Punkt, der etwas deutlicher ausfällt, handelt von der Trennung von Amt und Mandat. So sind die meisten der Meinung, dass es grundsätzlich eine gute Sache ist. Allerdings gibt es gleichzeitig auch viele, die es als nicht sonderlich wichtig ansehen. Die Begründungen dafür sind vielfältig. So wird die Trennung von Mandatsträgern im Bundestag und der Regierung als wichtiger angesehen.

Was oben schon genannt wurde ist z.B. dass Ämter auf unterer Ebene wie Kreis oder Stadt als nicht so kritisch angesehen werden, zumal Ämter bei der Piratenpartei generell nicht mit Macht verbunden sind. Ebenfalls, dass die Doppelbelastung zeitlich nicht vereinbar ist, wobei wieder das Argument mit der Personaldecke mit reinspielt.

Als Argumente gegen die Trennung wurde genannt dass es die Bindung zwischen Fraktion und Partei schwächt. Auch dass es schlichtweg nicht funktioniert, so wurden als Beispiel die Grünen genannt.

Die Frage nach der Neuenquote wurde ebenfalls deutlich beantwortet, die meisten finden diese gut. Einige wollten diese sogar noch verschärfen oder mit anderen System kombinieren. Viele fanden sie allerdings noch nicht relevant und einzelne Stimmen auch albern.

Einige haben aber ein Problem mit der Quotenregelung, besonders weil diese keine Qualität gewährleistet und vielleicht Kandidaten nach vorne spielt die schlechter sind, als diejenigen die mehr Erfahrungen haben. Auch wurde es als schwierig angesehen, dass dies dazu führen kann, dass Unbekannte eine höhere Chance haben, was auch einen Risikofaktor für die Partei darstellen kann.

Auch wieder ein deutliches Meinungsbild hat die Frage nach der Mandatsträgerabgabe ergeben. Es gibt noch keine verbindlichen rechtlichen Regelungen bei der Piratenpartei dazu, es ist auch fraglich ob diese rechtlich haltbar wären. Die meisten finden es schlecht, falls es eine Zwangsabgabe geben würde, finden es aber sehr schön, wenn Abgeordnete freiwillig, ohne Zwang spenden. Es gibt wieder welche, die es als noch nicht relevant ansehen. Einzelne befragte Personen fänden eine Zwangsabgabe dagegen gut. Mit skeptischem Ton wird aber angemerkt, dass es die Chancen auf eine erfolgreiche Wahl des einzelnen verringert, wenn er nicht freiwillig spendet, da dies in der Basis hoch im Kurs steht und dies auch aufmerksam beobachtet wird. Auch werden die Punkte der steuerlich geförderten Spenden, die Beschneidung der Freiheit der Abgeordneten, sowie die Zahlungsbereitschaft seitens der regulären Beiträge bei den Abgeordneten kritisch gesehen und letzteres besonders priorisiert.

Fast keine Kritik kam bei der Verschlussache vom Landesvorstand. Diese nicht-öffentlichen Sitzungen werden am häufigsten eingesetzt, wenn es um personenbezogene Dinge geht oder Ordnungsmaßnahmen, manchmal auch, wenn es innerhalb des Landesvorstands auf persönlicher Ebene Unstimmigkeiten gibt. Das Verständnis der Mitglieder für diese nicht-öffentlichen Sitzungen ist hoch, zumal dort nichts inhaltliches besprochen wird. Einzelne Stimmen fanden nichtöffentliche Sitzungen hingegen prinzipiell problematisch.

5.4 Partizipation

Zur Frage, wie Schwierigkeiten bei der Partizipation gelöst werden, waren die Antworten recht gleichlautend. So wird zum einen auf die zweimaligen Landesparteitage und die Vermeidung von Terminkollisionen verwiesen. Andererseits gibt es die Onlinetools, wie Mumble, Mailingslisten die SDMV, kollaborative Pads und öffentliche Protokolle sowie findeco.

Bei der ständigen dezentralen Mitgliederversammlung sind die Piraten einstimmig der Meinung, dass sie gut und sinnvoll ist. Es wird mit der Erwartung verbunden, sie mit den gemachten Erfahrungen auch auf Bundesebene, einzuführen. Positiv erwähnt wird außerdem, dass die Entfernungen nicht so hoch sind.

Einschränkend wird angemerkt, dass die Beteiligung noch nicht so hoch ist, vermutlich wegen fehlendem Vertrauen. Hier kommt dazu, dass erst noch kleinere Anträge abgestimmt werden und besonders wichtige Anträge immer noch dem Landesparteitag vorbehalten sind. Es gab auch eine Anmerkung, dass der Wahltag unter der Woche sein sollte, da das Wochenende für die Ausübung für Religionen wichtig ist.

Bei der abgefragten Aktivenquote sind fast alle der Meinung, dass sie bei 10% liegt, nur einzelne schätzen sie bis auf 20% und 30%.

Die Diskussionskultur wird sehr unterschiedlich empfunden. So wird betont,

dass sie gut ist, trotz großer Meinungsverschiedenheiten. Dass versucht wird, alle zu integrieren, niemanden auszuschließen. Ordnungsrufe sind eher die Ausnahme. Es wird gesagt, dass wenn sich die Leute persönlich gegenüber sitzen, der Ton sachorientierter wird und weniger emotional. Ebenfalls dass für hitzige Diskussionen mal das Thema und mal die Person ausschlaggebend ist, gerade, wenn Anliegen nicht so gut formuliert werden. Als positiv angesehen wird, dass durch die harte Streitkultur gerade neuen Mitgliedern gezeigt wird, dass jeder seine Meinung sagen kann, ohne abfällige Reaktionen herauszufordern.

Kritisiert wird, dass wenige, die destruktiv diskutieren, alles lähmen können. Ebenfalls gibt es Stimmen, welche die Diskussionskultur schlichtweg als schlecht empfinden. Auch dass der Ton sehr verachtend gegenüber Menschen in Positionen sein kann. Online wird das Klima als sehr rau empfunden, „Mailtourete“ wurde auch zur Beschreibung benutzt. Es wird auch gesehen, dass es 1-2 Jahre braucht, bis eine konstruktive Diskussionskultur erreicht ist.

5.5.Eliten und Basis

Im Block Eliten und Basis behandelt die erste Frage Nicht-Entscheidungen wie z.B. vertagte Beschlüsse. Bei diesem Punkt sind die befragten Personen einstimmig der Meinung, dass es keine gewollte Nichtbehandlung von Anträgen gibt. Einige erinnern sich an einen zurückliegenden hohen Rückstau von Anträgen, der aber aufgeholt wurde. Auch sind die Tagesordnungspunkte gerade dafür da, gute Anträge nach vorne zu ziehen, um schlechten die Zeit zu geben, nochmal überarbeitet zu werden, falls sie es auf dem aktuellen Landesparteitag nicht mehr schaffen. Und für diesen Fall gibt es einen Passus in der Satzung, der dem Antragssteller erlaubt, seinen vertagten Antrag auf dem kommenden Landesparteitag zu bevorzugen, d.h. als erstes behandeln zu lassen. Schlussendlich wird darauf verwiesen, dass bei den LPT's letztendlich die Mitglieder entscheiden und das letzte Wort darüber haben, ob ein Antrag behandelt werden soll oder nicht.

Die Qualität und Quantität des Landesvorstands wird hingegen nicht einstimmig

gesehen. So sind die meisten der Meinung, dass er Respekt und Dankbarkeit für seine Arbeit verdient hat. Auch werden einzelne besonders gelobt, da sie sich besonders engagiert für die Partei einsetzen. Niemand macht weniger als er muss. Allerdings gibt es auch einige, die das weniger positiv sehen und einzelne Mitglieder des Landesvorstands als nicht so engagiert ansehen.

Bei der Würdigung der Arbeit gibt es wiederum gegenläufige Ansichten. So wird nach Ansicht vieler die Arbeit des Landesvorstandes besonders gewürdigt, besonders zum Ende der Amtszeit hin, wenn eine mögliche Wiederwahl auf dem Landesparteitag ansteht. Eine erfolgreiche Wiederwahl wird auch als Indikator für eine Würdigung der Arbeit verstanden. Auch wird auf Seiten des Landesvorstands der im Vergleich zu anderen Landesverbänden der ruhigere Lv RLP bereits als Würdigung an sich empfunden.

Allerdings gibt es auch Stimmen, die der Meinung sind, dass die Arbeit nicht gewürdigt wird, besonders was Verwaltung und Ehrenamt angeht. Oder dass die Basis nicht so aktiv ist wie gewünscht, so dass viel an Arbeit beim Landesvorstand hängenbleibt, die wiederum aber nicht wahrgenommen wird.

Bei der Frage des Charismas sind die Befragten gespalten. So sagt die eine Hälfte, dass man über keine charismatischen Personen verfügt im Landesverband. Einige bedauern das, einige finden gerade das gut.

Andererseits werden dafür einige Piraten genannt, die nach der Meinung der Befragten durchaus über Charisma verfügen.

5.6 Allgemeine Aussagen und Persönliches

Bei den persönlichen Fragen waren eine ganze Menge unterschiedlicher Antworten zu erwarten. So hat die erste Frage, warum man bei der Piratenpartei sei, eine große Bandbreite hervorgebracht.

Es gab zwei Aspekte, die öfters genannt wurden. Zum einen „weil die anders sind“ bzw. „mit denen was geht“ wie es einige formulierten und zum anderen wurde der Weg zu den Piraten über die Enttäuschung bei den anderen Parteien

gefunden. Diese Enttäuschung wurde auch explizit in Verbindung mit der Regierungszeit von Rot-Grün genannt, weil sich einige von der Regierungspolitik nach den Wahlen negativ überrascht fühlten.

Daneben gibt es verschiedenste Motivationen, die zu einem Engagement bei den Piraten geführt haben. So wird die zunehmende Einschränkung der Bürgerrechte geahnt, verbunden mit der Regulierung des Internets. Auch wird eine Auseinanderdriften der Gesellschaft kritisiert, was man mit den Piraten ändern will. Das Konzept des selbstentscheiden lassens, nicht nur in der Organisation bei der Basis, sondern auch den Bürgern die Entscheidungsmacht zurückzugeben, wurde ebenfalls als Punkt genannt. Ebenfalls ist der Anspruch, etwas zu ändern nicht bloß Verwalter zu sein, ein Ansporn für einige Piraten. Thematisch ist die Vorratsdatenspeicherung etwas, was einige bewogen hat, für die Piraten aktiv zu werden. Dazu kommt, dass die PP frisch und neu erscheint, besonders dass sie noch nicht in der Regierung war und noch keine als negative empfundenen Entschlüsse mitgetragen hat, was sie für einige attraktiv macht. Damit hängt zusammen, dass neben der Wahl des geringeren Übels die Piraten aufgetaucht sind, was auch als „Erlösungsmoment“ bezeichnet wurde. Einige haben das Gefühl, dass es bei den Piraten nicht um Machtstreben geht und sie dafür stehen, etwas zu tun. Auch dass die Partei einfach als bessere Alternative hinsichtlich der Möglichkeiten gesellschaftlicher Problemfelder angesehen wird, auch in Bezug auf Wirtschaftsthemen und Themen, die gerade den Durchschnittsbürger kritisieren.

Die im Vergleich zu anderen Parteien andere Arbeitsweise ist auch ein Aspekt den die Piraten als wichtigen Punkt ansehen. Thematisch sind auch offene Strukturen, d.h. ein transparentes Arbeiten und ein unkompliziertes Integrieren in die Organisation ein Antrieb sich besonders bei den Piraten zu engagieren. Damit hängt auch die Einschätzung zusammen, dass niemand ausgegrenzt wird. Ebenso ist der Eindruck, dass eigene Ideen ernsthaft angenommen werden ein motivierender Faktor, der genannt wurde. Dass die Entscheidungen von der Basis getroffen wurden, ist ein Punkt der als politische Position sowie auch als Arbeitsweise getroffen werden und einigen Befragten besonders wichtig ist. Auch ist von Bedeutung, dass die politische Arbeit und die Darstellung nach außen nicht so ernst ist und einen lockeren Stil verfolgt.

Kritisch gesehen wird, dass es einzelne sehr unangenehme Personen gibt, aber dass die meisten sehr angenehme Zeitgenossen sind, mit denen produktive

Arbeit Spaß macht.

Bei der Frage nach der Entwicklung der Piratenpartei bundesweit sind die Ansichten der befragten Personen grob in drei Richtungen einzuteilen: Die, die glauben, dass die Bundestagswahl ein Erfolg wird, diejenigen, die da skeptisch sind und es auch nicht schlimm finden würden falls man verliert und diejenigen die positiv auf Entwicklung der eigenen Organisation sehen.

So wird in Bezug zur Bundestagswahl die zu erreichenden Prozente zwischen 1 und 10 verortet, wobei die Meinung eher in Richtung knapp über 5% geht, einige sehen die Entwicklung an sich als durchwachsen an. Dies hat mit der Schwierigkeit zu tun, dass es durchaus große Ereignisse geben kann, die der Piratenpartei einige Wähler zuspülen, damit sie über 5% kommen, worauf einige Befragten hoffen. Zumal die eigentlichen Kernthemen ohne große Ereignisse nicht so wichtig sind bei den Bürgern. Dies sorgt für recht hohe Höhen und Tiefen, wie auch die PP zuletzt einige Dämpfer erfahren musste. Falls die BTW gut ausgeht wird dies auch für einen Mitgliederzuwachs sorgen. Falls ein Einzug gelingt, wird dies auch als Chance gesehen, sich Gehör zu verschaffen und seine Positionen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Medien werden hierbei als nicht faire Berichterstattung angesehen, die Ereignisse dramatisiert und gerne möglichst negativ darstellt. Allerdings wurde auch geäußert, dass der Gegenwind die Organisation zusammenschweißt und mögliche Trittbrettfahrer dann wieder die Partei verlassen, eine Position die von mehreren Personen vertreten wird. Es wird nicht als Katastrophe angesehen, falls die Bundestagswahl verloren wird, was als im Bereich des Möglichen angesehen wird. Dann wird der Weg über die Kommunalparlamente genommen. Kritisch wird dabei allerdings gesehen, dass eine möglichen Nichteinzug eine „Frustwelle“ nach sich zieht und so die Mitglieder etwas demotiviert. Genau dies wird aber auch als Chance verstanden, dass die PP sich wieder mehr traut und frecher wird, zumal nach einer Aussage auch die anderen Parteien bereits Angst vor der Piratenpartei haben.

So sehen viele unabhängig von der Bundestagswahl die Piraten aber als feste Größe an, die sich ähnlich wie die Grünen damals als Konstante im System

etablieren. Viele Probleme mit denen die Partei jetzt zu kämpfen hat sind unumgänglich wenn man an seinen Idealen festhalten und nicht die Fehler bzw. Entwicklung der anderen Parteien machen will. Auch wurde geäußert, dass man als Piratenpartei immer mehr in der Mitte der Gesellschaft ankommt. Nicht in dem Sinne, dass man seine Positionen für mehr Wählerstimmen aufweicht, sondern dass immer mehr Leute statt der *Nerdpartei* eher eine ernsthafte politische Kraft mit überzeugenden Inhalten sehen, was sich auch in der Mitgliederzusammensetzung auswirkt. Andererseits gibt es auch die Meinung, dass die Heterogenität der PP auch Schwierigkeiten bei der Suche nach einer gemeinsamen Linie nach sich zieht. An der Lösung dieser Schwierigkeiten wird aber intern aktiv gearbeitet.

Die Entwicklung im Landesverband Rheinland Pfalz wird nicht losgelöst von der Bundestagswahl betrachtet, gerade was den Bekanntheitsgrad und das Ernstgenommen werden seitens der Bevölkerung angeht. Hier sind einige der Meinung, dass der Landesverband generell etwas ruhiger ist und nicht so empfindlich bei bundesweiten Ereignissen reagiert, was sich zum Beispiel in geringern Schwankungen bei Wahlergebnissen und Mitgliederzahlen ausdrückt, im Vergleich zum Bundesverband. Auch wird im Vergleich zum Bundesverband ein größeres *Zusammenraufen* der Mitgliedschaft gesehen, wenn es um unterschiedliche Positionen geht und weniger verhärtete Fronten gesehen. So muss nach Meinung eines Mitglieds darauf geachtet werden, gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz, dass die Strukturen in den Regionen gefördert werden, da RLP aus piratiger Sicht als Entwicklungsland angesehen werden kann. Hierbei sollte man mehr lokale Themen aufgreifen und stärker dabei helfen, dass die Bürger vor Ort selbst entscheiden können. Ein Beitrag dafür wäre z.B. die Vernetzung der verschiedenen Initiativen auf Ortsebene. Ähnlich wie auf der Bundesebene wird auch gesehen, dass sich nach der Wahl wieder auf Grundprinzipien besonnen wird und dass Leute, die vom Hype angezogen werden, wieder von der Bildfläche verschwinden. Für die Kommunalwahl und für die Entwicklung im Landesverband wird die ständige dezentrale Mitgliederversammlung als ein positives Beispiel genannt.

Die persönliche Meinung zur Basis ist zweigeteilt, es gibt gute und schlechte Aspekte. Sie wird als sehr Streitbar empfunden. Auch dass sie für viele Themen

Interesse zeigt, intensiv mitarbeitet und keine absurden Ideen auftauchen und den normalen Durchschnitt in der Partei darstellen.

Als negativ empfunden wird, dass es einige Personen gibt, welche die Diskussionen stören. Die Basis könnte bisweilen etwas ruhiger reagieren und menschlicher sein, sowie Diskussionen auch mal gut sein lassen, wenn das Thema schon mehrmals diskutiert wurde.

Die Meinung zum Landesvorstand ist hierbei etwas positiver. So wird die Arbeit des Vorstands von den meisten als gut bewertet, harmonisch und von einigen als sehr gut. Von anderen dagegen als knapp überdurchschnittlich. Hierbei wird die fehlende Koordination der Kreisverbände untereinander angemerkt, bei der sich der Landesvorstand stärker einbringen sollte.

Bei der vorletzten inhaltlichen Frage geht darum, was sich das Mitglied wünscht. Die Wünsche sind dabei ganz unterschiedlich. So wird sich von einigen gewünscht, dass sich die Diskussionskultur bei den Onlinemedien verbessert, besonders bei den Mailinglisten. Mehrmals wurde der Wunsch nach mehr Anerkennung für Arbeit laut.

Die kommende Bundestagswahl wird von einigen thematisiert, es wird inständig gehofft, dass man über die 5% kommt. Dabei kann eine Gealeonsfigur helfen, welche die Themen bekannt macht.

Ein weiterer Wunsch ist, dass die Piratenpartei in ihrer Struktur weiterhin so offen bleibt. Weiterhin wird sich gewünscht dass die innere Organisation professioneller wird, indem man z.B. Leute einstellt und bezahlt. Dass es mehr Ordnung bei dem Informationschaos gibt.

Mehrere der Befragten hoffen auf mehr Mitglieder mit viel Zeit zum Einbringen in die Partei. Dass beispielsweise es überall Kreisverbände gibt, die eigenverantwortlich über Pressemitteilungen entscheiden können und die Pressearbeit insgesamt effektiver läuft.

Einer der letzten Wünsche war, dass die Themen grundsätzlicher angegangen werden, dass piratige Grundprinzipien mehr nach vorne gerückt werden. Ebenfalls öfters auf kam der Wunsch nach mehr Optimismus und ein weiterhin hohes ehrenamtliches Engagement.

Die letzte inhaltliche Frage ließ die Mitglieder selbst zu Wort kommen, was noch

interessante Themen wären, die noch keine Beachtung gefunden haben. Dabei wurden 3 Themen erwähnt. Das erste handelt von politischen Visionen, welche die Mitglieder haben. Das zweite betrifft die innerparteiliche Entscheidungsfindung und Mitbestimmung, so gibt es durchaus Unterschiede in den Ansichten, wie diese genau auszugestalten wären. Das dritte Thema handelt von den treibenden Kräften hinter der Motivation der Piraten sich zu engagieren, was es eigentlich ist, was sie zusammenhält.

5.7 Sozialstatistik

Da die Beteiligung an den Interviews wie oben erwähnt sehr gering war und einige Teilnehmer die Antwort auf die Fragen verweigerten ist bei den folgenden Aussagen mit zu bedenken:

Der vorherrschende Bildungsabschluss ist Abitur.

Das Durchschnittsalter liegt bei 41,7 Jahren.

Beim Beruf wird aufgrund einer möglichen Eingrenzung des Befragtenkreises auf eine Darstellung verzichtet. Aufgrund der geringen Teilnehmerzahl und der teilweise recht präzisen Berufsangabe wäre andernfalls eine recht genaue Verbindung zu den möglichen Befragten herstellbar.

Beim Einkommen war die Nichtteilnahme so ausgeprägt, dass auch eine Auflistung der Vollständigkeit wegen keine Aussagekraft besitzt und deshalb unterlassen wird.

Bei der Schichtzugehörigkeit liegen die Befragten nach Selbsteinschätzung mehrheitlich im Bereich der Mittelschicht.

5.8 Interpretation der Ergebnisse

Es lässt sich festhalten, dass die Heterogenität der Piraten sich erwartungsgemäß auch durch die Befragungsergebnisse zieht. Es werden mehr die Anzeichen für negative Entwicklungen in den Fokus genommen oder besonders positive die gegen eine Oligarchisierung sprechen. Es ist auffällig,

dass viele Piraten sich so positiv über das Zusammenkommen bei den Landesparteitagen äußern. Dies ist zum Einen eben dem großen Teil, den die Onlinearbeit der Piraten beim Gesamtaufkommen ausmacht, geschuldet. Zum Anderen ist das ein Zeichen, dass man gerne hinfährt und nicht als lästigen Pflichttermin ansieht. Kann aber auch bedeuten, dass dies einer gewissen Vereinzelung vorbeugt, da die Mitgliederzahl nicht so hoch ist und in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz eher örtlich verstreut liegt. Gleichzeitig wird das produktive Arbeiten auf dem Landesparteitag gelobt. Insgesamt ist zu sehen, dass die positiven Erlebnisse überwiegen, im Vergleich zu den negativen, die sich um überzählige Meinungsäußerung drehen. Dies gilt im Besonderen, da die negativen Aspekte bereits dabei sind ausgebessert zu werden. Wobei die Erwähnung der Spontanentscheidungen nach Anträgen auch als Hinweis auf eine mögliche Einfallstor für Einflussnahme vor Ort eröffnet, was z.B. in den Diskussionen den fachlich Kompetenten und denen die ihre Ansichten gut präsentieren können, einen Vorteil gibt. Die Landesparteitage werden auch nicht als Bühne benutzt und sind auch nicht missbrauchbar, so dass Charismatiker bisher keinen großen Einfluss erhalten können. Wobei bei den Reden die gehalten werden, immer jemand aus dem Landesvorstand die Reden hält und den örtlichen Bürgermeistern aus Prinzip Redezeit gewährt wird. Hier kann es sein, dass mit der Zeit durch den externen Druck (Presse, Gäste, usw.) die Landesparteitage ihren Charakter von Arbeitstreffen verlieren und sich zu einer Zurschaustellung und Geschlossenheitsdemonstration wandeln. In diese Richtung geht auch die Ansicht einiger, doch die Aufmerksamkeit zu nutzen, um die Partei darzustellen. Dies kann nach Logik der Presse, der man dies bieten will, durchaus auf regelmäßige und längere Reden des Landesvorstands hinauslaufen. Um dem Rechnung zu tragen, könnten dann auch die Wünsche lauter werden, jemanden zu haben der kompetent und charismatisch als Medienkontakt (und Liebling) zur Verfügung steht (was wieder besondere Schulungen und weiteres nach sich ziehen würde). Leitanträge sind den Piraten in Rheinland-Pfalz ebenfalls unbekannt und damit auch als Möglichkeit der Einflussnahme nicht existent. Im Zusammenhang mit obigem Punkt mit den Spezialentscheidungen steht auch der Punkt mit den komplexen Anträgen, so wird nicht nur aufgrund des fachlichen Wissens ein Unterschied herausgebildet sondern auch zunehmend mit der Zeit, die den einzelnen Mitgliedern zur Verfügung steht. Dies könnte die

genannte Problematik noch verschärfen. Möglich ist auch eine Entwicklung dahingehend, dass sich mögliche Mitglieder abgeschreckt fühlen, auf dem Landesparteitag zu kommen, um dann eher uninformiert über Anträge abzustimmen, weil es schon einen Anspruch in der Piratenpartei gibt sich aus eigener Initiative zu informieren und selbst kompetent abzustimmen. Noch unklar ist die Entwicklung bei den Piraten, die regelmäßig an Landesparteitage teilnehmen. So gibt es einen harten Kern, aber auch zusätzliche Leute, die sich öfters abwechseln. Es bleibt abzuwarten, ob hier mit der Zeit eine größere Durchmischung stattfindet oder ob es sich zunehmend auf den harten Kern konzentriert, der regelmäßig hinfährt. Wobei es dem Vorstand auch leichter gemacht werden kann, seine Position durchzusetzen, wenn überwiegend Neulinge auf Landesparteitagen sind, die sich trauen etwas zu sagen, oder mit den Spielregeln nicht so vertraut sind. Allerdings kann es sein, dass die möglichen Kritikpunkte durch die Einführung der SDMV etwas abgeschwächt werden, da so eine flexiblere Zeit zur Verfügung steht und das Informationsdefizit durch bessere Webdiskussionstools verringert werden kann.

Bei der Frage nach der Führungsgruppe ist von Interesse, dass wohl auf Bundesebene schon solche Tendenzen von den Mitgliedern beobachtet werden, aber nicht in RLP. Dies wurde auch von Mitgliedern geäußert, so dass eine stille Formierung einer Oligarchie durchaus als Möglichkeit anzusehen ist auf Bundesebene. „Still“ meint hiermit eine Entwicklung, bei der formal alles in Ordnung ist, aber nach und nach sich leise eine Entwicklung hin zur Oligarchie vollzieht und weniger abrupt wie z.B. über Beschlüsse. Das wird bei der späteren Frage nach Tendenzen bezüglich einer zentralisierten Führung nochmal bestätigt. Auch in RLP lassen sich Hinweise finden, wie beispielweise ein fester Stamm der Aktiven, der auch Potenzial dafür bietet.

Die politische Bildung zur Herausbildung von Führungspersonal ist in Entwicklung, hier bleibt abzuwarten wie sich das entwickelt. Es ist interessant ob die Schulungen, die Professionalisierung, die als Vorbereitung zur Bundestagswahl geschaffen werden, auch auf gleichbleibendem Niveau und Quantität oder verstärkt nach der Wahl bei einem möglichen Einzug ins Parlament ausgebaut werden. Damit in Verbindung steht die Entwicklung einer Stiftung, bei der interessant wird zu sehen, was sie für eine Stellung innerhalb der Piratenpartei einnehmen wird.

Spannend bleibt die Entwicklung der Beauftragungen. Hier gibt es keine aktuellen oder absehbaren Mehrheiten, nach denen man darauf schließen könnte, ob alles weiterhin ehrenamtlich läuft oder ob man einen bezahlten Verwaltungsapparat schaffen soll. Die Idee, Beauftragungen abzuschaffen ist wohl schwerlich umzusetzen, da bei der Anzahl der Beauftragungen die es gibt, entweder die Organisation möglicherweise zusammenbricht oder der Landesvorstand dermaßen überlastet wird, dass die jetzige Arbeit erheblich darunter leiden würde. Bei der konkreten Frage ob Beauftragungen bezahlt werden sollen oder nicht, wird das Bild deutlicher: Wenn es eine Vollzeitstelle ist soll es bezahlt werden. Bei detaillierteren Nachfragen zerfließt das Bild, es gibt mehrere Meinungen, die verschiedene Zwischenstufen beschreiben. Die konsequenten Gegner jeglicher Bezahlung sind hier deutlich in der Minderheit, was darauf schließen lässt, dass mit der Zeit eine bezahlte Verwaltung aufgebaut wird. Nichtsdestotrotz muss man für eine definitive Aussage abwarten und sehen, was mit den Beauftragungen passiert, sobald Geld dafür da ist.

Ein weiterer interessanter Punkt kommt nochmal bei den umstrittenen Entscheidungen auf: So wurde kritisiert, dass Entscheidungen, die bindend waren, von einer kleinen Anzahl von Piraten getroffen wurden, da am Ende eines Landesparteitags nicht mehr so viele Piraten anwesend sind, weil viele schon abgereist sind, oder die Versammlung vorzeitig verlassen mussten. Man kann davon ausgehen, dass dies der harte Kern ist, der oben schon mal angesprochen wurde. So könnte es sein, dass wenn die Aktiven, d.h. der harte Kern sich kennt, sowie der Landesvorstand über die Beauftragungen mit diesen in besonderem Kontakt zueinander steht, dass sich möglicherweise etwas ergeben könnte. Aber dies wird wie auch oben erwähnt durch eine SDMV wieder unwahrscheinlicher gemacht.

Die Frage zu den Strömungen hat überraschende Antworten ergeben. So wurde zwar mit der Auseinandersetzung um Liquid Feedback gerechnet. Allerdings nicht, dass es doch einige mehr gibt, auch wenn es noch eher lose Gruppenzugehörigkeiten zu sein scheinen als fest organisierte Gruppen innerhalb der Partei. Dabei wurden allerdings weder Unterschiede im Zugang zu den Mitgliedern festgestellt noch negative Strömungen. Zumal der Ton untereinander als sehr sachlich beschrieben wurde.

Interessant ist der Punkt, dass für Regionen, in denen es keine offiziellen

Strukturen gibt, virtuelle Kreisverbände gegründet wurden, um den dortigen Mitgliedern die Partizipation und Initiierung von eigenen Aktionen zu erleichtern. Eher im Gegensatz zu einer erwarteten Oligarchisierung steht die Aussage, dass man lieber Aktive als (passive, aber zahlende) Mitglieder haben will. Ebenso, dass die Piratenpartei keine Posten zu vergeben hat, was sie für mögliche Karrieristen unattraktiver macht. Sehr spannend ist auch die Unterscheidung zwischen Mitgliedern und stimmberechtigten Mitgliedern. So wird für alle öffentlich praktisch eine Nichtzahlerquote angegeben, die bei einigen Landesverbänden teilweise recht hoch ist. Dies wird sogar um den Preis getan, die eigene Wirkmächtigkeit zu schmälern, indem man praktisch eine hohe Anzahl von Karteileichen zugibt.

Bei den Grundprinzipien wurde ein bestimmter Aspekt der Mitgliederentwicklung skeptisch gesehen. So kommen immer mehr Leute in die Partei, die Realpolitik machen wollen und damit die Grundprinzipien der Partei nicht mehr so stark verinnerlicht haben, wie das bei den altgedienten Mitgliedern der Fall ist. Dies kann langfristig zu einer Verschiebung der Mehrheiten in der Mitgliedschaft führen. Beispielsweise insofern, dass ein etwas konservativerer Führungsstil gefordert wird, was später noch mal erwähnt wird.

Es gibt bei den Piraten laut Eigenaussage keine unersetzbaren Personen, jeder ist ersetzbar. Allerdings werden starke Bedenken geäußert, ob man bestimmte Personen so schnell und ohne Abstriche an der Qualität oder dem Arbeitspensum, das sie aktuell für die Piraten leisten, wirklich ersetzen kann. So kann es sein, dass Leute, die zum einen sehr viel leisten und gleichzeitig seltene Fähigkeiten besitzen und zusätzlich auch noch lange eingearbeitet sind, d.h. sich in ihrem Arbeitsbereich auch in Verbindung mit den vorhandenen piratigen Strukturen gut auskennen, doch einen größeren Wert für die Organisation haben. Zumal bei den als viel empfunden gleichzeitigen Baustellen, die die Piratenpartei hat, jede helfende Hand als sehr wichtig empfunden wird. Eine interessante Notiz am Rande ist, dass eine Galeonsfigur vermisst wird, d.h. eine Person die die Aufmerksamkeit und das Wohlwollen der Medien auf sich ziehen kann, was eine optimale Voraussetzung für das Unentbehrlichmachen ist bzw. eine gutes Fundament für eine Machtbasis innerhalb der Organisation darstellt.

Ein sehr heikles Thema ist die Presse AG in Rheinland-Pfalz. So wird mit vertraulicher Atmosphäre und mit dem Fernhalten von destruktiven Personen

begründet, warum man nicht jeden aufnimmt und erst eine Art Bewerbungsgespräch macht. Andererseits steht das in einem starken Kontrast zu den sonstigen Prinzipien in der Piratenpartei. Auch ist dies möglicherweise ein Grund für die eher geringe Anzahl der aktiven Mitglieder in der AG. Auch das Faktum, dass es nur wenige Leute gibt, die eine Pressemitteilung freigeben können, sorgt zum einen für politische und strukturelle Diskussionen, weil es einzelnen eine gewisse Machtbasis ermöglicht. Dieser Flaschenhals ist auch bekannt und bereits negativ in Erscheinung getreten. Gerade bei einem mangelnden Führungswechsel kann hier der von Michels beschriebene Effekt eines Führungs-, bzw. Gewohnheitsanspruches zum Tragen kommen, wenn die Situation auf längere Zeit so bleibt.

Bei den Ämtern ist zwar eine Präferenz gegen eine Ämterhäufung zu sehen. Die Begründungen hierfür liegen allerdings weniger in einer prinzipiellen Kritik dagegen, sondern eher in dem Arbeitspensum, das eine Mehrfachbelastung mit sich bringt und womöglich zeitlich nicht zu schaffen ist. Ähnlich ist es bei der Trennung von Amt und Mandat. Hier wird ebenfalls eine grundsätzliche Trennung für gut befunden. Allerdings weiß man auch um die dünne Personaldecke der Piraten auf den unteren Ebenen. So ist man der Ansicht, es lässt sich nicht vermeiden, außerdem ist das auf den unteren Ebene auch nicht so schlimm, als wäre auf Bundes- oder Landesebene. Dazu kommt, dass Ämter bei den Piraten an sich als „machtlos“ angesehen werden und von daher auch eine Zusammenfallen von beiden nicht als kritisch angesehen wird. Einige gehen da einen Schritt weiter und sehen eine Trennung eher als Nachteil oder nicht durchführbar an. Dies ist eine Kombination, die langfristig durchaus zu Problemen führen kann. Spätestens wenn es wirklich so ist, dass genug Mitglieder da sind, um eine Trennung von der Aktivenanzahl her anzustreben, kann es sein, dass man sich aus Bequemlichkeit und Arbeitersparnis daran gewöhnt hat, dass Funktionsträger oder Kreisvorstände diese Doppelfunktion haben. Oder wenn bei denjenigen Personen dann der vorher erwähnte psychologische Effekt des sich zum Führen berufen Fühlens einsetzt und sich Widerstand gegen eine „Amtsenteignung“ bzw. Nichtwahl der Aktiven in Amt und Mandat aufbaut. Das Problem der geringen Personaldecke kann sich auch noch weiter verschärfen, falls die Piratenpartei nicht in den Bundestag einzieht und einige Mitglieder enttäuscht die Partei verlassen, so dass der Druck auf die verbliebenen noch ansteigt.

Bei der Frage nach der Neuenquote ist die Meinung der Piratenpartei besonders skeptisch, so wird sie zwar positiv bis albern eingeschätzt, aber auch durchaus kontraproduktiv, weil aufgrund der Quote Leute eingesetzt werden könnten, die nicht so gut geeignet sind oder unbekannter sind, als diejenigen die sonst auf den Wahllisten stehen würden. Es ist interessant zu sehen, dass hier Befürchtungen gegenüber einer möglichen Unerfahrenheit bzw. Unprofessionalität und Misstrauen gegenüber neuen Mitglieder aufflackern.

Die Mandatsträgerabgabe wird aufgrund der Komponente des Zwangs ähnlich wie bei der Neuenquote kritisch gesehen und eine Zwangsabgabe explizit abgelehnt. Andererseits wird ein freiwilliges Spenden der Mandatsträger für sehr positiv befunden und unter solidarischem Verhalten eingeordnet. Wobei dabei auch eine subtile Drohung oder mindestens sozialer Druck mitschwingt, da gleich dazu ergänzt wird, dass die Mitglieder sehr genau betrachten ob und wieviel Mandatsträger an die Partei spenden. Verschärft wird das dadurch, dass die Zahlungsbereitschaft verbesserungswürdig ist (auch wenn der Landesverband in Rheinland-Pfalz mit 74% einen Spitzenplatz in der Zahlerquote einnimmt), gerade bei den Abgeordneten, die unter genauerer Beobachtung stehen.

Interessant ist, dass die Aktivenquote nach Einschätzung der meisten bei 10% liegt. So ist trotz vielfältiger Beteiligungsmöglichkeiten über Internet und offener Diskussionskultur und vieler anderer Mechanismen, die das Integrieren und Mitarbeiten einfacher und niedrigschwelliger gestalten sollen, keine höhere Aktivenquote als bei anderen Parteien zu sehen.

Die Diskussionskultur wird zweischneidig gesehen. So kann es zwar sein, dass sich Mitglieder trauen, ihre Meinung zu sagen, aber aufgrund der teilweise heftigen Reaktionen kann dies dennoch auch eine abschreckende Wirkung entfalten. Besonders wenn einzelne die Möglichkeit haben, große Teile der Aktiven in ewige Diskussionen zu binden, da immer Teile der PP darauf anspringen und versucht wird jeden ernstzunehmen und zu integrieren.

Die Würdigung des Vorstands hält sich in Grenzen, eine besondere Dankbarkeit und Ergebenheit gegenüber dem Vorstand lässt sich nicht erkennen. Zwar wird der Vorstand gelobt, aber eher am Ende der Amtszeit und während seiner Amtszeit muss er einiges an Kritik einstecken. Es kann sein, dass der Mangel

an Mitbewerbern bei Vorstandsämtern einem Führungswechsel entgegensteht und das eher seltene Lob diesen Umstand verschärft.

Die persönliche Ansicht der Mitglieder, sich bei den Piraten zu engagieren, „weil die anders sind“ in ihrer Arbeitsweise und Struktur, wie z.B. transparente Arbeit und Entscheidungen, die von der Basis ausgehen, lässt auf eine erhöhte Sensibilität gegenüber Verfestigungen und Machtansammlungen schließen, gerade, weil als Negativbeispiel die anderen Parteien genannt werden. Dies wird verstärkt durch das Gefühl seitens einiger Mitglieder, dass es bei den Piraten nicht um Machtstreben geht, es gilt allgemein noch das Gefühl, dass diese Partei noch auf glaubwürdige Weise für ihre Grundwerte einsteht und dies auf längere Sicht weiterhin tun wird.

Es ist festzuhalten, dass sich zwar durchaus Gedanken über den Ausgang der Bundestagswahl gemacht werden, aber dass Wahlkampf nicht das einzige Ziel ist, worauf sich die Partei auszurichten hat und das auch bei einem eventuellen Nichteinzug der Bestand der Organisation nicht gefährdet ist. Das Gegenteil ist der Fall, es ist eher so, dass bereits jetzt die Piratenpartei als eine feste Größe im politischen System angesehen wird, die auch bei einem Misserfolg nicht verschwinden wird. Ebenfalls von Interesse ist die Feststellung, dass die Partei zwar einige hausgemachte Probleme hat, die aufgrund des Festhaltens an ihren Prinzipien entstehen, aber dass lieber an den Problemen gearbeitet wird, als die Ideale nach denen die Arbeit gemacht werden soll, elastischer zu gestalten.

Im abschließenden Teil, welcher die Wünsche der Mitglieder erfragt, ist auffällig das zum einen eine Professionalisierung mit bezahlten Angestellten gewünscht wird, damit z.B. die Pressearbeit effektiver läuft, andererseits dass Grundprinzipien wie umfassende Mitbestimmung, ein hohes ehrenamtliches Engagement sowie ein Erhalten der offenen Struktur gewünscht werden. Dies lässt auf ein andauerndes Spannungsfeld schließen.

Es lässt sich festhalten, dass es in Blick auf Michels Thesen beim Schritt der der Entstehung der Führer mehrere Punkte wie das Medieninteresse oder die Beauftragungen gibt. Die es befördern könnten. Die bei Michels erwähnte politische Bildung, welche die Führer von der Masse unterscheidet, gibt es bei den Piraten nicht, allerdings sind die Piraten offen dafür, sich außerhalb der

Partei zu informieren, so dass eine organisationsinterne Bildung auch dahingehend nicht von Nöten ist (vgl. Michels 1970: 80ff). Nicht ausschließen lässt sich eine Aktivistenherrschaft, die auf ihre Unersetzbarkeit und wachsende Anforderungen gegenüber neuen Mitglieder setzen kann. Beim letzten Schritt einer Verfestigung von Machtstrukturen wird dies von den Mitgliedern in RLP eher abgelehnt und seitens des Landesvorstands auch als wenig wahrscheinlich angesehen, allerdings tauchen solche Anzeichen an anderen Stellen, wie der AG Presse auf. Etwas anders wird dies beim Bundesvorstand gesehen, dort werden solche Tendenzen eher wahrgenommen.

6. Fazit und Ausblick

Nachdem wir nun die Ergebnisse ausgewertet haben, wenden wir uns wieder unserer Frage vom Anfang zu, die da lautet: Trifft Michels ehernes Gesetz auf den Landesverband der Piraten in Rheinland Pfalz zu? Die Antwort darauf ist ein weniger eindeutiges *eher noch nicht*.

Das *eher* hat damit zu tun, dass es für beide Entwicklungen, hin zu einer Oligarchie und davon weg Belege gibt. So gibt es z.B: den Punkt, dass Parteitage mehr als Arbeitstreffen angesehen werden und generell wenig Raum für Selbstdarstellung von einzelnen Personen bieten. Allerdings gibt es kleinere Anzeichen, dass die Piratenpartei dem mehr Raum gibt, was teilweise auch von der Mitgliedschaft befürwortet wird. Ebenso dass es bei den Fahrten hin zu den Landesparteitagen einen harten Kern gibt, ebenso wie es immer wieder neue Mitglieder gibt, die einbezogen werden und durch eine solche Fluktuation die Zusammensetzung etwas verändern, dies setzt den verschiedenen Folgen wie dem Gewohnheitsrecht und der Verantwortungsabgabe an die Aktiven einen Riegel vor.

In beide Richtungen gibt es die Belege zu den Beauftragungen und ihre Bezahlung. So wird zwar das ehrenamtliche Engagement hochgehalten und die Arbeit geschätzt, auch gibt es Bestrebungen weiterhin alle Ämter und

Beauftragungen ehrenamtlich zu besetzen. Allerdings ist das System der Beauftragung dabei, bzw. ist schon an sich unentbehrlich geworden für das Funktionieren der Piratepartei, auch, weil man gerne die besten Leute für diese Positionen haben will, weil sie eine wichtige Rolle spielen. Von daher kann es sein, dass der Druck auch innerparteilich über diejenigen die eine Entlohnung fordern, so groß wird, dass diese Beauftragungen bezahlt werden und so ein signifikanter Schritt hin zur Entstehung von bezahlten Stellen innerhalb der Partei in RLP getan wird.

Etwas zwiespältig gesehen wird die Mandatsträgerabgabe. Diese wird als Zwangsmaßnahme abgelehnt, aber es ist trotzdem ein subtiler Druck da, *freiwillig* einen Teil seiner Bezüge zu spenden, will man etwas beliebter sein bei den Mitglidern und die Chancen auf eine mögliche erneute Aufstellung erhöhen.

Den etwas zähen Führungswechsel kann man einerseits als unwichtig ansehen, da die Positionen im Landesvorstand nicht mit Macht assoziiert werden. Allerdings kann man ebenso eine gewisse Verfestigung von Positionen und Personen feststellen, im Besonderen, da bei den Piraten die Amtszeit eines Vorstandes von vornherein kürzer ist, als bei anderen Parteien.

Das Thema der unersetzbaren Personen ist auch ein Punkt, der in beide Richtungen gehen kann. So werden einige als unersetzbar angesehen, andere sehen es wiederum so, dass jeder unersetzbar ist. Es ist fraglich, wenn wirklich mehrere Aktivposten der Partei ausfallen würden, ob der entstehende Leerraum wieder mit adäquatem Ersatz gefüllt werden kann.

Die Presse AG ist einer der Punkte, an dem Machtkonzentration am auffälligsten werden, auch den einfachen Mitgliedern selbst. Hier kann es sein, dass auf dem jetzigen holprigen Niveau weitergemacht wird und die verantwortlichen Personen in der AG ihre Position bzw. Arbeitsweise festigen oder weitergeben. Oder ob eine Neustrukturierung mit einer Machtverteilung in der AG bzw. eine Öffnung derselben stattfindet.

Das *noch* bezieht sich auf die Tatsache, dass die Piratenpartei noch am Anfang ihrer Entwicklung steht. Es ist noch nicht sicher, welche Richtung als die bestimmende sich herausbilden wird, bzw. ob sich eine der beiden überhaupt deutlich gegen die andere durchsetzen wird. So wird eine der langfristigen Entscheidungen werden, wie mit der Presse umgegangen wird. Soll man die

Medienaufmerksamkeit nutzen? Dann muss auch nach deren Spielregeln gespielt werden und eine Anpassung einsetzen. Oder man ignoriert sie und setzt auf seine eigene Kommunikation. Der Versuch, sie möglichst im Sinne des eigenen Vorteils einzubeziehen ohne sich selbst zu verändern, ist der schwierigste Weg und es ist fraglich ob dieser erfolgreich sein wird, sofern dieser beschritten wird.

Ebenso spannend ist die Entwicklung der Beauftragungen, ob sich diese, wie zu erwarten ist, ausweiten und möglicherweise auch irgendwann Aufgaben im politischen/programmatischen Bereich übernehmen oder weiterhin nur im verwaltend-organisatorischen Bereich tätig sind. Dazu kommt eine mögliche Bezahlung und die Möglichkeit der zeitlich unbegrenzten Beauftragungen. Wobei die Frage nach dem Stimmrecht von bezahlten Angestellten noch gar nicht gestellt wurde.

Damit hängt die Frage nach den unersetzbarer Personen zusammen. So ist fraglich, ob Personen die schon länger eingearbeitet sind und über seltene Fähigkeiten verfügen mit der Zeit ersetzbar werden, d.h. ob es nicht eher so ist das durch die lange Zeit sich Personen an ihrer Position verfestigen und Spezialwissen anhäufen, für die einfach kein Ersatz gefunden wird oder aufgrund der dünnen Aktivendichte nicht gefunden werden kann.

Auch wird der Umgang mit der Neuenquote spannend, sollte die Piratenpartei wirklich für mehrere Jahre ins Parlament einziehen. Ob sie diese aufgeben, der grundsätzlichen Skepsis gegenüber Quoten wegen oder ähnlich wie bei Beauftragungen aufgrund von Befürchtungen, weniger qualifizierte Leute zu entsenden.

Spannend sind dabei auch die Entwicklungen in der Mentalität der Mitglieder. Ob bei einem Zuwachs an Neuen sich der Fokus der Piratenpartei weg von den großen Fragen der Demokratie hin zur Alltagspolitik entwickelt und damit auch einer möglichen Veränderung im Führungsstil, bzw. Umgang der Piraten untereinander Vorschub geleistet wird. Einer der wichtigsten Punkte in der Prognose über die Entwicklung der Piratenpartei überhaupt fehlt noch, nämlich das Verhältnis von (Landtags-)fraktion und Partei, bzw. Basis. Damit hängen nämlich auch verschiedene andere Faktoren zusammen, wie das Medieninteresse an einzelnen (Führungs-)Personen, Finanzmittel und die Mitbestimmung der Basis.

Das *nicht* bezieht sich auf die Gesamtschau der erarbeiteten Ergebnisse. So gibt es wie oben erwähnt für beide Richtungen entsprechende Belege. Aber von der Anzahl wie von der Qualität überwiegen diejenigen, die ein Festhalten an basisdemokratischen Prinzipien, bzw. eine Stärkung eben dieser nach sich ziehen. Wie z.B. den ganzen Bereich mit den Führungspositionen, der in der Piratenpartei dadurch als mögliche Störer ausgeschaltet wird, indem man den Vorständen möglichst wenig Macht gibt. Auch gab es bisher noch keine Fälle von Entscheidungen die unsauber zustande gekommen wären.

Ein weiterer Punkt sind z.B. die Strömungen, von denen es einige gibt und auch ungewöhnliche Themenformierungen werden respektvoll behandelt, auch wenn sie zu einigen Kernthemen konträr liegen, das gleiche gilt auch für einzelne Mitglieder.

Ein Punkt an dem sich eine Verschiebung hin zu mehr Demokratie illustrieren lässt, ist die SDMV, sie senkt die Schwellen für die Partizipation und aufgrund der höheren Frequenz die Mitbestimmung steigert, mit seitens der Mitglieder erhofften Perspektive auf bundesweiten Einsatz.

Das gleiche gilt für die Einrichtung der virtuellen Kreisverbände, was erst während der Untersuchung stattgefunden hat. Es bleibt zu sehen, wie sich diese Form der Organisierung von Piraten auf Kreisebene entwickelt.

Michels hat geschrieben in anarchistischen Organisationen ist das Charisma, weniger der Stallgeruch und die Ochsentour entlang der Parteihierarchie von Bedeutung. Bei den Piraten ist dies der Fall. Durch die große Beimessung von Basisdemokratie ist das Charisma, das Auftreten vor der Masse sehr bedeutsam. Gleichzeitig wird durch ein Fehlen von Selbstdarstellungsmöglichkeiten, die Chance das Charisma auszuleben und für sich zu nutzen, kompensiert. Es greift eher der Mechanismus, dass man die Leute parteiintern kennt, die gewählt werden wollen. Dies wurde von einem Pirat der „Populärfaktor“ genannt.

Wikipedia hat mehrere Punkte gemeinsam mit der Piratenpartei in Rheinland-Pfalz. So haben beide das Problem mit der massenhaften Versammlung von Mitgliedern gelöst, indem sie die Treffpunkte zeitunabhängig ins Internet ausgelagert haben. Bei der Piratenpartei gibt es dabei aber noch Ausnahmen, so muss aufgrund rechtlicher Vorgaben ein physischer Landesparteitag den

Landesvorstand wählen. Beiden gemeinsam ist der hohe Anspruch an Transparenz, so sind alle Protokolle im Internet zu finden, um Entscheidungen nachvollziehbar zu machen. Der direkte Umgang der Mitglieder untereinander wird in der Piratenpartei auch gepflegt, so kann jedes Mitglied über Mumble live in die Vorstandssitzung dazukommen und seine Meinung äußern. Bei der Bundesebene gibt es allerdings schon Regelungen, dass man zwar dazukommen kann, aber nicht plötzlich dazwischenreden kann. Beiden fremd ist das Delegationssystem, wobei die PP auf rechtliche Vorgaben Rücksicht nehmen muss und Wikipedia hier z.B. Admins aus ihrem Kreis erwählt, die mit Sonderrechten ausgestattet sind. Bei Wikipedia wird positiv herausgehoben, dass der Rang nicht einschüchtert. Ähnliches kann man bei den Piraten beobachten, so wird auch ein Landesvorstand durchaus heftig und emotional kritisiert, einige nennen es auch respektlos. Ebenfalls fehlen bei beiden extrinsische Anreize wie Macht oder Geld. So wird bei beiden massiv auf die ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder bzw. Helfer gesetzt.

Allerdings macht Stegbauer auch einige kritische Punkte sichtbar. Bei Wikipedia wird innerhalb den Admins diskutiert, ob die neuen Aktiven die gleichen Rechte bekommen sollten, wie diejenigen, die schon länger dabei sind. Dies geschieht in Verbindung mit der Haltung, dass bei den Neuen nicht genug Kompetenz und Erfahrung vorhanden ist. Hinsichtlich der Piraten kann es sein, dass hier sich ein ähnliches Konglomerat an Punkten verdichtet: so gibt es eine gewisse Erwartungshaltung, wie eine gewisse Abhärtung bei der Diskussionskultur. Ebenfalls ein Einarbeiten in die verschiedenen onlinetools und Strukturen bei den Piraten. Auch dass man bei Landesparteitagen nicht auf Delegierte vertraut, sondern erwartet das die Mitglieder informiert und reflektiert abstimmen, das bei vielen unterschiedlichen Themen, dazu sollte man noch einiges an verfügbarer Zeit haben, usw. Bezugnehmend darauf redet Stegbauer von einer *Kerncommunity*. Diese hat nach seinem Dafürhalten drei Merkmale: Status, Autorität und Prestige. Bei den Piraten wären das hingegen Zeit, Fachwissen und Bekanntheit. Letzteres bringt auch Stegbauer ins Spiel, als *soziales Kapital*, bei den Piraten als *Populärfaktor* bezeichnet. Die Möglichkeit der Entstehung einer solchen Kerncommunity ist bei den Piraten nicht ausgeschlossen. Falls dies passiert, hätte Michels mit seiner Befürchtung, dass eine (bezahlte) Führungsschicht die Macht übernimmt und die Partei lenkt, Recht behalten.

Die Grünen und ihre Vorkehrungen haben mit den Piraten mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten. Weder haben die Piraten ein imperatives Mandat oder eine Ämterrotation. Eine offiziell erzwungene Mandatsträgerabgabe haben sie auch nicht, wobei vermutlich die Spendenbereitschaft sehr hoch ist, aufgrund der genauen Beobachtung durch die Mitglieder. Gemeinsam haben die Piraten mit den Grünen dafür die Transparenz der Sitzungen, dies haben sie mit Live-Streams, wo jeder per Internet die Sitzungen live verfolgen kann, sogar noch ausgebaut. Die Trennung von Amt und Mandat haben sie auf Landesebene und höheren Ebenen. Auf den unteren Ebenen wird dies kritisch beobachtet, aber aufgrund der Personaldecke toleriert und als unvermeidbar angesehen. In Bezug auf Michels kann man anhand der obigen Gemeinsamkeiten und Unterschiede sagen, dass die Piraten weniger direkten Druck auf ihre Abgeordneten ausüben, sie lassen ihren Führern mehr Spielraum. Dies bezieht sich auch auf praktische Erwägungen wie bei der Ämtertrennung auf unteren Ebenen. Allerdings werden die Möglichkeiten, die Führer dabei zu kontrollieren und zu sanktionieren, ausgebaut. Beispiele dafür sind die erhöhte Transparenz der Vorstandssitzungen, der direkte Kontakt mit dem Vorstand und die häufigen Wahlen, bei denen die Personen ersetzt werden können.

Zusammenfassend gibt es mehrere Konfliktlinien, an denen sich die Piratenpartei gerade entlang bewegt. So gibt es die zwischen Autonomie und Abstimmung, wie der Freiheit der Abgeordneten und dem Wunsch nach einer engen Bindung derselben an die Basis. Oder einer Professionalisierung der Arbeit gegenüber offenen, ehrenamtlichen Strukturen. Oder der Anspruch von komplexen, Sachverhalte gegeneinander abwägenden Anträgen zu dem Anspruch jeder kann ohne Vorraussetzungen mitmachen. Oder die Akzeptanz von freien Meinungen sowie dessen Integration gegenüber einer strafferen Organisation mit zielorientierten Diskussionen.

Auch wäre für die Diskussionskultur interessant, ob die heftigen Debatten wirklich dazu beitragen, dass jeder davon partizipiert oder eher abgeschreckt wirkt. Oder ob es möglicherweise intern positiv wirkt und dafür Neumitglieder abschreckt.

Ebenfalls interessant wäre eine vertiefende Untersuchung, ob die

vielbeschworene Basis ihre Kontrollfunktion bei einer möglichen Vergrößerung des Landesverbandes und einer weiteren Verästelung in Arbeitsgruppen, Beauftragungen und ähnlichem leisten kann, oder ob der Aktivenkern dies in Zukunft nicht mehr leisten kann oder so involviert ist, dass die Verantwortlichkeiten dafür verschwimmen. Möglicherweise untersuchenswert könnte auch sein, ob der *harte Kern*, der in den Interviews erwähnt wird, auch personenidentisch ist, mit der Basis. Ob die Basis also einfach die bekannten Aktiven sind, oder ob es noch Piraten gibt, die ohne selbstinvolvierte Aufgaben Kontrollfunktionen wahrnehmen.

Weitere lohnende Punkte wären in Hinsicht auf die Meinungen der Mitglieder auch die der innerparteilichen Entscheidungsfindung und Mitbestimmung. So ist der Konflikt um Liquid Feedback ein Thema, was sich dafür eignen würde, da dies als der größte und am meisten gefestigte angesehen wird.

Insgesamt bleibt die Entwicklung der Piratenpartei in Rheinland Pfalz spannend. In Bezug auf das eherne Gesetz der Oligarchie von Roberto Michels lassen sich noch keine eindeutigen Aussagen treffen. Es bleibt abzuwarten, welchen Weg die Partei an wichtigen Entscheidungspunkten wie bei einem Einzug in das Parlament wählen wird.

Literaturverzeichnis

Anderson, Margarete Lavinia: Lehrjahre der Demokratie, Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich. Stuttgart: Steiner Verlag, zitiert nach: Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens, Oligarchie und Eliten – die Kehrseiten moderner Demokratie, Bluhm, Harald; Krause, Skadi (Hrsg.), 2012, Springer Verlag.

Borchert, Jens 2012: Michels' Parteiensoziologie und das prekäre Gleichheitsversprechen der Demokratie, in: Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens, Oligarchie und Eliten – die Kehrseiten moderne Demokratie,

Bluhm, Harald; Krause, Skadie (Hrsg.), 2012, Springer Verlag.

Borg, Ingwer 1995: Mitarbeiterbefragungen, Verlag für angewandte Psychologie, Göttingen.

Breines, Wini 1980: Community and Organization: The New Left and Michels' "Iron Law", in: Social Problems, Vol. 27, No. 4 (Apr., 1980), pp. 419-429

Brinkmann, Christian; Decke, Axel; Völkel, Brigitte (Hrsg.): Experteninterviews in der Arbeitsforschung – Diskussionsbeiträge zu methodischen Fragen und praktischen Erfahrungen, BeitrAB 19, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, 1995, Nürnberg.

Brodocz, André; Pintz, Anne; Schmelzer, Thomas: Grenzen eines selbstreflexiven Umgangs mit dem ehernen Gesetz, in Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens, Oligarchie und Eliten – die Kehrseiten moderne Demokratie, Bluhm, Harald; Krause, Skadie (Hrsg.), 2012, Springer Verlag.

Cook, Philip 1971: Robert Michel's Political Parties in Perspective, In: The Journal of Politics, Vol. 33, No. 3 (Aug., 1971), S. 773-796.

Crouch, Colin 2008: Postdemokratie, Bundeszentrale politische Bildung, Schriftenreihe Band 745, Bonn.

Falter, Jürgen; Klein, Markus 2003: Der lange Weg der Grünen – Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München, c.H. Beck Verlag.

Genett, Timm 2008: Der Fremde im Kriege, Berlin, Akademie Verlag GmbH.

Genett, Timm 2012: Demokratische Sozialpädagogik in der Krise der Aufklärung – Zur Ambivalenz eines Klassikers der Elitentheorie, In: Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens, Oligarchie und Eliten – die Kehrseiten moderne Demokratie, Bluhm, Harald; Krause, Skadie (Hrsg.), 2012, Springer Verlag.

Gürbüz, Recep 2011: Piratenpartei – Genese – Ziele – Struktur –

Zukunftsaussichten, Wiesbaden, Drewipunktverlag.

Hands, Gordon 1971: Roberto Michels and the Study of Political Parties, In: British Journal of Political Science, Vol 1., No. 2 (Apr., 1971), S. 155-172.

Jorke, Dirk 2012: Eine Phänomenologie der Macht – Zur Aktualität von Michels mikropolitischen Behauptungen, in: Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens, Oligarchie und Eliten – die Kehrseiten moderne Demokratie, Bluhm, Harald; Krause, Skadie (Hrsg.), 2012, Springer Verlag.

Katovich, Michael; Weiland, Marion; Couch, Carl 1981: Acces to Information and Internal Structures of Partisan Groups: Some Notes on the Iron Law of Oligarchy, in The Sociological Quarterly, Vol. 22, No. 3 (Summer 1981), S. 431-445.

Konieczny, Piotr 2009: Governance, Organization, and Democracy on the Internet: The Iron Law and the Evolution of Wikipedia, In Sociological Forum, Vol.24, No 1, (March 2009), s. 162-192.

Leach, Darcy 2005: The Iron Law of What Again? Conceptualizing Oligarchy Across Organizational Forms, In: Sociological Theory, Vol. 23, No. 3 (Sep., 2005), S. 312-337.

Lipset, Seymour; Trow, Martin; Coleman, James 1956: Union Democracy – The Internal Plitics of the International Typographical Union 3-16, Glencoe, Illinois, Free Press.

May, John 1965: Democracy, Organization, Michels, In: The American Political Science Review, Vol. 59, No. 2, (Jun., 1965), S. 417-429

Michels, Robert 1970 [1910]: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 2. Aufl., Stuttgart, Albert Kröner Verlag.

Milles, Joachim 1987: Brüche und Kontinuitäten eines radikalen Intellektuellen.

Zur Einführung in die Politische Soziologie Robert Michels', in: Michels, Robert: Masse, Führer, Intellektuelle, Frankfurt am Main, Campus Verlag.

Norris, Lachelle; Cable, Sherry 1994: The Seeds of Protest: From Elite Initiation to Grassroots Mobilization, in: Sociological Perspectives, Vol. 37, No. 2 (Summer, 1994), S. 247-268.

Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika 2010: Qualitative Sozialforschung, München, Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Rüb, Friedbert 2012: Michels und die neuere Parteientheorie - die politischen Parteien und die Krise der Demokratie, In: Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens, Oligarchie und Eliten – die Kehrseiten moderne Demokratie, Bluhm, Harald; Krause, Skadie (Hrsg.), 2012, Springer Verlag.

Salomon, Dieter 1992: Grüne Theorie und graue Wirklichkeit – Die Grünen und die Basisdemokratie, Freiburg, Arnold-Bergsträsser-Institut.

Schwartz, Michael; Rosenthal, Naomi; Schwartz, Laura 1981: Leader-Member Conflict in Protest Organizations: The Case of the Southern Farmers Alliance, in: Social Problems, Vol. 29, No. 1 (Oct., 1981), S. 22-36.

Spöhrer, Jochen 1999: Zwischen Demokratie und Oligarchie: Grüne und PDS im Deutschen Bundestag, Baden-Baden, Nomos Verlag.

Stegbauer, Christian 2009: Wikipedia – Das Rätsel der Kooperation, Wiesbaden, VS Verlag.

Straßenberger, Grit 2012: Politische Führung bei Robert Michels, Max Weber und Joseph Schumpeter, In: Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens, Oligarchie und Eliten – die Kehrseiten moderne Demokratie, Bluhm, Harald; Krause, Skadie (Hrsg.), 2012, Springer Verlag.

Tuccari, Francesco 2012: Robert Michels und die Demokratien des 21. Jahrhunderts, In: Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens, Oligarchie und

Eliten – die Kehrseiten moderne Demokratie, Bluhm, Harald; Krause, Skadie
(Hrsg.), 2012, Springer Verlag.

Abkürzungen

AG Arbeitsgruppe

BPT Bundesparteitag

BTW Bundestagswahl

Fwg Freie Wähler Gruppe

GO Geschäftsordnung

KPT Kreisparteitag

Lavo Landesvorstand

Lgst Landesgeschäftsstelle

LPT Landesparteitag

LQ Liquid Feedback

Lv Landesverband

PM Pressemitteilung

PP Piratenpartei

RLP Rheinland-Pfalz